

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Normirte

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Samstag, den 5. Juni 1897.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgepaltenen Kolonnen
jeite oder deren Raum 20 Pfg., für
Bereits- und Verkaufungs-Anzeigen,
sowie Werbemittel 20 Pfg. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition
ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends,
an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Verfassungsbruch?

Nach Artikel 53 der preussischen Verfassung leistet der König
von Preußen „in Gegenwart der Kammer das eidliche Gelöbniß,
die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten
und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu
regieren“.

Solche offensbare Verletzung der Verfassung und ungesetzliche
Zerstörung derselben — also einen Umsturz der bestehenden
Staatsordnung — vorzunehmen, steht das Abgeordnetenhaus
auf dem Sprunge.

So sagt Röhm, der anerkannt bedeutendste Staatsrecht-
lehrer Deutschlands: Jede Verfassungsänderung erfordert ein aus-
drücklich darauf gerichtetes Verfassungsänderungs-Gesetz, welches
die Bestimmungen darüber enthält, welcher Punkt der Verfassung
aufgehoben oder durch eine andere Vorchrift ersetzt werden
soll.

die ihr widersprechenden Spezialgesetze möglich werden.
Wesle Nützlichkeit- und Zweckmäßigkeitssicht, auf die man sich
in der That hiergegen um berufen hat, vermögen nicht, den klaren
Rechtsstandpunkt zu verdrängen.

Für die Unzulässigkeit des jetzt vom Abgeordnetenhaus
und von der Regierung verfolgten Weges führen wir ferner
den wissenschaftlichen Führer der konservativen Partei, Stahl,
an. Stahl bespricht allerdings, daß die Abänderung der Verfassungs-
urkunde vorhergehen müsse, bevor ein ihr widersprechendes
Gesetz auch nur debattiert werden dürfe.

Genau derselben Ansicht ist stets das Abgeordnetenhaus, und in
ihm auch die nationalliberale, konservative und
freikonservative Partei, sowie die Regierung selbst ge-
wesen. Zum Ausdruck gelangte diese Ansicht beispielsweise im
Jahre 1873 bei Gelegenheit der Beratung der Gesetze über die
Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über die kirchliche Dis-
ziplinalgewalt und über die damit zusammenhängenden kirchen-
politischen Gesetze.

So führte der konservative Abgeordnete, Professor Glaser,
Röhm, am 30. Januar 1873 (Sten. Berichte S. 842) unter dem
Beifall der rechten Seite des Abgeordnetenhauses wörtlich aus:
„Gesetze, welche als solche die Verfassung zu ändern bezwecken, sind
nach meiner Auffassung ganz und gar unzulässig, solange
nicht die Verfassung geändert ist.“

Der freikonservative Abgeordnete Graf Bethusy-Dul Sprech
sich am 17. Januar 1873 (Sten. Ber. 616) dahin aus: „Ich stimme
mit dem Abgeordneten v. Bennigsen darin vollkommen
überein, daß die Verfassungsänderungen nicht implicite durch
einfache Annahme dieser Gesetze ihren Ausdruck finden
sollen unter Beobachtung derjenigen Formen, welche die Konstitution
für Verfassungsänderungen vorgegeben hat.“

Trappacher äußerte sich der konservative Abgeordnete
Holtz. Er führte am 20. Januar 1873 (S. 648 des Stenograph.
Berichts) im Abgeordnetenhause aus: „Meine Herren, Sie sagen,
wenn Sie diesen Weg nicht wählen, dann wählen Sie den Weg,
daß Sie zuerst die Spezialgesetzgebung beraten und sich dann
umsehen, wie Sie die Verfassung ändern könnten.“

Das Abgeordnetenhaus ließ durch eine Kommission die Vorfrage
prüfen, ob die Kirchengesetze eine Verfassungsänderung enthielten.
Die Kommission war einstimmig der Ansicht, daß, wenn
eine Verfassungsänderung vorliege, erst die Verfassung
selbst zu ändern sei und schlug deshalb vor, zunächst
die Artikel 15 bis 18 der Verfassung ausdrücklich zu
ändern und dann erst die Kirchengesetz-Beratung vorzunehmen.

Sammlungsbereichs Minderjähriger. Das Abgeordnetenhaus müßte,
um wenigstens in verfassungsmäßig zulässiger, unmeinerdiger Form
den reaktionären Gelassen der Krant- und Schlotzjunker nach-
zugeben, erst eine Aenderung der Artikel 29 und 30 ausdrücklich
beschließen, nach dreimaliger Lesung dieses Beschlusses 21 Tage ver-
streichen lassen und den Beschluß dann — nun also etwa im
September — wiederholen.

Bei dieser Gelegenheit sei noch auf ein hingewiesen. Daß
neue Artikelgesetz weist auf § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März
1850 hin. Dieser beruht § 8 ist — wie wir allerdings erst jetzt
zu prüfen Veranlassung hatten — verfassungswidrig. § 8 ist, wie
wir neulich (siehe Nr. 121 des „Vorwärts“) darlegten, erst von der
Landrathskammer am 18. Februar 1850 beschloß. Am 2. Februar
war die Verfassung publiziert. Der § 8 enthält die verfassungswidrige
Bestimmung, daß „Frauen, Schüler und Lehrlinge“, denen auch
in Artikel 29 und 30 der Verfassung Vereins- und Versammlungsfreiheit
garantirt ist, in ihrer Vereins- und Versammlungsfreiheit
beschränkt sein sollen.

Dank Herrn von der Rede, daß er durch das Vorlegen seiner
Vorlage uns zum Nachstudium der Entstehungsgeschichte des
berühmten § 8 veranlaßt hat. Der jetzige „preussische Umsturz-
Gesetzentwurf“ dürfte nach all dem in der jetzigen und in der von
der Regierung und den reaktionären Parteien vorgeschlagenen Form
selbst dann gefallen sein, wenn Abgeordnetenhause oder Herrenhaus
in verfassungswidriger Weise ihm in dieser oder jener Gestalt zustimmen
sollten. Denn wir halten es für ausgeschlossen, daß ein Minister, der
die Verfassung beschwören hat, seinem König verschweigen würde,
daß nach der Ansicht aller Staatsrechtler, aller Parteien und
auch des vordem Bismarck'schen Ministeriums die Zustimmung zu
solchem Gesetzentwurf schon aus formellen Gründen mit einem auf
die Verfassung abgelegten Eid unvereinbar ist. Mag's aber kommen,
wie es will — wir werden davon keinen Nachtheil haben.

Vom Vereinsgesetz.

Protestkundgebungen gegen die lex Reke
sind in Schwarzenbach a. d. Saale, Göttingen,
Krefeld.

In den gewerkschaftlichen Fachblättern findet die Ver-
nichtung des Vereinsrechts der Minderjährigen gebührende
Beachtung. Verschiedene dieser Blätter fordern ihre Berufsgenossen
zur Abhaltung von Protestversammlungen auf.

Interessant ist es, das Verhalten der Konservativen
zu beobachten gegenüber den Nationalliberalen. Einige
konservative Blätter nehmen eine grobdeutige Haltung ein, andere
suchen mit Schmeichelei oder Wahnreden die Nationalliberalen zu
weiterem Entgegenkommen an die reaktionären Vorschläge zu be-
wegen. Zu ersteren zählt die „Kreuz-Ztg.“, welche die National-
liberalen also anbrummt:

„Sollte die Entwicklung dahin gehen, daß der enge Anschluß
der Nationalliberalen an die Demokratie und das Zentrum im
Sinne der „Nat.-Ztg.“ und der „Köln. Ztg.“ erfolgt, so würden
wir, wenn wir die Sachen vom reinen Parteipunkt aus be-
trachten wollen, keinen Grund haben, uns sonderlich zu grämen.
Nicht nur zu der Zeit, wo das Kartell „Trumpf“ war“, sondern auch
bei einem gelegentlichen Zusammengehen der Konservativen mit den
Mittelparteien haben diese stets das Fett abgeschöpft.
Ienen mag die Unterstützung der Nationalliberalen bei den
Reichstagswahlen hier und da einen Stimmengewinn gebracht
haben, aber auf die Zahl ihrer Mandate ist sie so gut wie
einknickend gewesen. Sollten also Blätter vom Schlage der „Köln.
Zeitung“ und der „Nat.-Ztg.“ die reinliche Scheidung
zwischen den Konservativen und den National-
liberalen wirklich für immer durchsehen, so werden nur letztere
den Schaden haben.“

Auf einem ganz anderen Boche pfeift die ebenso reaktionäre
„Schlesische Zeitung“:

„Ohne feste Bestimmungen, durch welche die Behörde in Stand
gesetzt wird, Vereine zu schließen und Versammlungen aufzulösen,
in denen staatsgefährliche Agitationen getrieben werden, ist und
bleibt die Novelle für die Konservativen unannehmbar.
Wissentlich geht es aber dem Herrenhause, eine geeignete Fassung zu
finden, der auch ein Theil der Nationalliberalen be-
stimmen könnte. Für die Nationalliberalen würde das der
beste Ausweg aus dem Dilemma sein, in welches
sie infolge des Drängens ihres linken Flügels unweifel-
haft gerathen sind. Auch das Herrenhaus zählt eine Reihe
von Mitgliedern, die der nationalliberalen Partei angehören oder
nahestehen; es ist nicht anzunehmen, daß diese — namentlich eine
Anzahl der Oberbürgermeister und Professoren — sich auf den
dottrindären Standpunkt der „National-Zeitung“ — stellen und der
Sozialdemokratie weitere Aufreizungsfreiheit bewilligen werden.
Diese nationalliberalen Mitglieder des Herrenhauses werden den National-
liberalen des Abgeordnetenhauses leicht einen annehmbaren
Uebergang zu ermöglichen im Stande sein; denn daß ein großer
Theil der letzteren nur gezwungenen Uebergehens gegen die
Regierungsforderungen ablehnend verhält, war aus den durchaus

maßvollen Neben der Abgg. Schmieding und Sobrecht, die im Grunde den Zielen der Vorlage zustimmen und nur die vorgeschlagenen Mittel beanstandeten, leicht ersichtlich."

Diese Mittheilung läßt darauf schließen, daß der Handel hinter den Kulissen munter fortbetrieben wird. Die „National-Zeitung“ tritt allerdings der „Schleifischen Zeitung“ scharf entgegen, aber sie gehört ja eben zu dem „drängenden linken Flügel“; sie schreibt:

„Nur die vorgeschlagenen Mittel beanstandeten“, ist sehr schön gesagt; auch wir beanstanden „nur“ die von der Regierung, den Freikonservativen und dem Grafen v. Helldorf-Sturum vorgeschlagenen Mittel. Die Bezeichnung der Herren Sobrecht und Schmieding als Männer, welche „nur gezwungen waren“ — wie es scheint: gezwungen durch die „National-Zeitung“ — sich gegen die Regierungsvorlage abzuwenden, beweist uns zur genüge, daß der Mitarbeiter der „Schl.“ über die Sachlage durchaus ununterrichtet ist. Seine Hoffnungen auf den „annehmbaren Uebergang“, den die Nationalliberalen des Herrenhauses denen des Abgeordnetenhauses erwidern sollen, sind eitel Selbsttäuschung; es bleibt dabei, daß die Fortsetzung der parlamentarischen Verhandlungen seitens der Regierung lediglich Geld- und Zeitvergeudung sein würde.“

Politische Uebersticht.

Berlin, 4. Juni.

Der Prozeß Tausch ist heute zu Ende geführt worden. Er begann mit einer neuen Vernehmung Harden's. Harden hatte von seinem Bruder einen Brief erhalten, in dem dieser eine Wendung in der Leysohn'schen Aussage bestritt. Herr Harden schickte, da doch von der Aussage Leysohn's ein Menschenjoch abhänge, den Brief an den Gerichtspräsidenten, und dieser läßt nun Harden vorladen. Wir gestehen, von so vielen unverständlichen Vorfällen, die im Gefolge dieses Prozesses sich ereigneten, ist dieser für uns einer der unverständlichsten. Die fragliche Aussage Leysohn's hatte mit dem Prozeß nicht das mindeste zu thun, sie betraf ein vor 12 oder 15 Jahren gefälltes Urtheil über die literarische Fähigkeit Harden's, sie war keine Wiedergabe einer bestimmten Rede, auf die etwas ankam, sondern die Zusammenfassung einer längeren Besprechung. Und derselbe Präsident, der zu wiederholten Malen zu Gunsten des wegen Meineid angeklagten v. Tausch ermahnt hatte, man dürfe doch nicht bei früherer Gelegenheit gedruckte Worte so scharf auf der Goldwaage prüfen, läßt auf diesen vagen Brief hin sofort Herrn Harden laden. Herr Harden — der bei der Unterredung nicht dabei war, also nur vom Hörensagen wußte und in der That auch nur den Inhalt des Briefes wiederholen konnte. Am Tage vorher hatte der Präsident über die vielen ihm zugehenden Briefe sich beschwert und seine Auffassung dahin geäußert, solche überhaupt nicht zu berücksichtigen. Und nun plötzlich — zur Klarstellung der Wahrheit, sagte der Herr Präsident, nicht zur Erschütterung der Glaubwürdigkeit des der Verteidigung unangenehmen Befassungszuges Leysohn's, wie Herr Subjanski meinte — die Vorladung eines Zeugen, der nach Lage der Dinge nichts auszusagen konnte. Schließlich mußte nach der wiederholten Vernehmung Leysohn's die Staatsanwaltschaft erklären, der Zeuge habe schon bei der ersten Vernehmung das gesagt, was auch der Hofener Oberbürgermeister vor 12 oder 15 Jahren gehört hat und heute noch bis aufs Wörtchen genau weiß. Die Polizeikommissare Schöne und Haale waren ihrer Sache trotz ihres wunderbar scharfen Gedächtnisses lange nicht so sicher.

Die Rede des Rechtsanwalts Holz faßte noch einmal alle die Momente, die aus dem Beweisverfahren v. Tausch be- lasteten und ihn unglanwürdig machten, zu Gunsten seines Klienten zusammen und schloß seine Darstellung mit dem mutigen Satz: Der Prozeß mag ausgehen wie er will, er brachte die Bankrotterklärung der politischen Polizei!

Zu einer wichtigen, unerbittlichen Verdamnung des Systems der politischen Polizei überhaupt gestaltete sich die Rede Subjanski's — so ist aus dem Munde eines bürgerlichen Vertreters vor den Gerichtshöfen selten das herrschende System in einem seiner wichtigsten Stützen gebrandmarkt worden! Und v. Tausch, der vom Staatsanwalt in der Anklage- rede verhältnismäßig so glimpflich behandelt worden war — hatte dieser doch keine Silbe von der unerhörten Vorterritorialität gesprochen, mit der Tausch seine Geld- und Wechsel- geschäfte unter Beihilfe seiner Agenten betrieb, kein Wort von dem grundverlorenen Bericht an den Polizeipräsidenten über seinen Besuch bei Köhler und die darin enthaltene schmähliche Verleumdung seines höchsten Chefs, keine Silbe des Chefs des kaiserlichen Zivilkabinetts, des Herrn Lucanus u. s. w. — wurde von Subjanski geradezu mit Storpionen geschüttelt in der eingehenden Darlegung all' der Momente, die diesen pflichtgetreuen Beamten als gewissenlosen Intriganten, als grundverlorenen Beamten dauernd aus der Gesellschaft an- ständiger Leute ausschließen, auch wenn ihn die Geschworenen vor der öffentlichen Schandung durch die Zuchthausstrafe bewahrt!

Dann folgte eine unfähig schwache Erwiderung des Staatsanwalts, der sich in Bezug auf die Beurtheilung der politischen Polizei damit begnügte, die bekannte Wendung zu wiederholen, aus den Befehlen des einzelnen Beamten dürfe man nicht auf einen ganzen Beamtenstand schließen. Und nach einigen nicht gerade besonders geschmack- vollen persönlichen Bemerkungen seitens der Tausch'schen Verteidiger gegen Ausführungen der Rechtsanwältin Holz und Subjanski zogen sich mit der erhaltenen Rechtsbelehrung die Geschworenen ins Berathungszimmer zu- rück, um ihre Pflicht zu erfüllen.

Sie kehrten mit einem Freispruch für Tausch und mit einem Schuldig für Lühow zurück. Das Publikum begrüßte den Wahrspruch mit Beifall. Und es that recht daran! Zu dem Publikum paßt Tausch und es ist seiner würdig. Man mußte nur gewisse Damen während der zehn Tage beobachtet haben! Dieses Sympathiesiren mit Tausch, dieses ungezogene Benehmen und Lachen gegen die Ver- theidiger des v. Lühow! Wie würde die gutgesinnte honette Presse entriistet thun und über Kohheit und Bildungsmangel der Arbeiter sich entriisten, wenn in einem politischen Prozeß, wo Arbeiter im Zuhörerraum sitzen, diese sich so benehmen würden! Aber hier — sie fühlten sich im Theater, daher auch die Oerungläser!

Der Wahrspruch bestrebt uns nicht. Nach den Urtheilen im Essener und im Kolkemann-Prozeß mußte im Tausch- prozeß ein Freispruch erfolgen — es ist nur schade, daß durch das nun folgende Disziplinarverfahren dieser „Beste und Beste der Nation“ für den Kampf für „Religion, Sitte und Ordnung“ ausgemustert werden wird. Wenn schon dieses System der politischen Korruption aufrecht erhalten bleiben soll, dann sind Leute vom Schlage wie Tausch die — tüchtigsten. Wir können ja

gerecht sein: Tausch hat sich das System gemacht, das System verlangt Geschöpfe wie Tausch. Will man den Prozeß, muß man auch die Mittel wollen. Dann ist es aber eigentlich zu bedauern, daß der kleinste und der — man mag ihn so gering einschätzen wie man will — entschuldigbarste dieser „tüchtigen, aber unsauberen Elemente“ hängen ge- blieben ist.

Tausch glänzend freigesprochen — die Essener Genossen unschuldig im Zuchthaus — eine wirksamere Gegenbestellung und eine für unsere Partei dankbarere konnte und nicht gegeben werden; aus dieser Drahtsaat werden uns tausende von Streitern erwachsen für die Befreiung der Zustände, die einen Tausch-Prozeß und im natürlichen Gefolge eine Tausch-Freisprechung zeitigen!

Zur Regierungskrise. Die Lage wird immer inter- essanter. Kommando-Admiral Tirpitz, der „kommende“ Marine- minister, Urheber, Geburtshelfer oder Pathe der „uferlosen Flottenpläne“, von denen der deutsche Reichstag ebenso wenig etwas wissen will, als sie von anderer Seite energisch ge- fordert werden, ist heute in Berlin eingetroffen; und heute ist ein „gehender Mann“, Freiherr v. Marschall auf drei Monate von Berlin in Urlaub gegangen. Von so laugem Urlaub kehren im Lande des Reichs- kanzlers Minister nicht zurück, wie die „Vossische Zeitung“ mit recht ausführlich. Also neben dem „kommenden“ heute auch ein „gehender“ Mann, und da aller guten Dinge drei sind, so gesellt sich als dritter hinzu ein freigesprochener Mann — Herr v. Tausch. Tirpitz kommend, Marschall gehend, Tausch freigesprochen — das ist ein Bild des heutigen Deutschlands!

Zu Bezug auf die türkisch-griechischen Friedensverhand- lungen schreibt der „Temp“, das offiziöse Organ der französischen Regierung: Die diplomatische Lage wird von Tag zu Tag weniger klar. Das ist vollkommen richtig. Und wenn der „Temp“ sagte, daß gerade die europäische Diplomatie es ist, welche die Lage verwickelt, so würde er der Wahrheit noch näher kommen. Wir machten schon früher darauf aufmerksam, daß der ganze griechisch-türkische Konflikt das Werk des sogenannten „einigen Europa“ sei. Einzig und allein durch die Forderungen, Eisenstücke und Feinschichten der europäischen Staaten ist es zum Krieg gekommen, — und einzig und allein durch diese Forderungen, Eisenstücke und Feinschichten wird der Ab- schluss des Friedens jetzt in die Länge gezogen. Oder glaubt je- mand ernstlich daran, daß Griechenland im Wege steht? Man brauchte ja bloß die Türken ein paar Tagemärsche weiter vorwärts zu lassen und der Widerspruch hört auf. Aber auch in der Türkei denkt man nicht an Eroberungen, die kein Staat in Europa dulden würde.

Also warum die Verzögerung? Sie zeigt wieder recht deutlich, daß die orientalische Frage in Wirklichkeit der Streit der europäischen Mächte unter sich ist.

Ueber die Verhandlungen liegen die folgenden Nachrichten vor: Konstantinopel, 3. Juni. Heute Nachmittag fand in dem Pavillon Topkane die erste Sitzung statt, in der über den Friedens- schluss verhandelt wurde. Sekretäre nahmen an der Sitzung nicht theil, auch wurde kein Protokoll geführt. Die Verhandlungen werden vollständig streng geheim gehalten.

Lamia, 3. Juni. Die Delegierten der beiden Armeen trafen heute auf den Höhen bei Larissa zusammen und festten ein provisorisches Protokoll über den Waffenstillstand auf. Nach diesem Protokoll soll der Waffenstillstand während der Friedensverhand- lungen fortauern. Falls Meinungsverschiedenheiten über Einzel- heiten des Waffenstillstandes auftreten, soll jedes der beiden Heere vierundzwanzig Stunden vor Eröffnung der Feindseligkeiten das gegnerische Lager benachrichtigen. Es bleiben noch einige Punkte zu regeln, deren wichtigster die Forderung der Türken ist, daß die Bewegungen der Flotte nur in im Voraus festgelegten Grenzen erfolgen dürfen. Die Delegierten werden morgen nochmals zusamen- treten, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich erhoben haben, und um das Protokoll endgültig zu unterzeichnen.

Athen, 3. Juni. Ein allgemeiner Waffenstillstand für Cyperus ist heute unterzeichnet worden. Derselbe hat folgenden Wortlaut: Zmarek, 3. Juni, 6 Uhr abends. Die Majore Sougo und Balogloglou für Griechenland sowie Mustapha-Bey und Salih-Bey für die Türkei erklären in gemeinsamer Uebereinstimmung, daß vonsoem dem am 19. Mai gezeichneten Dokument die Bedingungen des Waffenstillstandes zu Wasser und zu Lande unverändert bleiben während der ganzen Dauer der Friedensverhandlungen.

London, 4. Juni. Daily Telegraph meldet aus Athen von gestern: Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Smirna sollten die türkischen Delegierten für die Verlängerung des Waffen- stillstandes zur See die Bedingung stellen, daß alle Schiffe, die unter türkischer oder neutraler Flagge segeln, ohne Hinderniß in den griechischen Häfen zugelassen werden. Der Kabinetsoath ist zur Lösung dieser Frage zusammengetreten, von der die Verlängerung des Waffenstillstandes abhängt.

London, 4. Juni. „Standard“ meldet, die Türkei habe den Mächten den Vorschlag gemacht, Kreta an Griechenland abzutreten, wenn die Türkei nicht auf Thessalien zu verzichten bronche. In diesem Falle sollen innerhalb 24 Stunden die Truppen zurückgezogen werden.

Athen, 4. Juni. Zur schnelleren Lösung der Kretafrage er- suchten die Mächte die griechische Regierung, die kretanischen Christen zu bewegen, die Bedingungen für die Herstellung neuer Verhältnisse auf der Insel rückhaltlos anzunehmen. Die Regierung willigte ein, betonte jedoch die Notwendigkeit des baldigsten Abzugs der türkischen Truppen von der Insel.

Im englischen Unterhaus brachte am Donnerstag Dilke die freiliche und die griechische Frage zur Sprache. Walfour erwiderte, die Regierung sei noch nicht in der Lage, volle Auskunft über den Stand der Unterhandlungen zu geben. Uebrigens sei die Politik der Regierung betreffend Kreta wiederholt dargelegt worden, aber eine Debatte über Kreta und Griechenland sei erst thunlich, wenn die Regierung dem Hause mehr Aufschluß über die Unterhandlungen geben könne. Dilke scheint zu glauben, daß sich die Zustände auf Kreta verschlimmern. Unzweifelhaft hätten Unordnung und Anarchie auf der Insel nicht so lange dauern können, als sie thatsächlich gedauert haben, ohne bedauerliche Spuren zurückzulassen, zu deren Beseitigung eine lange Zeit erforderlich sein dürfte. Aber er könne ver- sichern, daß eine pessimistische Ansicht über die Zustände in Kreta nicht notwendig sei. Die Wiederherstellung der Ordnung stehe allerdings nicht eher zu erwarten, als bis die transi- torische Methode, zu der die Mächte bei der Behandlung der Lage gezwungen waren, vorüber sei. Erst wenn eine hinreichende Ordnung und die Elemente einer guten Verwaltung auf Kreta vorhanden seien, wäre zu hoffen, daß Freiheit und Autonomie auch dort wie anderwärts gute Früchte tragen würden. Daraus wurde Walfour's Vertagungsantrag angenommen.

Kulturfortschritt in Afrika. Von Großbritannien, den Ver- einigten Staaten, Frankreich, Deutschland und Holland werden all- jährlich große Massen von Alkohol nach dem „dunklen Erdtheile“ geschickt. „Daily Chronicle“ berichtet, daß im Jahre 1894 — neuere Zahlen sind noch nicht vorhanden — nach Gambia allein an Rum und Wacholderbranntwein eingeführt wurden: 22 308 Gallons (1 Gallon enthält 454 1/2 Liter); nach Sierra Leona wurden 242 088 Gallons, nach der Goldküste 1 302 809 Gallons, nach Lagos 1 868 631 Gallons, nach der Niger Küste 2 609 156 Gallons eingeführt. — Holland und Deutschland gebührt der Ruhm, das meiste zu dieser Art Zivilisation beizutragen. „Unsere Hände“, so meint „Daily Chronicle“, von England sprechend, sind

durchaus nicht sauber; daß aber andere Länder auf dem afrikanischen Spiritusmarkt und den Drogen abgelaufen haben, dürfte nur darin seinen Grund haben, daß der dort eingeführte Alkohol billiger und wohl auch schlechter ist als englische Produkte.“

Deutsches Reich.

— Das Gesetz über die Regelung der Richter- gehälter wird im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht.

— Zur Auslegung des § 153 der Gewerbe- Ordnung. Unser Harburger Parteiorgan theilt mit: Während das Fabrikarbeiterrecht appellirte Genosse Köhler an die Soldatilität zweier „Arbeitswilligen“, die von Hamburg nach Harburg gekommen waren, und stellte ihnen vor, daß sie in Harburg sich unglücklicherweise Unannehmlichkeiten aussetzen würden. Die beiden Arbeitswilligen sagten in der Verhandlung am 24. März vor der Staatsammer in Stade aus, daß sie die Neupierung Köhler's nicht als Bedrohung empfunden hätten, wie auch Köhler behauptete, daß er niemanden habe bedrohen wollen. Das Gericht verurtheilte den bis dahin unbefohlenen Angeklagten zu 2 Monaten Gefängnis. Die gegen dieses Urtheil ein- gelegte Revision ist aus folgenden Gründen verworfen: Die Revision ist unbegründet und der Thatbestand des Abzugsverwehres einwandfrei festgestellt. Das in der Neupierung des Angeklagten gegen die Arbeiter Geul und Schlar eine Drohung lag, um sie von Fortsetzung der Arbeit abzuhalten, ist Sache inhaltlicher Feststellung und kann mittelst Revision nicht angefochten werden. Was die Bedrohungen darin fanden, ist nicht entscheidend, aber auch nicht festgestellt. Haben sie die Drohung nicht als solche empfunden, so blieb die in der Absicht, die Unter- stellung einer Handlung zu erzwängen, gemachte Drohung noch weiter von Erfolg entfernt, als wenn die Bedrohten die Neupierung als Drohung empfunden hätten, jedoch ohne ihr Folge zu geben. Dies ändert aber nichts am Thatbestande des Verwehres, der allein an- genommen ist. Einer besonderen Feststellung des Vorsatzes bedurfte es nicht, weil derselbe im Begriff einer gewollten Drohung liegt und nicht besonders bestritten war.

Ein solches Urtheil zeigt wieder überdeutlich, eine wie breite Kluft zwischen den berücksihtlichen Auffassungen und dem Rechts- bewußsein des Volkes in unseren Tagen vorhanden ist.

— Nahrungsmittel-Kontrollverschärfungen sollen nach einem neuerdings vom Ministerium des Innern ab- gegangenen Erlasse für die nächste Zeit in Kraft treten. Eine Reihe von Bestimmungen sind angeordnet. Ueberall da, wo Weinfirmen zu Schleuderpreisen Waaren abgeben, wo Treiber, Rosinen zc. an- gekauft werden, soll die Polizei durch häufigere Entnahme von Proben sich von der Güte der Produkte überzeugen. Neu ist, daß aus Weizen, die für den Export bestimmt sind, nicht wie bisher von Revision und Untersuchung ausgeschlossen bleiben. Auch an solchen Stellen, wo Wein ausgedünnt wird, soll Kontrolle stattfinden. Am Schluß des Erlasses heißt es: „Bei der Kontrolle des Weinvertriebes insbesondere in den größeren Städten, ist planmäßig und mit Energie zu Werke zu gehen, wobei daran festzuhalten ist, daß eine unvoll- kommene Ausführung des Weingesetzes vom 20. August 1892, sowie der betreffenden Bestimmungen des Nahrungsmittel-Gesetzes §§ 10—13 nur zum Vortheil der weniger gewissenhaften Konkurrenz auslagen würde.“ Die chemische Untersuchung über Güte von getrockneten Früchten, Kaffeebohnen, Zucker, Tabak zc., deren Verfälschung selbst vom Laien leicht erkannt wird, soll eine Einschränkung erfahren.

— Gegen die Anwendung des „Groben Unfug“- Paragraphen auf die Presse vorgehen, schlägt Rechtsanwalt Paul im „Wörterblatt für den deutschen Buchhandel“ dem Leipziger Journalistenkongress vor. Er legt ganz richtig die Wis- sstände dar, welche aus der Auslegung dieses Paragraphen durch die Gerichte entstanden sind. Wenn er aber glaubt, daß „eine energische Rundgebung des Journalistenkongresses“ gegen jene mißbräuchlichen Auslegungen „nicht ohne Bedeutung bleiben“ werde, so vergißt der Herr Rechtsanwalt ganz, wie wichtig gewissen Kreisen sogar der Paragraph vom „Groben Unfug“ als Waffe gegen die sozialdemo- kratische Presse erscheint.

— Pulkamerun. Dieses Wort ist nicht von Herrn Lieber in einer der letzten Reichstagsitzungen geprägt worden, sondern vor 15 Jahren und mehr von den Sozialdemo- kraten. Es findet sich in Broschüren und im „Sozialdemokrat“; und wurde auch einmal, wenn wir uns nicht irren, im Reichstag persönlich gegen Herrn Pulkamerun, den famosen Jütten- Pöster, gebraucht, von dem sein jüngerer und kleinerer Epigon wohl die Pose gelernt hat, aber nicht einmal das Sitzen.

— Eine Verschärfung des Gesinde-Ausnahms- rechts wird, wie wir schon mittheilten, in Bayern beabsichtigt. Es verlautet darüber, es werde von der bayerischen Staatsregierung ein Entwurf ausgearbeitet, wonach Leute mit aberantanten bürger- lichen Ehrenrechten oder unter Polizeiaufsicht stehende Personen unter 18 Jahren nicht als Diensthöten gehalten werden dürfen. Die Polizei kann die Entfremdung solcher Personen erzwingen. Ein bei mehreren Dienstherrschaften verbundener Diensthöte hat auf Verlangen bei der Herrschaft einzutreten, mit der er das erste Dienstverhältnis abgeschlossen hat. Was draußel soll im Zweifel nicht vom Lohne abgezogen werden, im Falle Aufhebung des Dienstverhältnisses nur, wenn die Herrschaft zum Schadenersatz verpflichtet ist. Bezüglich des Kündigungsrechtes bei landwirthschaftlichen Diensthöten mit Jahreslohn soll dasselbe nur für den Schluß des Januar oder Sep- tember unter Einhaltung einer sechswohentlichen Kündigungsfrist, keinesfalls aber vor neunmonatlichem Dienste erfolgen können, wäh- rend in allen anderen Fällen vierwohentliche Kündigungsfrist Platz zu greifen hat.

Wirkat die Ausnahmestellung des „Gesindes“ aufgehoben, soll es also noch mehr geffelt und getriebelt werden!

— Ein neues Piskolenduell wird aus Bleibich ge- meldet. Auf den Schießstand der dortigen Unteroffizierskule fand am Freitag Morgen ein Piskolenduell statt. Einer der Duellanten wurde dem „Rhein-Kur.“ zufolge nicht unerheblich verwundet.

— Spaltung innerhalb der bayerischen Zen- trumspartei? Die „Landesheuer Zeitung“, das Zentrum- hauptorgan für Niederbayern, kündigt eine Spaltung innerhalb der Zentrumspartei an und tritt für die Gründung einer bayerischen Volkspartei ein, die in erster Linie den bayerischen Gedanken doch- halten, die wirtschaftlichen Interessen des Mittel- und Kleinbürger- thums, des Bauers und des Arbeiters vertreten soll und dabei naturgemäß auch Gott geben soll, was Gottes ist.“

Darmstadt, 3. Juni. (Sig. Ver.) Hessischer Landtag. Die oppositionellen Parteien der hessischen zweiten Kammer haben in Sachen des Vereinsgesetzes folgenden, von unseren Genossen angeregten schleunigen Antrag gemeinsam eingebracht: Die Kammer wolle beschließen, die großherzogliche Regierung zu ersuchen, ihren Bevollmächtigten im Bundesrat dahin zu instruiren, daß er für das vom Reichstage angenommene Vereinsgesetz stimme.

Unterzeichnet haben den Antrag im Auftrage ihrer Fraktionen die Abgg. Ulrich (Soz.), Dr. Schmitt (B.), Köhler (Reform.) und Reich (fr.).

Die Nationalliberalen lehnten die Unterzeichnung ab, da sie die Angelegenheit noch nicht innerhalb ihrer Fraktion berathen hätten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch sie sich dem Antrage an- schließen, in welchem Falle er von der Kammer einstimmig zum Beschluß erhoben würde. Ob die „liberale“ hessische Regierung ihm nachkommt, ist allerdings sehr zweifelhaft. Doch warren wir ab!

In der heutigen Sitzung kam endlich auch die Darm- städter Wahlangelegenheit, die seit Wochen den Bund und die Wählerschaft in Erregung gehalten hat, zum Abschluß. Die beiden Darmstädter Landtagsmandate, die mit ganz geringer Stimmenmehrheit von der nationalliberalen Partei im letzten Wahl-

Kampf behauptet wurden, waren wegen großer Verdächtigungen gegen das Wahlreglement und großer Ungenauigkeit der Wahllisten beanstandet worden. Für die Nationalliberalen handelte es sich dabei um den Verlust der absoluten Mehrheit in der Kammer, die sie seit Jahren unbesritten befehlen hatten. Im letzten Wahlkampf waren sie auf 26 gegen 24 oppositionelle Mandate zurückgegangen. Mit der Ungültigkeitserklärung wären voraussichtlich die zwei Darmstädter Mandate und damit die Kammermajorität für sie für immer verloren gewesen. Kein Wunder, daß sie mit allen Mitteln dagegen ankämpften. Die erstmaligen erregten Verhandlungen führten zu dem dramatischen Schlußeffekt, daß die Nationalliberalen vor der Abstimmung den Sitzungssaal verließen und dadurch die Beschlußfähigkeit herbeiführten respective die Vertagung erzwangen. Die Opposition vergalt daraufhin Gleiches mit Gleichem und die Sache drohte sich zum dauernden Konflikt auszuwickeln. In der heutigen Sitzung waren die Gallerien wieder dicht besetzt und es wurde heiß gefochten. Von unserer Seite griff Genosse Ulrich wiederholt und scharf in die Debatte ein. Um den von der Opposition schon seinerzeit gefassten Beschluß der Ungültigkeit der Wahl wieder umzustößen, fehlten die Nationalliberalen mit 24 gegen 28 Stimmen den unangehörlichen Beschluß durch, daß es nach der Geschäftsordnung zulässig sei, auch noch nach Ratgebender Abstimmung die Beschlußfähigkeit durch Ausschaltung zu konstatieren. Danach mußte nochmals über die Gültigkeit der Wahl abgestimmt werden und die Nationalliberalen retteten schließlich ihre zwei Mandate mit 24 gegen 28 Stimmen. Erfolg sein werden sie schwerlich auf diesen Sieg, den sie nur der plötzlichen Enttarnung eines Oppositionsmitgliedes verdanken. Ihr auch in Hessen vergleichender Stern hat keinen neuen Glanz durch diese Angelegenheit erhalten und die nächsten Wahlen werden ihrer Majorität um so sicherer ein Ende machen, je mehr sie versuchen, sie mit so verzweifelten Mitteln zu retten.

Eine Privatdepesche aus Darmstadt meldet uns:
Die Kammer nahm den Vereinsgesetz-Antrag einstimmig an.

Gotha, 3. Juni. Nach den letzten Erklärungen des Ministeriums in der Kommissions-Sitzung, welche am Mittwoch stattfand, ist die Annahme des zweijährigen Etats seitens des Ministeriums gesichert. — Das ist ein erheblicher Erfolg unserer Parteigenossen im Gotha'schen Landtage.

— Vom Dr. Reinhold verlaunt jetzt, daß Prof. Schmöller sich mit seiner Bewertung einverstanden erklärt habe. Auch hört die „Zeit“ von einem Freunde ihres Blattes, der Dr. Reinhold kennt, daß dieser ein „begeisterter Anhänger der englischen Freiheit“ und sicherlich nicht ein Mann nach dem Herzen des Herrn v. Stamm sei.

— **Chronik der Majestätsbeleidigungen.** Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung der Staatsanwaltschaft hatte sich der Zigarrenhändler Nordert Heinrich vor der Strafkammer in Hannover zu verantworten. Die Beleidigungen sollten verübt sein durch anonyme Postkarten, die in Hannover im November und Dezember v. J. aufgegeben worden waren. Die Beweisnahme war eine sehr umfangreiche, als Schreibschaffverständige waren Dr. Jeserich-Berlin und Sekretär a. D. Wildhagen-Hannover geladen. Das Gericht konnte auf Grund des vorliegenden Beweismaterials nicht zu der Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten gelangen und sprach ihn deshalb frei. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr sechs Monate Gefängnis beantragt.

In Sektin wurde der Arbeiter Hermann Bachhausen wegen Majestätsbeleidigung zu der niedrigsten Strafe von 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte hatte die beleidigenden Worte in angetrunkenem Zustande bei einer Familienfeierlichkeit ausgesprochen.

Oesterreich.

Wien, 4. Juni. Wie das „N. W. Z.“ aus Graz meldet, sind auf Veranlassung des Justizministers sämtliche Staatsanwälte und Oberstaatsanwälte berufen worden, um mit Rücksicht auf die politische Situation Informationen entgegenzunehmen.

Es handelt sich wohl um ein entschiedenes Vorgehen gegen die Oppositionsparteien, speziell gegen die Sozialdemokratie.

Wien, 4. Juni. Das „Waterland“ veröffentlicht eine Erklärung des Klubs der katholischen Volkspartei, welche die Obstruktion vom dynastischen, österröischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus verurteilt und besagt, daß die wirkliche Verständigung beider böhmischen Nationen nur durch eine gegenseitige Verständigung auf dem Boden der christlichen Gerechtigkeit erfolgen könne. Die Sprachverordnung aber könne nicht zum Ausgangspunkt der Obstruktion genommen werden. Der Klub habe keine Gemeinschaft mit Parteien, die den positiv katholischen und österröischen Standpunkt teilweise offen verleugnen.

Wien, 22. Juni. („Arbeiter-Zeitung.“) Der Reichsrath ist heute geschlossen worden, und damit erscheint das Glas der Regierung nun offenkundig. Wenn das Ministerium der Vereitelung der parlamentarischen Thätigkeit, worin es eine Beeinträchtigung des Staatsinteresses erblickt, nicht anders Herr werden kann, als indem es den Faden des Parlaments ganz zerschneidet, so gesteht es selbst ein, daß die Dinge an einem Punkte angelangt sind, wo Graf Badeni vollständig rathlos dasteht. Die Erklärung, womit Graf Badeni die Schließung des Reichsraths begründete, klingt zwar sehr selbstbewußt und drohend; aber hinter den energischen Worten verbirgt sich nichts, aber gar nichts, als seine vollständige Rathlosigkeit, die aus den selbst herausgeschworenen Wären keinen Ausweg mehr findet. Die Schließung des Reichsraths bedeutet im Grunde nichts anderes als die Flucht vor dem Parlament. Wenn die Obstruktion es als ihr Ziel aufgestellt hat, die parlamentarische Thätigkeit lahmzulegen bis zum vollständigen Stillstand: so hat der Ministerpräsident heute zugegeben müssen, daß dieses Ziel ganz und vollständig erreicht wurde.

Was aber nun? Der Reichsrath ist nicht, wie es bis jetzt immer üblich war, verfallen geschlossen worden. Der Schluß der Session hat dieselbe Wirkung, wie wenn man es beim Wiederzusammentritt des Hauses mit einem neuergewählten Parlament zu thun hätte; alles, was in der abgelaufenen Session geschah, ist nun werth- und wirkungslos. Das Bureau und die Ausschüsse müssen von neuem gewählt, alle Anträge und Interpellationen müssen wiederholt werden; von den zwei Monaten Thätigkeit bleibt nichts übrig als ein Berg bedrucktes Papier. Anderntheils schafft die Schließung des Reichsraths der Regierung in gewisser Beziehung freie Hand. Die Abgeordneten sind erstens nicht mehr immunit; für eine Regierung, die jede Bewegung durch politische Maßregeln zu erschrecken hofft, ein nicht zu unterschätzender Vortheil. Dann hat sich die Regierung den Hausen unbrauener Anträgen und lästiger Dringlichkeitsanträge mit einem Hauf vom Halbe geschafft; sie braucht nun nichts mehr zu antworten. Vielleicht denkt die Regierung auch, in der parlamentarischen Zeit eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen herbeizuführen, wozu ihr die Schließung des Reichsraths den Weg freimacht. Ob es der Regierung gelingen wird, die Obstruktion im Sommer zu beschwören; wir können's ruhig abwarten. Was immer sich ereignet wird: die Sozialdemokraten haben ein unverrückbares Ziel und von ihrem Wege können sie nicht abirren. Wir werden die Zeit außerhalb des Parlaments benötigen, wie wir das Parlament benötigen würden: zur Arbeit für die Sozialdemokratie!

Ungarn.

Budapest, 4. Juni. Abgeordnetenhause. Der Finanzminister Salacs brachte einen Gesetzentwurf ein über die Verlängerung der im vorigen Jahre geschaffenen Erhöhung der Zuckerexportprämie auf die Dauer eines weiteren Jahres und über die Vertheilung des Branntweinkontingents ebenfalls auf die Dauer eines Jahres.

Schweiz.

Zürich, 3. Juni. (Sig. Ver.) Die deutschen Bäckereimeister haben in der Schweiz Kampfgesellen gefunden. Im Kanton

Suzern ist vor etwa Jahresfrist das neue Arbeiterinnen-Schutzgesetz mit dem einstündigen Normal-Arbeitstage in Kraft getreten. Die Unternehmer waren davon nicht sehr erbaud und nun haben 8 Modistinnen und 27 Damenschneiderinnen der Stadt Suzern Revision der Bestimmungen über den Normal-Arbeitstag, sowie über die Ueberzeit-Arbeit verlangt. Die Regierung beantragte aber beim Großen Rathe (Landtage) Nichtzutreten auf die Eingabe, da das Gesetz erst zu kurze Zeit in Kraft sei. Die geschlossenen Freundschaften des 14- bis 18-jährigen Normal-Arbeitstages für ihre Arbeiterinnen haben also das Ziel nicht erreicht und werden es auch nicht erreichen. — Im Kanton Waadt soll für die dem eidgenössischen Arbeitsgesetz nicht unterstellten Geschäfte die Sonntagsruhe geregelt werden. Was aber der Große Rath (Landtag) beschlossen hat, ist mehr eine Regelung der Sonntagsarbeit, als eine Sicherung der Sonntagsruhe. Wo die Natur des Geschäftes unbedingt Sonntagsarbeit erfordert, sollen Arbeiter, Angestellte und Bediente wenigstens von 1 Uhr freigelassen werden oder jeden zweiten Sonntag gänzlich frei haben. Die Lohnauszahlung erfolgt am Freitag. Arbeiten auf öffentlicher Strafe, bringende Fälle vorbehalten, sind an Sonntagen untersagt, ebenso der Vertrieb von Waaren, ausgenommen Früchte, Gebäck, Eis und Erfrischungen. Auf Verlangen der Mehrheit der Angehörigen einer Handelsbranche kann der Regierungsrath durch Verfügung die Schließung der Magazine der betreffenden Branche während des ganzen Sonntags oder während eines Theiles desselben anordnen. Nicht zur Anwendung gelangen sollen die Vorschriften dieses Gesetzes am ersten und letzten Sonntag des Jahres und in ländlichen Gemeinden an Sonntagen mit Festanlässen. —

Frankreich.

Paris, 3. Juni. Der Senat begann die Beratung der Vorlage, durch welche künftig die gänzliche Abschaffung der Oltroi-Abgaben (indirekte städtische Abgaben) gestattet und die theilweise Abschaffung der Oltroi-gebühren, nämlich der auf die hygienischen Getränke gelegten, vorgeschrieben wird. Mehrere Artikel der Vorlage gelangten zur Annahme.

Paris, 3. Juni. Die gestern gewählte neue Budget-Kommission der Kammer setzt sich zusammen, wie die bisherige, aus 28 ministeriellen und bloß 5 oppositionellen Mitgliedern, darunter der sozialistische Abg. Millerand. Das ist eine empfindliche Niederlage für die Opposition. Die Zufälligkeiten des Looses (die Zusammensetzung der elf Ausschüsse, in denen die Kommissionswahlen gesondert stattfinden, wird durch das Loos bestimmt) genügen zur Erklärung der erdrückenden Regierungsmajorität um so weniger, als die Budgetkommission bisher gewöhnlich eine antiministerielle Mehrheit aufwies. Die Kommissionswahlen trugen, wie im Vorjahre unter dem radikalen Ministerium einen aus gesprochen politischen Charakter. Der gleiche Ausfall der Wahlen unter zwei entgegengesetzten Ministerien beweist, daß die Kammer eine entschlossene reformfeindliche Mehrheit enthält, die das Schleudrian-Budget des Kabinetts Melins unbeschadet votiren wird.

Das Budget für 1898 ist in der That von jeder Spur einer Steuerreform frei. Es ist eine alte Erfahrung unter der Bourgeoisrepublik, daß keine Steuerreform auf Annahme rechnen kann, falls sie nicht dem Budget einverleibt ist. Daher der rein finanzmäßige Charakter des Melin'schen Budgets. Aber auch in finanzieller Beziehung ist es ein jämmerliches Produkt. Es schließt auf dem Papier mit einem „Ueberschuß“ von bloß 185 000 Frs., und auch das nur dank einer „voranschläglichen“ Mehreinnahme von circa 19 Millionen Franks. Insgesamt sind die Ausgaben wiederum gestiegen in runden Zahlen von 3 Milliarden 383 Millionen auf 3 Milliarden 418 Millionen. Die Mehrausgabe fällt fast ausschließlich auf die Marine, die weitere 26 1/2 Millionen für neue Kriegsschiffe beantragt. Die erdrückende Staatsschuld wird um den lächerlichen Betrag von 10 Millionen vermindert. ... Daß diese Verminderung auf dem Papier bleiben wird, dafür werden die unvermeidlichen Nachtragkredite sorgen selbst dann, wenn die vom Finanzminister vorausgesehene Mehreinnahme sich wirklich einstellen sollte. Genosse Millerand bezeichnete das Melin'sche Budget treffend als ein Defizit-Budget in finanzieller und als ein Budget des politischen Bankrotts in steuerreformatorischer Beziehung. Beides hängt übrigens ursächlich zusammen. Die bedenkliche Finanzlage konnte nur durch eine dem Geldfack tüchtig zusehende Steuerreform gebessert werden. —

Italien.

Rom, 4. Juni. Aus Porta Erudisco wird gemeldet, dort sei eine Revolte unter den Bauern ausgebrochen, wobei diese sich massenweise zusammenzogen und das Rathhaus in Brand stecken wollten. Später kam es zu blutigen Kämpfen zwischen der Gendarmerie und den Bauern, wobei erstere in die Flucht geschlagen wurden. Erst als Truppen eintrafen, gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Es wurden achtzehn Bauern verhaftet.

Rom, 4. Juni. Die Deputirtenkammer genehmigte das Budget für das laufende Finanzjahr. Der Schatzminister Luzzatti gab die Versicherung, daß man durch das Festhalten an einer Politik der Sparsamkeit und der absoluten Sammlung hinsichtlich Afrika's, wie es dem Programm der Regierung entspricht, eine Periode des Aufschwungs für die Volkswirtschaft Italiens herbeiführen werde. —

Ueber die Reorganisation der Armee berief am Donnerstag die Deputirtenkammer in zweiter Lesung. Bei Artikel 1 beantragte Imbriani im Namen mehrerer Radikaler, daß die Genesung „Königliche Armeen“ in „Nationalarmee“ umgewandelt werden solle. Der Antrag, welchen der Kriegsminister Pelloux bekämpfte, wurde mit 209 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Die ganze Vorlage wurde von der Kammer angenommen. —

Eine neue Besteuerung, die aus den besser situierten Arbeiterschichten noch einige Millionen herauspressen soll, beabsichtigt der Finanzminister einzuführen. Als Söhne, die über 3,500 Franks pro Tag betragen, sollen einer besonderen Steuer unterworfen werden. Ueberall, namentlich in Mailand, hat die Bevölkerung energischen Protest dagegen erhoben.

Das thut die Regierung zu einer Zeit, da durch Bodis, dem Direktor des Statistischen Bureau's festgestellt worden ist, daß die Lebenshaltung der Massen gegen früher erheblich gesunken ist. Nach seinen Feststellungen kommen in normalen Jahren auf den Kopf der Bevölkerung 128 Kilo Weizen, während im letzten Jahre auf den Kopf nur 118 Kilo entfielen. Der Verbrauch von Salz ist vom Jahre 1890/91, wo 7,15 Kilo auf den Kopf der Bevölkerung entfielen, auf 6,54 Kilo im Jahre 1895/96 gefallen. Auch der Verbrauch von Kaffee und Zucker ist in dieser Zeit zurückgegangen; dergleichen sind die Einkünfte aus den städtischen Oltroi gesunken. — Angesichts dieser Thatsache ist es gewiß nicht zu verwundern, wenn die italienische Bevölkerung in Schaaren ihrem „theuren Vaterland“ den Rücken kehrt. —

England.

London, 4. Juni. Das Unterhaus beendete heute die Einzelberatung des Gesetzesentwurfes betreffend die Unfallerschädigung der Arbeiter. Es wurden nur die von der Regierung genehmigten Änderungen angenommen. Hierauf verlegte sich das Haus bis zum 17. d. Mts. —

Erklärung und Zurückweisung.

Herr Oberstaatsanwalt Drescher hat, nach dem Bericht des „Vorwärts“, in seiner Anklagerede gegen v. Tausch auch meine Person erwähnt und die Gründe angegeben, warum er mich in diesem Prozeß als Zeuge habe vorladen lassen.

Unter den vielen Selbstanklagen, die in diesem Prozeß seitens der öffentlichen Anklage wie der Hauptbetheiligten zu Tage getreten sind und das Kopfschütteln der Draußenstehenden hervorriefen, ist die Keuscherung des Oberstaatsanwalts gegen mich eine der seltsamsten.

Bisher habe ich angenommen, daß der Zeuge, der zu schwören hat: daß er die reine Wahrheit sagen, nichts hinzusetzen und nichts verschweigen werde, auf diesen Eid hin verpflichtet sei nur das zu sagen, was er positiv weiß und wofür er die Beweise in Händen hat, oder, wie ich, in Händen gehabt hat; daß es ihm aber nicht zustehe, die von ihm aus dem ihm bekannt gewordenen Thatsachen und Indizien gezogenen Kombinationen und Schlüsse seinem Zeugnis einzuwickeln.

Was mir als Volkswortreter und Politiker zusteht, was ich als solcher zu thun verpflichtet bin, das steht mir als Zeuge nicht zu, so habe ich auch in meiner Zeugnisaussage mich darauf beschränkt, das zu sagen, was ich wirklich wußte und mit gutem Gewissen auf meinen Eid nehmen konnte, und ich habe deshalb dem Versuche der Anklage wie der Vertheidigung widerstanden, von mir auch Vermuthungen und Kombinationen zu hören.

Aus dem Verhalten des Herrn Präsidenten des Gerichtshofs andern Zeugen gegenüber, die versuchten Kombinationen und Urtheile in ihre Zeugnisaussagen einzuflechten, habe ich ersehen, daß ich nach seiner Auffassung durchaus korrekt gehandelt habe.

Um so auffälliger ist daher das Verfahren des Oberstaatsanwalts, der in seiner Anklagerede, die er doch gegen von Tausch und nicht gegen mich zu richten hatte, erklärt: „er habe mich nur laden lassen, damit die Geschworenen sich ein Bild machen könnten, wie anders die Situation eines Mannes sei, der auf der Parlamentstribüne eine öffentliche Angelegenheit zum Vortrag bringt, und die Situation eines Mannes, der vor der Barre des Gerichts stehe“, und er schloß damit, daß er meine Aussagen als „Vermuthungen, nichts als Vermuthungen!“ bezeichnete.

Ich wiederhole, ich habe nicht Vermuthungen, sondern nur bekannte Thatsachen beschworen und muß deshalb das jüdische Urtheil des Oberstaatsanwalts über meine Aussage als falsch, unberechtigt und ungehörig auf das schärfste zurückweisen. Sicher ist es auch eben so neu als seltsam, daß ein Staatsanwalt einen Abgeordneten als Zeugen laden läßt, um dessen Reichstagsrede zum Gegenstand einer Kritik zu machen, die einer Vertheidigung des Angeklagten gleich wie ein Ei dem andern. Was in meinen Ausführungen in der hier in Frage kommenden Reichstagsrede sich auf Thatsachen stützte, was Kombination und Schlussfolgerung war, darüber konnte der Oberstaatsanwalt ebenso wenig im Zweifel sein, wie es der Untersuchungsrichter war, dem ich zuerst darüber Rede und Antwort zu stehen hatte, und dessen Niederschrift der Oberstaatsanwalt kannte. Die Art, wie der Herr Oberstaatsanwalt Drescher mein Zeugnis und meine Reichstagsrede zu Gunsten des Angeklagten v. Tausch verwertete, ohne daß ich darauf sofort geblühend antworten konnte, ist jedenfalls ein Unikum in der staatsanwaltschaftlichen Kampfesweise.

Jedenfalls habe ich und gewiß ich nicht allein in diesem Prozeß die Auffassung gewonnen, daß doch ein Unterschied zu bestehen scheint, ob ein Polizeikommissar auf der Anklagebank sitzt, welcher der gemeinen Verbrechen beschuldigt wird, und der, wie immer das Urtheil der Geschworenen über ihn ausgefallen sein mag, für eine amtliche Stellung als Stütze im Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung für immer unnützlich ist, oder ein Sozialdemokrat, mag dieser auch in Betretung seiner ethischen Ueberzeugung und in der Begeisterung für seine Sache auf der Anklagebank erscheinen.

Berlin, den 4. Juni 1897.

H. Sebel.

Parlamentarisches.

Aus dem Bundesrath. Den zukünftigen Ausschüssen überwiesen wurden die Resolution des Reichstags betr. die Herstellung eines Präsidialgebäudes für den Reichstag, der Entwurf eines Gesetzes für Eisauf-Loihringen über die Registrationsgebühren für die Uebertragung von Apotheken und Kuren, sowie über die Erbschaftsteuer von Kuren, die Beschlüsse des Bundesausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für Eisauf-Loihringen über die Rechtsverhältnisse der Gerichtsvollzieher und die Errichtung einer Pensionkasse für Gerichtsvollzieher und deren Hinterbliebene, die Vorlagen betr. Aenderung der Bestimmungen über die Befähigung von Eisenbahn-Betriebsbeamten vom 5. Juli 1892 und betr. die Renewahl und Berufung nichtständiger Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes aus dem Stande der Arbeiter und der Arbeitnehmer, ein Antrag Bippes betr. Doppelbesteuerung der lippischen Ziegelmänner, der Bericht der Reichsschulden-Kommission betr. die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes beim Reich und der ihrer Beaufsichtigung unterstellten Fonds etc., sowie die Reichstagsbeschlüsse zu einigen Petitionen. Außerdem wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Partei-Nachrichten.

Aus Solingen theilt uns die Redaktion der „Vergischen Arbeiterstimme“ mit, daß nicht die Wahlenthaltung bei der letzten Stadtverordnetenwahl proklamirt, sondern nur einen beglücklichen Beschluß des Volksvereins gebracht habe.

Sozialdemokratische Presse in der Schweiz. Der Basler „Vorwärts“ soll mit 1. Juli eingehen und an seine Stelle ein anderes Tageblatt mit wesentlicher Unterhaltungsbeilage treten, welches der Genosse Wab als Privatunternehmen herausgeben will. Die sozialdemokratische Partei sollte aber den Redakteur wählen und die Hälfte seines Gehalts zahlen. — Der „Vorwärts“ soll 16 000 Fr. Druckkosten schulden, und zwar an den Typographenbund, in dessen Basler Vereinsdruckerei er hergestellt wird.

Volkstheiles, Gerichtliches etc.

Die „Mainzer Volkszeitung“ hatte mitgetheilt, daß in Nieder-Olm bei der Reichstags-Wahl von zwei Vertrauensleuten des Zentrums die Wähler Andreas Schwarz und J. Kleinschmitt gekauft worden waren, schwarz zu wählen. Die beiden Vertrauensleute, Gastwirth Johann Mertens und Kohlenhändler Nikolaus Stauder, erklärten in einer Vernehmung die Mittheilung für „vollständig erlogen“, worauf die „Mainzer Volkszeitung“ erwiderte, nicht auf ihre Mittheilung, sondern auf die Vernehmung treffe das zu. Die beiden Zentrumsleute verklagten nun den Redakteur Dr. David, den Wähler Andreas Schwarz und den Einsender der betreffenden Mittheilung, Anton Gängler, wegen Beleidigung. Vom Schöffengericht wurde festgestellt, daß zwar nicht Schwarz von dem Gastwirth, aber Kleinschmitt von dem Kohlenhändler durch das Versprechen, Kohlen zu bekommen, in Beziehung auf die Abgabe seiner Stimme beeinflusst worden ist. Das Urtheil lautete gegen Schwarz wegen Beleidigung des Gastwirths auf 15 M. Geldstrafe, gegen Dr. David und Gängler auf Freisprechung, weil sie in besserer Absicht und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt haben.

Im „Volksfreund“, der Landausgabe der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden, war dem Zigarrenfabrikanten Pätzsch in Abbau der Vorwurf der Wortbrüchigkeit in Beziehung auf Abmachungen mit seinem Personal gemacht, weil er einen Arbeiter unter Umständen entlassen hatte, die als Zeichen dafür betrachtet wurden, daß es sich um eine Maßregelung handele. Wegen des Vorwurfs der Wortbrüchigkeit strengte der Fabrikant Klage gegen den verantwortlichen Redakteur Hermann Schulze an und erreichte vorm Schöffengericht dessen Verurtheilung, da nicht bewiesen werden konnte, daß die Entlassung des Arbeiters eine Maßregelung war. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis. Mit den Strafen, die unserem Genossen Schulze als verantwortlichem Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ auferlegt worden sind, hat er nun zusammen vier Monate Gefängnis zu verbüßen. Bekanntlich wurde er neulich bei seiner Verurtheilung im Anwesenheitsprozeß sofort in Haft genommen. Die angebotene Kautionleistung wies das Gericht zurück und über die Angehörigen dagegen ist noch nichts entschieden.

Unsern neuesten Kurz.

- Mai
1. Hamburg. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung ein Kohlenarbeiter 14 Tage Gefängnis.
2. Berlin. Genosse Knabe 2 Monate Gefängnis wegen Auf- forderung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam gegen Vorgesetzte.
3. Köln. In der Berufungsinstanz Genosse Hofrichter eine Woche Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe- Ordnung.
4. Königsberg. 100 M. Geldstrafe Genosse Erdmann wegen Offizierbeleidigung.
5. Hamburg. Wegen groben Unfugs u. ein Tischler und ein Steuermann je eine Woche Haft.
6. Berlin. Die Maser Sproy, Maas und Redder- meyer 6, 4 und 3 Monate und 1 Woche Gefängnis wegen Nötigung und Körperverletzung.
7. Dresden. Genosse Kühnel 30 M. Geldstrafe wegen un- erlaubten Kollektivens.
8. Hamburg. In der Berufungsinstanz ein Quai-Arbeiter wegen Beleidigung eines Streikbrechers 5 Tage Gefängnis.
9. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Gärtner- Nürnberg wegen Beleidigung eines Försters zwei Monate Gefängnis.
10. Hamburg. Wegen Bedrohung, Nötigung u. ein Fabrik- arbeiter 1 Monat, 2 Metallarbeiter 1 bzw. 3 Monate, und 2 Arbeiter wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung je zwei Monate Gefängnis.
11. Halle. Genosse Brandt wegen Beleidigung eines Pfarrers 60 M. Geldstrafe.
12. Naumburg. 2 Wochen Gefängnis Genosse Poppe- Zeit wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
13. Hamburg. Ein Tabakarbeiter wegen Beleidigung von Streik- brechern 2 Monate Gefängnis.
14. Köln. Genosse Michels-Kall 6 Monate Gefängnis wegen Beleidigung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Mülheim.
15. Berlin. In der Berufungsinstanz ein Schauermann wegen Nötigung 1 Woche Gefängnis.
16. Frankfurt a. O. Wegen Beleidigung eines Spinnmeisters Genosse Jappe 10 Mark Geldstrafe.
17. Bittau. Genosse Burtholdt 10 M. Geldstrafe wegen unerlaubten Sammelns.
18. Dortmund. 4 Wochen Gefängnis Genosse Theis wegen Beleidigung eines Feldwebels.
19. Frankfurt a. M. Wegen Offizierbeleidigung Genosse Dr. Quard 150 M. Geldstrafe.
20. Halle. In der Berufungsinstanz der Maurer Kohlhardt wegen Beleidigung 8 Monate Gefängnis.
21. Nürnberg. In gleicher Instanz Genosse Gärtner wegen Verübung groben Unfugs 50 M. Geldstrafe.
22. Dresden. Wegen Beleidigung der Zeitung der Artillerie- Verhältnisse Genosse Richard 1 Jahr und Genosse Schulze 10 Monate Gefängnis.
23. Dresden. In der Revisionsinstanz Genosse Geiser wegen Beihilfe zum Gewerbesteuervergehen 100 M. Geldstrafe.
24. Halle. Genosse Reiwand 20 M. Geldstrafe, weil er An- ordnungen der Polizei nicht Folge geleistet.
25. Hamburg. Ein Schauermann 1 Monat Gefängnis wegen Mißhandlung eines Streikbrechers.
26. Kiel. 2 Monate Gefängnis Genosse Korn wegen Ver- ächtlichmachung kirchlicher Einrichtungen.
27. Dresden. Wegen Beleidigung des Abtauer Gemeinderaths Genosse Künzel 6 Wochen Gefängnis.
28. Berlin. Die Sattler Wüchgang und Braun wegen Verurteilung einer Woche Gefängnis.
29. Hamburg. 8 Arbeiterinnen wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung je 4 Tage Gefängnis.
30. Steint. Genosse Storch 60 M. Geldstrafe wegen einer an der Gewerbe-Ordnung geübten Kritik.
31. Halle. Genosse Reiwand abermals 10 M. Geldstrafe, weil er Anordnungen der Polizeibeamten nicht Folge geleistet.
32. Hamburg. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe- Ordnung Genosse Waberzky 18 Tage Gefängnis.
33. Speyer. Drei Frauen je drei Wochen Gefängnis wegen Verübung groben Unfugs bei Gelegenheit eines durch den Streik der Maurer hervorgerufenen Kaufs.
34. Hamburg. Ein Schiffreimer wegen Bedrohung eines Streikbrechers 14 Tage Gefängnis.
Insgesamt wurde erkannt auf 6 Jahre 11 Monate 1 Woche und 5 Tage Gefängnis und 1615 M. Geldstrafe.
Hamburg-Gimsbützel, den 4. Juni 1897.
Eichenstr. 4 I.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Die Gewerbe-Aufsicht und die Gerichte.

Seit Jahren wird von den Gewerbe-Aufsichtsbeamten verschiedener Bundesstaaten darüber Klage geführt, wie außerordentlich niedrig die Strafen sind, die von den Gerichten über die Urheber von Ver- stößen gegen die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung verhängt werden. Es liegt auf der Hand, daß die Arbeitgeber — und um diese handelt es sich — trotz aller Ermahnungen und Verwarnungen durch die Aufsichtsbeamten auf die Arbeiter-Schutz-Gesetze erst recht pfeifen, sobald die Gerichte nicht mit der gebührenden Strenge ein- schreiten. Daß hier die „Schneidigkeit“ fehlt, die von den Arbeitern und deren Vertreterpersonen, Vorständen von Vereinen und Redakteuren so gründlich verspürt wird, ist uns zwar nicht ver- wunderlich; es entspricht dies vielmehr der ganzen Situation, in der die Arbeiterklasse dem Staatsorganismus gegenüber gehalten wird. Aber zur Kennzeichnung des „gleichen Rechts“ ist es interessant, auch diese Seite der deutschen Rechtsprechung der großen Öffentlichkeit bekannt zu geben. Bei der Kritik, die von unserer Fraktion jedes Jahr bei den Etatberatungen geübt wird, sind die auffallend milden Urteile schon gebührend beleuchtet worden, die in früheren Jahren selbst von den Gewerbe-Aufsichtsbeamten gerügt und in ihren Berichten mit- geteilt wurden. In den bis jetzt veröffentlichten Berichten für 1896 finden sich abermals eine Anzahl sehr bemerkenswerther Fälle; sie

lassen erkennen, weshalb es so langsam mit der Durchführung des

bisshin geschlechtlich gewährleisteten Arbeiterschutzes vorwärts geht. Verhasste Klage über die milden Gerichtsurteile führte seit Jahren der wegen seines unparteiischen Vorgehens von uns stets gewürdigte Großherzog, badische Fabrikinspektor Dr. Wris- hoffer. Im Bericht für 1896 konstatiert er zwar, daß nicht mehr so kleine Geldstrafen wie im Vorjahre ausgesprochen wurden, in einigen Fällen auch von den Staatsanwaltschaften wegen zu geringer Straf- ausmessung mit Erfolg Berufung eingelegt worden ist, daß aber immerhin noch Urteile vorkommen, die deswegen auffallen, weil die Annahme milderer Umstände in einer Weise begründet wird, die fast einer Verurteilung der geschlichen Vor- schriften gleichkommt.

Sehr richtig! Sobald die höchste Instanz, die über die Aus- führung von Gesetzen zu wachen hat, sobald das Gericht auf- fallend milde Strafen giebt, ohne daß wirklich zwingende Milderungsgründe vorhanden sind, wird vom Gericht das Gesetz verurteilt und dadurch das Vertrauen des Volkes zum Gesetz und zu den Gerichten erschüttert.

Ein badisches Gericht hat aber nicht nur ein sehr geringes Strafmaß für richtig befunden, sondern sich dabei auch eine Be- gründung geleistet, die, wie der Jahresbericht schonend sagt, „auffallend“ ist. Es hat nämlich einen Strafmilderungs- grund darin erblickt, daß vielfach eine Abneigung be- stehe, die Arbeiter-Schutz-Gesetze zu befolgen.

„Besüglich der Strafmilderung“ heißt es in den Ent- scheidungsgründen, „hat das Schöffengericht im Hinblick auf die nicht gerade günstigen Vermögensverhältnisse des in dessen gering- fügigem Betrieb (in demselben wurden, wie der Fabrikinspektor hin- zulügt, 40 — sage und schreibe: Vierzig Arbeiter beschäftigt), die Unbescholtenheit des Angeklagten, endlich auch mit Berück- sichtigung und unter Betonung einer in weiten Kreisen herrschenden Abneigung gegen die Fest- setzung erheblicher Geldstrafen wegen derartiger Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung, welche Zuwiderhandlungen überhaupt nicht schwer auf- zufassen seien, für jedes Einzelvergehen 8 M., zusammen 40 Mark Geldstrafe erkannt, und die Strafe eher als zu hoch als zu niedrig begriffen bezeichnet.“

Die Zuwiderhandlungen betrafen die §§ 135, Abs. 3 (Zehn- stunden-Arbeit für junge Leute zwischen 14—16 Jahren), § 136, Abs. 1 (Arbeitszeit und Hausen für jugendlichen Arbeiter), § 137, Abs. 1 und 2 (Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre).

Im § 146, Ziffer 2 schreibt die Gewerbe-Ordnung vor, daß Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen „mit Geldstrafe bis zu zweitausend Mark und im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden.“

Das Schöffengericht aber hielt 40 M. für noch zu viel! Sicherlich hat der Unternehmer, der die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen länger als gesetzlich erlaubt ist, beschäftigt, sich bei diesem Urtheil ins Häuschen gelacht, denn — er hat durch die Uebertretung des Gesetzes, durch die HeranSPannung von noch mehr Nachwuchs aus den Arbeitern — weit mehr verdient, als er Strafe zu zahlen hatte. — Ein feines Geschäft!

In dem Bericht für Oberhausen wird mitgeteilt, daß 8 Kalkfeinbruchereien wegen vorschriftswidrigen Abbaues ihrer Steinbrüche mit Geldstrafen von 6—10 M. „bestraft“ wurden!

Und dabei brachten sie Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter in Gefahr!

Ist es da zu verwundern, wenn die Unternehmer sich den An- forderungen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten gegenüber gleichgiltig ver- halten und es ruhig als gerichtliche Bestrafung ankommen lassen? Sie wissen ja, daß sie nicht viel dabei zu fürchten haben!

Der Bericht aus Schwaben theilt zwei besonders schone Fälle solcher Reizens mit. In dem einen Etablissement hatten die Aufsichtsbeamten wiederholt eine Schutzvorrichtung an einer Transmissionsanlage verlangt; acht Monate nach der letzten Aufforderung fehlte sie noch und ein Knabe erlitt infolge dessen einen doppelten Rippenbruch. Der Bericht fügt hinzu: „Eine Stunde nach der Katastrophe wurde die wenig Kosten verursachende Einriehung der Transmissionsanlage vollzogen.“ Ein ähnlicher Vorgang spielte sich in einer Brauerei Schwabens ab und in einer Leinwandfabrik Niederbayerns. In letzterer minderten zwei bis zum Fußboden reichende Thüren in der ersten Etage eines Trockenraumes ins Freie; der Aufsichtsbeamte verlangte ein Schutz- gitter. Der Unternehmer ließ es — man möchte sagen: natürlich — nicht anbringen, und acht Tage nach dem Besuch des Beamten stürzten zwei Arbeiter ins Freie und zogen sich Beinbrüche und erhebliche Verletzungen zu.

„Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ist erfolgt“, sagt der Be- richt. Wie hoch oder niedrig die Bestrafung sein wird, kann erst der nächstjährige Bericht melden — daß aber auch bei solcher Verursachung von Unfällen einige Gerichte gegen die Unternehmer sehr milde vorgehen, ist wiederholt festgestellt worden.

Ganz außerordentlich zahlreich sind die Klagen, welche seitens der Aufsichtsbeamten im Königreich Württemberg 1896 vor- gebracht worden; sie machen offenbar einen lange juristisch-haltlosen Unwillen endlich Luft. Im 1. Bezirk erkannten die Gerichte bei Zuwiderhandlungen gegen die geschlichen Bestimmungen, betr. die Beschäftigung von minderjährigen Personen, jugendlichen Arbeitern, Kindern und Arbeiterinnen auf Strafen von 1 M. bis 20 M.! Der Beamte bemerkt hierzu:

„Die Thatfache, daß häufig das Mindestmaß der Strafen von dem Richter aufgesetzt wurde, dürfte bei den Be- strafungen kaum dazu führen, sie von der ferneren Um- gehung der geschlichen Bestimmungen abzuhalten; auch ist eine weitere unangenehme Folge die, daß dem Gewerbe-Inspektor seine Aufgabe, den geschlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen, erschwert wird.“

Der Beamte des 2. württembergischen Bezirks schreibt: „Auffallend ist es, daß Vergehens, auf welche die schwersten in der Gewerbe-Ordnung vorgesehenen Strafen, d. h. Geldstrafen bis zu 2000 M. und im Unvermögensfalle Gefängnis bis zu 6 Monaten gesetzt sind, fast ausnahmslos mit geringen Geld- strafen, die in der überwiegenden Mehrzahl geradezu auf das Mindestmaß von drei Mark lauten, geahndet wurden.“

Als ein entschiedenes Mißverhältnis zwischen Ver- gehen und Strafe wird man es jedenfalls bezeichnen können, wenn z. B. die gutsituierten Inhaber einer Fabrik, welche ihre acht jugendlichen Arbeiter an mehreren Wochentagen bis zu 12 Stunden und an zwei Sonntagen bis zu 7 Stunden beschäftigt hatten, trotzdem daß ihr Besuch um Bewilligung von Ueberarbeit für die jugendlichen Arbeiter von dem betreffenden Oberamt wegen geschlicher Angewisseltigkeit abschlägig beschieden worden war, wegen eines fortgesetzten Vergehens dagegen zu je 8 Mark Geld- strafe verurteilt wurden; oder wenn ein anderer leistungsfähiger Betriebsunternehmer, welcher seine jugendlichen Arbeiter fort- gesetzt länger als 10 Stunden täglich und einen derselben ausser- dem auch an einem Festtage beschäftigt hatte, nur eine Geld- strafe von 5 Mark erhielt, trotzdem daß er in den letzten Jahren schon wegen desselben Vergehens von dem Gewerbe-Inspektor zwei schriftliche Be- warnungen, welche der Anzeige beigelegt waren, erhalten hatte. — Es wird sich nicht bestreiten lassen, daß die angeführten verschwindend kleinen Strafen auch wenig ge- eignet sind, manche weniger strapulöse Be- triebunternehmer von ferneren Vergehens abzu- halten.“

Der Beamte weist noch darauf hin, daß weniger bemittelte Betriebsunternehmer oder Handwerksmeister höhere Strafen wegen Vergehens gegen die Sonntagsruhe erhielten!

Im 3. Bezirk Württemberg wurden von den Ortsvorstehern 5 Unternehmer wegen Abhaltung ihrer Lehrlinge vom Besuch der Fortbildungsschulen je um 1 M. bestraft!

Man sieht — die Unternehmer haben nicht über eine zu straffe Handhabung der Gesetze zu klagen! Und bedenkt man dabei, daß, insolge der ungenügenden Anzahl von Aufsichtsbeamten nur ein kleiner Bruchtheil der Betriebe überhaupt besichtigt wird, dann kann man ermesen, welche freien Spielraum die Unternehmer haben, um die Arbeiterschutzesetze zu übertreten. In den seltensten Fällen werden sie erwischt — und wenn sie erwischt werden, erhalten sie ganz geringfügige Geldstrafen!

Das heißt: der Arbeiter ist so gut wie schutzlos gegenüber der Ausbeutungslust des Unternehmertums.

Aber wenn es sich um Anklagen gegen Arbeiter handelt, welche irgend ein Gesetz im Kampfe um ihr Recht nach Ansicht der Gerichte verletzen — ja, Arbeiter, das ist ganz was anders! Dann herrscht das Gegenteil von Milde, dann waltet die ganze Strenge des Gesetzes.

Verwunderlich kann das nur denjenigen erscheinen, welche an das Märchen vom Rechtsstaat glauben.

Rein — der Klassenstaat läßt seiner nicht spotten; er zeigt seine Kennzeichen bei jeder Gelegenheit, die sich ihm bietet. Daran erinnert zu haben, ist ein Verdienst derjenigen Gerichte, deren Urtheilssprüche wir hiermit der großen Öffentlichkeit zum Urtheil übergeben.

Prozess v. Tausch — v. Lühow.

3. huter Verhandlungstag. — Freitag, 4. Juni.

Levysohn soll nochmals unglaubwürdig gemacht werden.

Der Junge Maximilian Harden hat dem Vorsitzenden einen Brief seines Bruders in Sachen der Levysohn'schen Klage ge- zugehen lassen. Darüber wird er vernommen und sagt: Dr. Levy- sohn hat über mich und meine Gefühle gegen ihn Mit- theilungen gemacht, die doch nicht so ganz der Wirklichkeit entsprechen. Er hat auch meinen Bruder, den Oberbürgermeister von Posen, erwähnt und behauptet, daß er meinem Bruder, der ihn aufgesucht habe, auf dessen Frage gesagt habe: ich hätte das Talent, der größte Pamphletist Deutschlands zu werden. Nun schreibt mir mein Bruder, daß er nicht den Dr. Levysohn aufgesucht habe, um über mich und mein Talent Erundigungen einzuziehen, viel- mehr habe er damals als Assessor einige Artikel für das „Berliner Tageblatt“ geschrieben und bei einem gelegentlichen Gespräch mit Dr. Levysohn hat dieser meinem Bruder gesagt, daß ich ein großes Talent zur Gesellschafts-Satire habe und hat ihm dabei noch hinzugefügt, daß er mir die Lektüre von Paul Louis Courrier empfehlen möge. Das Wort „Pamphletist“ ist gar nicht gefallen. Bei dieser ersten Sache, in welcher der Vorsitzende gesagt hat, daß von der Bekundung des Dr. Levysohn vielleicht ein Menschenjoch abhänge, habe ich mich für verpflichtet erachtet, hiervon Mitteilung zu machen, weniger zur Charakteristik seiner Glaubwürdigkeit, als viel- mehr zur Beleuchtung seiner Vorsicht.

Der Vorsitzende theilt mit, daß er Herrn Dr. Levysohn noch einmal vorgelesen habe. Es könne sich doch nur darum handeln, ob Dr. Levysohn bei seiner Aussage hat behaupten wollen, er habe gerade das Wort Pamphletist gebraucht, oder ob er nur referierend dies Wort als Zusammenfassung seines Urtheils in Anwendung ge- bracht hat.

Verteidigungsrede des Rechtsanwalts Dr. Holz.

Die Verteidigung des Angekl. v. Lühow ist einem Front- angriff von zwei Seiten her ausgesetzt und namentlich haben die Mitverteidiger einen Vernichtungskrieg gegen den Angekl. v. Lühow geführt, der sich doch selbst schon moralisch für bankrott erklärt hat. Es war für mich ein historischer Moment, als der Ober- staatsanwalt in edler Erregung sich erhob und gegenüber dem Rechtsanwalt Dr. Sello seine Verwunderung darüber ausdrückte, daß dieser Herr Verteidiger es unternahm, einen schon todtten Mann noch lebender zu machen. Ich bin der Ansicht, daß das Gekindnis des Angekl. v. Lühow sich in dieser Ver- handlung voll befestigt hat und ich weiß nicht, wieso die Verteidigung des v. Tausch dazu kommt, zu be- haupten, daß Herr v. Lühow absolut nichts zu glauben ist. Auch das ist ein Märchen, ebenso wie die Behauptung des Rechts- anwalts Dr. Sello, daß eine unerhörte Tauschhege in Szene gesetzt worden sei. Wo ist während der ganzen Verhandlung auch nur der Versuch eines Beweises dafür gemacht worden? Auch ich hoffe, daß die Geschworenen sich auch dem Angeklagten v. Lühow gegenüber von dem Einfluß aller Stimmungsmacherei, an welcher auch die Mitverteidiger sich be- theiligt haben, frei halten werden. Redner erörtert nun die moralischen, psychologischen und juristischen Gründe, die dagegen sprechen, daß v. Lühow der Urkundenfälschung und des Betruges schuldig sei, und wendet sich dann der Frage der Glaubwürdigkeit des v. Tausch zu. Man kann ja dem Angeklagten v. Tausch nur Glück wünschen, daß ihm — in so seltener Weise — in den Staatsanwaltschaften durch ihre Objektivität Verteidiger erwachsen sind. Aber daneben muß ich doch auch, wie auch schon die Herren Staatsanwälte, hervorheben, daß die Gemeinderhebung eine ganze Reihe von Momenten ergeben hat, welche für die völlige Unglaubwürdigkeit v. Tausch's sprechen. v. Tausch hat mit Entschiedenheit zugesagt, Politik getrieben zu haben; die Aussagen des Redakteurs Walter und namentlich des Herrn Krämer beweisen aber, in welcher Weise v. Tausch bemüht ge- wesen ist, Herren von der Presse nach bestimmter Richtung hin zu inspiriren. Der Verteidiger bespricht weiter die Affäre Schweis- burg, die schließlich zu einer Disziplinar-Untersuchung wegen Er- pressung geführt, bei welcher sogar Bismarck sich zu eigen- händiger Verschärfung der Anklage veranlaßt sah; er erinnert weiter an die Abkennung v. Tausch's, daß er seine Agenten zu per- sönlichen Dienstleistungen benutzte habe, was durch die eigenen Briefe, durch Eingold-Stark, durch die von Tausch besenderten Briefe Lühow's an Hermann-Schumann bewiesen worden, er verweist auf das schwer belastende Zeugnis des Untersuchungsrichters Herr. Und nun kommt das Verhalten des Angeklagten v. Tausch gegen den Dr. Levy- sohn, gegen dessen Glaubwürdigkeit vergeblich versucht ist, anzukämpfen.

Präsi.: Ich würde vorschlagen, hier zunächst Herrn Dr. Levy- sohn noch einmal zu vernehmen.

Levysohn nochmals auf dem Zeugenstand.

Levysohn wiederholt seine Unterhaltung mit dem Bruder des Herrn Maximilian Harden dahin: Ich kann mich der einzelnen Worte, die ich an den Bruder des Herrn Harden gerichtet, natürlich nicht mehr erinnern. Herr Wittig war damals Assessor und Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ Er erschien eines Tages bei mir in der Redaktion, wahrscheinlich, um ein Redaktions- gespräch mit mir zu führen, und sagte mir, was ich damals noch nicht wußte, daß er der Bruder des Herrn Harden sei und fragte mich, was ich wohl von des letzteren Begabung hielt. Ich kann nun nicht sagen, welches Wort ich dabei gebraucht habe; jedenfalls habe ich gesagt, daß er ein großes Talent zum Satirer habe. Er habe, so ungefähr werde ich mich ausgedrückt haben, ganz das Zeug dazu, ein deutscher Paul Louis Courrier zu werden. Ich habe damit keine Herabsetzung des Herrn Harden ausdrücken wollen, sondern ganz im Gegenteil: Herr Courrier ist Frank- reichs berühmtester Pamphletist und hat ein verhäßliches Buch geschrieben. „Le pamphlet des pamphlets“. — H. H. Dr. Sello: In der Zeuge vor seiner heutigen Aussage darüber unterrichtet worden, was er heute ausgesagen soll? — Zeuge: Mir ist nur, als ich hier hereintreten wollte, gesagt worden, es handle sich um

die Farben-Misere, ohne jede weitere Andeutung. — Dr. Sello: Wer hat Ihnen denn das gesagt? — H. N. Lubzjynski: Herr Zeuge, Sie können es ruhig sagen, daß ich es war. Ich verließ den Saal, um ein Glas Wasser zu trinken, da fragte mich Dr. Leoyohn, was er denn nun schon wieder solle und da habe ich ihm ganz kurz gesagt, es handle sich um Farben. — Präsi.: Es wäre vielleicht zweckmäßig gewesen, wenn Sie gesagt hätten: Ich weiß nicht, ob ich gerade Ihnen das sagen soll. — Staatsanwalt Dr. Geger: Ich habe schon bei der ersten Vernehmung des Dr. Leoyohn den Eindruck gehabt, daß er genau dasselbe schon in seiner ersten Aussage bekannt haben wollte wie heute, daß er nicht den Wortlaut, sondern nur den Inhalt jener Unterredung hat wiedergeben wollen. Ich wiederhole: es ist nicht der geringste Widerspruch zwischen der damaligen und der heutigen Aussage des Zeugen zu erkennen. — Rechtsanwält Dr. Schwindl: Ich beantrage, das Stenogramm über die vorige Aussage des Dr. Leoyohn zu verlesen. — Präsi.: Ich lehne es ganz entschieden ab, auf eine Reproduktion der Beweisnahme in irgend einer Form einzugehen. Wenn die Geschworenen über die Ergebnisse der Beweisnahme sich heute noch nicht klar sein sollten, dann werden sie es überhaupt nicht werden.

Rechtsanwalt Dr. Holz legt sein Plaidoyer fort und hebt hervor, daß dieser neue Angriff auf die Glaubwürdigkeit des Dr. Leoyohn vollständig fehlgeschlagen sei. Aus der Aussage des Herrn Dr. Leoyohn gehe ganz deutlich hervor, daß und mit welchen Nachschäkten sich Herr v. Tausch beschäftigt hat. Der Verteidiger macht darauf aufmerksam, daß über die Kuntzsch'sche Quittung selbst bei den Beihilgen und bei den hohen militärischen Zeugen viele Widersprüche in die Erscheinung getreten seien. Für den Angekl. v. Lühow fehle es an jedem plausiblem Grunde, einen Betrug zu begehen und diesen Betrug durch eine Urkundenfälschung zu verdecken. Er empfing sein festes Honorar, aber er bezog doch auch für besondere Leistungen noch Extrahonorare in der Höhe von 50 bis 2000 M. Schon bei der Abfassung des Verbriefes hat ihm v. Tausch Extrahonorare versprochen. Bei dem Widersprüche, in dem freilich v. Lühow vom Anfang bis heute immer dasselbe behauptet, v. Tausch heute das, morgen das behauptet, und immer erst nach und nach etwas zugegeben habe, sei doch mindestens ein Zweifel möglich. Dazu komme die innere Unwahrscheinlichkeit der Quittung. Konnte Tausch auch nur einen Augenblick glauben, daß ein Beamter in der Vertrauensstellung des Kuntzsch, im Ministerium des Innern, für 50 M. sich bestechen lasse und dafür noch eine Quittung ausstelle? Die Bejahung der Schuldfrage sei also unmöglich. Wie Ihr Urteil aber auch ausfallen mag, so viel steht fest: Die Verhandlung erweist sich als eine vollständige Bankrott-Erklärung der politischen Polizei!

Die Verteidigungsvorrede Lubzjynski's.
H. N. Lubzjynski: Wohl selten ist einem Verteidiger eine undankbarere Aufgabe zugefallen, als dem Verteidiger v. Lühow's. Eigentlich sind wir nur für Verteidigungszwecke da, aber die Verbindung der beiden Anklagen zwingt uns, auch die Staatsanwaltschaft zu unterstützen, insofern es sich um die Unglaubwürdigkeit des v. Tausch handelt. Ich hoffe, daß die Herren Geschworenen durch die genossene Stadtrats- in eine lässlere Stimmung gerathen sind und ihr Gefühl nicht von den schweren Angriffen beeinflussen lassen, welche gestern im Laufe des ganzen Tages gegen den Angeklagten v. Lühow geschleudert wurden. Gefühl darf bei Ihrem Wahrspruch nicht mitsprechen. Mit solchen Sturzwellen von Beschuldigungen operirt man vielleicht in der Wochenzeitschrift, vor einem Parquet von Sachverständigen, aber nicht im Schwurgerichtssaal vor Männern, die des Lebens Weiden aus Erfahrung kennen.

v. Tausch, Heuler der Ehre.
Es waren schwere Angriffe, denen v. Lühow gestern ausgesetzt war, sie waren quälend, aber zwecklos. Aber sie mußten für den Angeklagten v. Tausch noch quälender sein. Wenn v. Lühow als ein ersterer Nicht hingestellt wurde, wer hat ihn denn zum erstenmal gemacht, wer war denn der Heuler seiner Ehre? Herr v. Tausch war es. Wie haben gehandelt, wie v. Lühow früher sich bemühte, sich ehrlich durchzuschlagen, wie er sich beim Wolff'schen Bureau als ein zuverlässiger, treuer Angestellter bewährte. Er gerieth in Noth durch unglückliche Familienereignisse. Da trat v. Tausch an ihn heran, wie er es bei so vielen Journalisten that. Heute wie Krümer, die auf der Höhe der Existenz standen, konnten nicht zu Falle kommen, aber v. Lühow, dessen Existenz Schiffbruch gelitten, oder Ringgold-Stark, dessen Vorleben mitleidhaft war, die hatten Gründe, v. Tausch gefällig zu sein — sie fielen.

Der Bankrott der politischen Polizei.
Die Thatsache des vollständigen Bankrotts der politischen Polizei steht fest. Man vergewaltigt sich nur, unbefehlens und angegebene Männer wie Schweinburg und Brentano werden polizeilich überwacht! Wer ist dann noch seiner Existenz sicher? Und mit welchen Mitteln arbeitet diese politische Polizei? Gefälschte anonyme Briefe kriegten bei der politischen Polizei nur so weiter. Ein Agent wird gegen den anderen gehetzt, um ihn loszuwerden. Der anonyme Drohbrieff an Normann-Schumann ist ein typisches Beispiel, nicht bloß weil dort gearbeitet wird, sondern auch welche Mittel bei der politischen Polizei Billigung finden, denn Geheimrath Muhl hat davon Kenntnis erhalten und es sogar gebilligt.

Ist die politische Polizei notwendig?
Der Herr Oberstaatsanwalt weiß nicht, ob die politische Polizei notwendig ist, Herr Sello hält sie für notwendig, damit die guten Bürger ruhig schlafen können. Ich halte sie für schädlich, ich weiß überhaupt nicht, wofür sie da ist. Was hat sie zu thun? Die Presse zu überwachen, den Verfassern von Artikeln nachzuspüren. Wie werden diese Aufträge aber ausgeführt? Und wen trifft die Verantwortung? Der Polizeipräsident sagt: Mich nicht! Ich weiß von nichts! Der Chef der Exekutive sagt: Mich auch nicht! Ich weiß auch von nichts. Ebenso der Ressortchef! Er hält sich wieder an den Kriminalkommissar, dieser an den Agenten. Und dieser Abschaum der Menschen, Leute, die man für so verworfen hält, daß man sie sogar unter fremdem Namen arbeiten läßt, weil man ihren wahren Namen gar nicht kennen will — in deren Hände liegt das Wohl der Minister, ja sogar des Staatsoberhauptes. Auf Grund der Angaben dieser Leute, die von Lug und Betrug leben, werden Verurtheile verurtheilt, welche sogar bis an den Kaiser gehen.

Die Wahl der Agenten.
Wir haben es ja gesehen: Der Kaiser wünscht den Verfasser eines Artikels in der „Rdn. Ztg.“ zu wissen. Tausch beantragt den Ringgold-Stark, dieser erzählt: es ist ein Offiziosus des Auswärtigen Amtes. Das Marschall darüber nicht gekürzt, ist sein Glück. Koller ist gekürzt auf Grund dieses Agentenberichts. Also auf der einen Seite sind die Agenten mit der Macht ausgestattet, Minister zu stützen, auf der anderen Seite retrahieren sie sich aus den unsauberen Elementen! Wenn der Kaiser wähle, durch welchen Luß von Schmutz und aus welchen schmutzigen Händen die an ihn gelangenden Berichte zu fande kommen, er würde für einen solchen Häter schönstens danken!

Das Staatsinteresse.
Und durch solchen Luß von fünf Jahren ist der Angeklagte v. Lühow geworden. Er wurde von der Polizei mit falschen Pässen versehen, er erhielt falsche Namen, die vielleicht anständige Bürger tragen, er schrieb gefälschte Briefe — solch ein Mensch, der für diese Fälschungen die Billigung der Behörden fand, muß ja das Maß der Beihilgen für Fälschungen verlieren. Und wenn er sich gedrückt fühlte durch die ihm gewordenen unehrenhaften Aufträge, wenn er sich wand unter der Hand seines Meisters, wenn er sich weigerte, zu fälschen, anonyme Briefe zu schreiben oder dergleichen, dann hieß es immer: „Du thust es im Interesse des Staatswohls.“ Im

Interesse des Staatswohls mußte er unehrenhafte, schlechte Handlungen begehen und — im Interesse des Staatswohls hat er Minister verleumdet, im Interesse des Staatswohls hat er falsche Briefe geschrieben, im Interesse des Staatswohls hat er falsche Quittungen angefertigt und im Interesse des Staatswohls soll er jetzt schließlich auf der Anklagebank abgeschlachtet werden!

Die gefälschte Quittung.
Der Verteidiger erörtert nun die Frage, wieso Lühow die Quittung zum Zweck der Täuschung hätte anfertigen sollen. Er hatte ja seinen Grund dazu und hätte dann sein Verhalten in dem Vorprozeß ganz anders einrichten müssen, denn dann hätte er, da er ja Wochen vorher schon wußte, daß Kuntzsch als Zeuge geladen war, sich nicht in die für ihn so entsetzliche Situation bringen lassen! Welches sollten denn die Gründe für die Fälschung sein?

Warum v. Tausch Koller verdächtigte.
Bei dem Vertrieben, durch Kuntzsch Herrn v. Koller zu verdächtigen, muß doch ein Motiv vorhanden sein. Wer hat denn Veranlassung gehabt, Herrn v. Koller etwas anzuhängen? Tausch und nur Tausch! Das Motiv liegt nicht fern. Er ist sehr frechschichtig und hat sich schon seit Jahren nach einer Stelle im Ministerium des Innern geseht, die er aber nicht erhielt. Im Geheimen hatte Herr v. Koller sich aus Straßburg den Polizeirath Eckhardt kommen lassen und diesen Herrn Tausch direkt vor die Nase gesetzt als Preßdegreneranten. Er spaltete auf die Stelle dieses, wie er selber so gehässig sagte, aus dem Geistesstande hervorgegangenen Herrn (Herr G. war vor Jahren Buchhalter im Kaiserhof.) Ich hatte Tausch nicht für einen Ministerkandidaten, der hinterhinter hat, aber für einen gefährlichen Intriganten, und zwar umso gefährlicher, als er für seine eigenen Interessen intrigirt.

Wieder ein Zwischenfall.
Wie die Verteidiger des v. Tausch die Glaubwürdigkeit des Herrn Dr. Leoyohn auch heute wieder anzutasten versuchen, so ist das nur ein schwaches Kampfmittel und ein Zeugnis ihrer Hergensangst.

Der Vorsitzende unterbricht den Redner und hebt hervor, daß die neue Vernehmung des Dr. Leoyohn nicht als schwaches Kampfmittel der Verteidiger anzuführen ist, sondern von ihm selbst nur zur Erforschung der Wahrheit veranlaßt worden sei und die volle Glaubwürdigkeit des Zeugen ergeben habe.

Weitere Verteidigung.
Rechtsanwalt Lubzjynski: Der also nach dem Zeugnis des Herrn Vorsitzenden selbst durchaus glaubwürdige Dr. Leoyohn hat bestätigt, daß Tausch sich über Eckhardt sehr unangenehm ausgesprochen hat und ich mache darauf aufmerksam, daß auch in dem Verbriefe der Name Eckhardt vorkommt. v. Tausch war animos gegen den Minister v. Koller und von bitterer Feindschaft gegen den Polizeirath Eckhardt befeelt. Dieses Motiv war der erste Schritt zur Fälschung der Quittung. v. Tausch konnte doch wahrhaftig nicht annehmen, daß ein Mann wie Kuntzsch, der sich in angesehenen Vertrauensstellungen befindet, sich mit lämpfenden 50 M. wirklich bestechen lassen wird, und noch dazu dafür das Konzept des Artikels verschaffen sollte, also auch noch ein Diebstahl dazu! Und das alles für 50 M.! Und dann noch ein Moment: Tausch hatte gesagt, er wolle sich eine Quittung von Kuntzsch besorgen — konnte er auch nur einen Augenblick annehmen, daß Kuntzsch dem Lühow wirklich eine solche Quittung ausstellen wird und damit Ehre, Existenz und Wirt in dessen Hände liefern — für 50 M.? Das ist einfach ungläublich! Unglaubwürdig und unwahrscheinlich hat sich Herr v. Tausch auf Schritt und Tritt gezeigt.

Warum sollte aber Lühow, da er doch gearbeitet hatte, Mühe gemacht und Briefe geschrieben, für das Kriegsministerium umsonst arbeiten? Weil diese Aufgabe eben nicht für die politische Polizei war, deshalb verlangte und erhielt er eben die 50 M.

Wenn ich Ihnen noch den Bericht des Herrn v. Tausch an den Polizeipräsidenten vorlesen würde, Sie würden dasselbe sagen, was v. Tausch sagte, als er das Gehändnis des v. Lühow hörte, nämlich: „Von A bis Z erledigt.“ Er sagt darin kein Wort von der Quittung. Warum soll denn nun v. Lühow nicht glaubwürdig sein? Es ist doch wohl alles in der Verhandlung bestätigt worden, was v. Lühow behauptet hat. Auch war sein Gehändnis nicht das Produkt einer reinlichen Ueberlegung, nein, im Augenblick der höchsten Gefahr, als alles für ihn auf dem Spiele stand, da kam es heraus, stotternd, unter fast krampholtem Schluchzen, in dem Bewußtsein, daß er sich als Polizeibeamter offenbaren mußte, daß er sich den einzigen Mann, der bis dahin seine Stütze war, zum bittersten Feinde machen würde. Herr v. Tausch zeigte dabei ein Verhalten, welches ich auf Schuldberücksichtigung zurückzuführen muß. Auffallend ist es doch, daß er seinen Vorgesetzten keine Anzeige von der Fälschung machte. Seinen Vorgesetzten verschweigt er es, wildfremden Personen, wie Dr. Linnar, theilt er es mit. Der Grund in dieser Indiscretion war damals ein Kunststück, heute ist das System entfallen, es war der Versuch, sich ein Alibi zu verschaffen, einen Gattungszeugen zu stellen. Dies spricht doch entschieden gegen Herrn v. Tausch. Weiter: Für v. Lühow, der ihn angeblich so schwer hintergangen hat, und zu dem er alles Vertrauen verloren hat, hintertrug er nachher eine Gratifikation von 800 M. beim Kriegsministerium, er beantragt den fähigeren v. Lühow mit der Ausarbeitung eines eigentlich ihm zur Ausarbeitung übergebenen Reglements für die Feldpolizei; er läßt ihn sogar noch den anonymen Brief an Normann-Schumann schreiben. Das verlangt man nur von einem Manne, von dem man Schweigen erwartet. Das spricht doch alles dafür, daß Tausch wußte, daß Lühow keinen Betrug mit der Quittung begangen!

Der „biedere“, „treue“ Tausch.

Und nun v. Tausch's Verhalten in der vorigen Verhandlung, als das entsetzliche Wort gegen Kuntzsch fiel! Ich sehe v. Tausch noch sitzend, anscheinend ruhig, mit übergeschlagenen Beinen und lächelnder Miene, als v. Lühow die Ungehörlichkeit beging, einem Zeugen, dem ehrenwerten Herrn Kuntzsch, den Vorwurf ins Gesicht zu schleudern: „Sie haben die Quittung doch geschrieben, also einen Meineid geleistet!“ Und Herr v. Tausch bleibt ruhig sitzen, er springt nicht auf, um den bedauerlicherweise Zeugen in Schutz zu nehmen, nein, er thut, als wenn alles in Ordnung wäre. Wer ist nun glaubwürdiger, v. Lühow oder v. Tausch? Biertisch's Zeugnisse und Vorgesetzte, die v. Tausch ein so glänzendes Zeugnis angesetzt haben, wissen von dem inneren Leben des Bekannten häufig am wenigsten. Ich erinnere nur an Herrn v. Hammerstein, der ins Zuchthaus geschickt wurde, trotzdem ihm Zeugende von Abtheilen ein glänzendes Zeugnis angesetzt haben würden.

Der „naive“ Tausch.
Der Rechtsanwalt Dr. Sello hat den Charakter des Angeklagten v. Tausch in den besten Farben geschildert. Er hat auch seine „wührende Natur“ gezeichnet. Ist das derselbe Mann, der nach seiner Ansicht so verfahren ist, daß er allen Jäben der Landesverräther nachspürt, daß er über das Wohl des guten Bürgers wacht? Nein, mehr naive als Herr v. Tausch ist der, der ihn für naive hält.

v. Normann-Schumann und v. Tausch.
Herr v. Tausch hat geäußert, daß er Normann-Schumann unterrichtet habe. Das Gegenheil ist ihm nicht nachgewiesen, was gewiesen ist ihm aber, daß er ihn hat laufen lassen, daß er ihn, als es galt, ihn zu fassen, aus dem Lande bugirt hat. Ich berufe mich nicht auf die Akten der Reichshauptstadt, sondern nur auf die eigenen Wahrnehmungen des Legationsraths Dr. Goman. Danach kann kein Zweifel darüber bestehen, daß überall, wo Herr Normann-Schumann's Artikel in der „Saale-Zeitung“, im „Memorial diplomatique“, in der „Agence libre“ erschienen, auch die Spuren des v. Tausch nicht weiltab zu erkennen waren. Ich erinnere auch daran, daß er in seinem Berichte den Verdacht auf nicht weniger als sechs Minister gerichtet hatte und daß sich auf seiner Liste der

Verdächtigten auch Herr Luchanus befand. Man weiß nicht aus welchem Grunde, das aber weiß man, daß Luchanus auch in den Artikeln der „Saale-Zeitung“ und der „Agence libre“ immer wieder eine Rolle spielte — immer wieder Luchanus, noch mehr fast als Herr v. Holstein! Wenn Tausch Herrn Normann-Schumann nicht entbedte, so beweist das entweder seine vollständige Unfähigkeit oder seine Böswilligkeit.

Gegen die Glaubwürdigkeit des v. Tausch spricht doch auch die Thatsache, daß er es ablegnete, einen disziplinarischen Verweis erhalten zu haben, bis ihm der Staatsanwalt diesen vor die Nase hielt. Ich möchte nun einmal unterfragen, ob die Behauptung meines Klienten, daß seine beiden Briefe an v. Tausch vom 10. und 25. November „bestellte Arbeit“ waren, glaubwürdig erscheint. La muß ich zunächst erörtern, ob die Polizei überhaupt mit bestellten Briefen arbeitet. Ich denke, die Beweisnahme hat diese Thatsache doch zweifellos bestätigt. Der anonyme Brief an Herrn v. Koller war nicht die Arbeit eines brothungrigen Journalisten, sondern eines Mannes, der weitere Ziele verfolgte. Ich erinnere Sie an den mit „Salis“ unterzeichneten Brief, in welchem Herr Eckardt um eine Begegnung gebeten wurde, ich erinnere Sie an den Verbrief, den Brief an Weidling etc. Die Polizei arbeitet also mit solchen Briefwechseln und es ist doch auffallend, daß von dem reichen Briefwechsel, den v. Tausch mit v. Lühow gehabt hat, bei ersterem nur diese beiden Briefe vom 10. und 25. November vorgefunden sind.

Hier werden die Ausführungen des Verteidigers durch eine einstündige Mittagspause unterbrochen.

Nachmittags-Sitzung.

Um 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.
Rechtsanwalt Dr. Lubzjynski führt in seinem Nachweise fort, aus welchen psychologischen Gründen die vielbesprochenen Briefe Lühow's an v. Tausch über die Quittung bestellte Arbeit sein müssen, und geht dann dazu über, die juristischen Gründe für die Unhaltbarkeit der Anklage auf Betrug und Urkundenfälschung darzulegen, um zum Schluß in bewegten Worten für die Freisprechung seines Klienten einzutreten.

Replik des Oberstaatsanwalts Drescher.

Ich muß die Herren Geschworenen aus der Sphäre der Hoffseligkeit wieder in die nackte Wirklichkeit zurückführen. Beide Verteidiger haben gesagt, dieser Prozeß bedeute die Bankrott-Erklärung der politischen Polizei. Ich hätte gewünscht, daß man nicht ohne Grund aus Verfehlungen einzelner Beamten Angriffe gegen eine ganze Behörde verleierte würde. Der Oberstaatsanwalt schätzt den Geheimrath Muhl gegen eine falsche Darstellung seines Verhaltens durch die Verteidiger und geht auf die wiederholte Bemerkung des Verteidigers ein, daß er 6 Monate enger Arbeit auf diese Sache verwendet. Ja, da habe er sich wahrhaftig zu sehr in die Sache vertieft und sein Blick sei früher anstatt klarer geworden. Wenn der Verteidiger sage, daß dem Angeklagten v. Lühow durch den Betrug mit Tausch jedes Bewußtsein für die Gefährlichkeit seiner Handlungen abhanden gekommen sei, so könne ihn dies nicht schaden. Bei den rechtlichen Ausführungen über das Vorliegen von Betrug und Urkundenfälschung siehe der Verteidiger auf einem ganz verkehrten Standpunkt. Thatsächlich sollte nicht der Kriegsminister, sondern v. Tausch getränkt werden, die Briefe seien nicht bestellte Arbeit; nach den erbrachten Beweisen sei dies ausgeschlossen. Nach dem Zeugnis des Oberleutnant Gade könne die Quittung nicht bestellte Arbeit sein und dann seien es auch die Briefe nicht. Dies werde wohl nicht der erste Fall gewesen sein, in welchem v. Tausch durch v. Lühow getränkt wurde und dazu geschwiegen hat. — Nach einigen zum Theil recht scharfen persönlichen Bemerkungen der Verteidiger Sello, Lubzjynski, Holz und Schwind, und nachdem die beiden Angeklagten auf jede weitere Ausführung verzichtet, geht der Vorsitzende zur Rechtsüberlegung über.

Nach 1/2-stündiger Berathung lehren die Geschworenen um 6 1/2 Uhr in den Saal zurück.

Unter gespannter Aufmerksamkeit des im Jubelraum sich drängenden Publikums verliest der Obmann den Wahrspruch der Geschworenen. Derselbe lautet:

1. Bezüglich des Angeklagten v. Lühow auf Schuldig des Betruges und der Urkundenfälschung;
 2. bezüglich des Angeklagten v. Tausch auf Nichtschuldig des Mordverbrechens und Nichtschuldig des Meineids.
- Der Spruch wird im Publikum mit lautem Beifall begleitet, was der Vorsitzende ernst rügt. Tausch drückt seinen Verteidigern dankbar die Hand.

Oberstaatsanwalt Drescher beantragt gegen v. Lühow zusätzlich auf sechs Monate Gefängnis und Ehrverlust auf zwei Jahre. Nicht die Vergeltung von 50 M. müsse berücksichtigt werden, sondern daß er auch zwei Personen, nämlich Herrn Kuntzsch und Herrn Staatsminister v. Koller schmächtig verdächtigte. Deshalb sei für den Betrag fünf Monate, für die Urkundenfälschung vier Monate Gefängnis, unter Zusammenziehung zu sechs Monaten Gefängnis angemessen. Gegen v. Tausch beantrage er Freisprechung. Rechtsanwält Lubzjynski bittet für seinen Klienten um Wädigung der Strafe und Befreiung der bürgerlichen Ehrenrechte, um ihm nicht die Strafe zu einem neuen Leben zu zerhauen. Nach kurzer Berathung publizirt der Vorsitzende das Urteil dahin, daß v. Tausch freizusprechen, v. Lühow wegen Betruges und Urkundenfälschung zu verurtheilt sei. Der Gerichtshof hat bei Abmessung der Strafe erwogen, daß der Angeklagte für die Polizei unter Umständen thätig gewesen ist, die es schwer, wenn nicht unmöglich machen, die ehrenhafte Gesinnung in ihrer ursprünglichen Reinheit zu bewahren. Mit Rücksicht hierauf und da v. Lühow nach Ansicht des Gerichts in der That eine ernste Reue bekundet und zu hoffen ist, daß er nach Verbüßung seiner Strafe ein ehrenhaftes Leben beginnen wird, hat der Gerichtshof sich veranlaßt gesehen, von einer Ehrenstrafe abzusehen und die Zuchthausstrafe zu der ihm auferlegten Strafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis, die er jetzt verbüßt, auf 2 Monate Gefängnis zu bemessen.

Um 5/4 Uhr ist die Verhandlung beendet.

Kommunales.

Die vom Magistrat beabsichtigte Auflösung des Zentral-Baubureaus und des Nachtrags-Baubureaus der Kanalisation resp. die Vereinigung dieser Bureaus mit dem Bureau der Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Rieselfelder sowie die Schaffung der Stelle eines technischen Direktors für die Oberleitung der gesammten Bau- und Betriebsangelegenheiten der Kanalisationsverwaltung unterlag am Mittwoch der Berathung des von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzten Ausschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Sangerhaus und Beisein des Oberbürgermeisters Zelle. Der Ausschuss hat sich mit den Vorschlägen des Magistrats in Beziehung auf die Vereinfachung des Geschäftsganges in den technischen Zweigen der Konfektionsverwaltung, welche eine erhebliche Verminderung der Zahl der Bureau- und technischen Beamten herbeiführen wird, einverstanden erklärt. Ebenso genehmigte er die Schaffung der Stelle eines technischen Direktors für die Oberleitung der gesammten Bau- und Betriebsangelegenheiten der Kanalisationswerke, jedoch unter der Bedingung, daß der neue Stadtbaurath für den Tiefbau der Kanalisations-Deputation als Mitglied überwiesen wird. Mit der Verleihung der Directorstelle an den Stadtbau-Inspeltor Adams erklärte sich der Ausschuss einstimmig einverstanden.

Die Firma Siemens u. Halske hat jetzt dem Magistrat zwei Entwürfe betreffend die elektrische Hochbahn Warschauerstraße-Geologischer Garten und zwar a) zum Bau des Stadtbahns längs des Landwehrkanals in der Gegend zwischen der Weichsel-Allianz-Brücke bis zum Sedan-Ufer und b) zum Bau des Stadtbahns am Hallschen Ufer von der Müllers-Brücke bis zur Weichsel-Allianz-Brücke zur Genehmigung überreicht. Die Firma hat gleichzeitig an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihr nunmehr baldigst, nachdem dem Bau der Hochbahn in ihrem ganzen Auszuge

nicht mehr im Weg steht, die Genehmigung zum Bau und Betrieb der als Fußgängerbahn zur Hochbahn dienenden elektrischen Straßenbahn mit oberirdischer Stromzuführung von der Warschauer Brücke nach dem Zentral-Viehboje zu erteilen. Die Firma beabsichtigt beide Bahnhöfe zu gleicher Zeit dem Betriebe zu übergeben.

Zum zweiten wissenschaftlichen Hilfsarbeiter im Statistischen Amt hat das Magistratskollegium Dr. Wehrlich gewählt. — Zu Ober-Stadtssekretären sind vom Magistratskollegium die Magistratssekretäre Sasse I und Kretschmer gewählt worden.

Den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung wegen Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten von 126 auf 144 und der Neu-Einteilung der Gemeinde-Wahlbezirke ist das Magistratskollegium beigetreten und soll nunmehr die Genehmigung des Ober-Präsidenten von Berlin für diese Beschlüsse eingeholt werden.

Tokales.

Prerkommission. Die Adressen der Mitglieder der Prerkommission sind:

- Für den 1. Wahlkreis:
Herm. Soyka, Köpenickerstr. 176, Hof I.
F. Timm, Kottbuscherstr. 98, IV.
Für den 2. Wahlkreis:
G. Koblentz, Mühlentstr. 26, vorn IV.
D. Knüpfer, Schönberg, Goltzstr. 17, Quergebäude IV.
Für den 3. Wahlkreis:
Franz Koch, Admiralsstr. 7, vorn IV.
August Pohl, Stalckerstr. 118, vorn III.
Für den 4. Wahlkreis:
(Für den Osten): W. Schulz, Weidenweg 5, III.
(Für den Südosten): Paul Hoffmann, Oppelnerstr. 21, v. II.
Für den 5. Wahlkreis:
Theodor Siepmann, Pflanzstr. 25, II.
Karl Roth, Schönhauser Allee 2, rechter Seitenfl. IV.
Für den 6. Wahlkreis:
Karl Helbig, Uedowstr. 9.
H. M. Dornbusch, Papestr. 3.
Für Teltow-Bezirk:
G. Thomas, Nizdori, Bergstr. 161.
G. H. Schneider, Steglitz, Schützenstr. 16.
Für Nieder-Barnim:
J. Malinowski, Berlin, Reinickendorferstr. 30, 2. Aufgang.
W. Heyfelder, Friedrichshagen, Ahorn-Allee 31.

An die Vorgenannten sind sämtliche Beschwerden den lokalen Ämtern des Vorwärts betreffend zu richten. Die Sitzungen finden an jedem aus den ersten des Monats folgenden Donnerstag statt.

Arbeiter, Parteigenossen! Der Vorstand der „Freien Volksbühne“ hat sich, obwohl die dritte Abtheilung unseres Vereins erst zur Hälfte gefüllt ist, entschlossen, drei Aufführungen von dem nächsten Stücke zu veranstalten. Von einer Zusammenlegung der schwachen dritten Abtheilung mit den beiden anderen, wie sie im finanziellen Interesse des Vereins für die Vorstellung der „Mütter“ gewünscht war, ist definitiv Abstand genommen. Jede Uebersättigung soll vermieden werden, nur gute Plätze kommen zur Ausbeutung. Der Verein, der so schnell zweieinhalbtausend Mitglieder in der Berliner Arbeitergesellschaft gewonnen, darf hoffen, daß, wenn die einstweilen gesparten Zahlstellen für Renaissancen wieder geöffnet werden, es gelingen wird, für die unvollständige Abtheilung III noch ein paar hundert Mitglieder neu hinzuzugewinnen. Arbeiter, Parteigenossen, zeigt, daß Ihr ein reges Interesse an dem guten Fortgange unserer Volksbühne nehmt! Zeigt, daß das Vorhaben der Herren Bloch und Entsch, die, auf ihre literarischen Verfügungsrechte gestützt, uns die bereits angelegte Aufführung von „Cyprienne“, sowie von „Halbes Jugend“ rüdweg verboten, dem Wachstum unseres Vereins nichts anzuhaben vermag! Wir bringen, durch das Monopol dieser Herren gezwungen, diesmal Augenergrüder's „Der Wissenschaftler“, ein Stück, das jeder, der es auch anderswo gesehen haben sollte, sicher gerne zum zweiten Male sieht, zur Aufführung. Die Vorstellung für die zweite Abtheilung findet am Pfingstsonntag Nachmittag, die für die dritte am Dienstag, den 8. Juni, 8 Uhr abends, statt. Mitglieder der ersten Abtheilung, die am Besuch der Abendvorstellung verhindert waren, haben zu der Pfingstnachmittags-Vorstellung freien Eintritt. Je besser sich die dritte Abtheilung füllt, um so gefesteter wird die Lage unseres Vereins, um so leichter wird es ihm sein, für den kommenden Winter in großen Berliner Theatern allen Ansprüchen genügende Aufführungen für unsere Mitglieder zu veranstalten. Der Vorstand der Freien Volksbühne.

Ueber die Löhne in der chemischen Industrie von Berlin und Umgegend im Jahre 1893 berichtet das Berliner Statist. Amt nach den Lohnlisten der Berufsgenossenschaft. Da nicht die in den Betrieben der Berufsgenossenschaft vorhandenen Arbeitsstellen, sondern alle 1893 — länger oder länger — darin beschäftigten Personen gezählt wurden (wobei viele mehrfach gezählt sind), so haben die Angaben leider nur bedingten Werth. Berichtet wird über insgesamt 13457 in den Betrieben der Berufsgenossenschaft überhaupt beschäftigt gewesenen Personen (darunter 2890 = 17,8 pCt. weiblich). Auf Berlin kommen 7189 (darunter 1851 = 25,8 pCt. weiblich), auf die Umgegend 6268 (darunter 779 = 12,4 pCt. weiblich).

Der Tagelohn betrug:

bei den männlichen Personen von 0,50 bis über 10,— M., und zwar:		in Berlin		in der Umgegend	
bis 2 M.	bei 588 = 10,4 pCt.	bei 207 = 3,8 pCt.			
2—3	1967 = 34,9	2351 = 42,8			
3—4	2241 = 39,7	2199 = 40,1			
4—5	523 = 9,3	455 = 8,8			
über 5	808 = 13,8	241 = 4,4			
ohne Angabe	11 = 0,2	8 = 0,1			
auf 5688 = 100,0 pCt.		auf 5489 = 100,0 pCt.			

bei den weiblichen Personen von 0,50 bis über 4,50 M., und zwar:		in Berlin		in der Umgegend	
bis 1 M.	bei 116 = 7,5 pCt.	bei 25 = 3,2 pCt.			
1—1,50	707 = 45,6	202 = 32,4			
1,50—2	536 = 34,6	417 = 53,6			
2—3	179 = 11,5	79 = 9,8			
über 3	12 = 0,8	8 = 1,0			
ohne Angabe	1 =	1 =			
auf 1551 = 100,0 pCt.		auf 779 = 100,0 pCt.			

Der Abstand zwischen den Löhnen der weiblichen und denen der männlichen Personals war, wie man sieht, sehr erheblich, — was nur theilweise dadurch erklärt wird, daß das weibliche Personal vorwiegend zu den auf sich schon schlechter entlohnenden „Angehörigen“ gehört, und daß andererseits die höchstbezahlten Posten der leitenden Beamten, Werkführer u. s. w. in der chemischen Industrie wohl ausnahmslos von Männern besetzt sind. Die Löhne der Arbeiterinnen waren noch um vieles niedriger als die der schlechtestbezahlten Arbeiter dieser Industrie.

Eine Unterscheidung nach der Arbeitsstellung ist nur beim männlichen Personal gemacht worden. Dabei ergibt sich, daß, wie von vornherein zu erwarten, die nur spärlich vertretenen höchsten Löhne zum geringsten Theil auf die Arbeiter, zum größten auf die Werkführer und Meister, sowie auf die Verwaltungs- und Bureaubeamten lauten. Andererseits fanden sich die gleichfalls nur vereinzelt vorkommenden ganz niedrigen Löhne meist bei den jugendlichen Arbeitern, namentlich bei Kindern unter 14 Jahren (von denen 88 gezählt wurden). In Berliner Betrieben bekamen von 61 Meistern u. s. w. 52 (= 84,2 pCt.) über 5 M. und keiner unter 3 M. Von 166 Beamten einschl. Lehrlingen, Handlungsgehilfen u.

bekamen 60 (= 51,8 pCt.) über 5 M. und 25 (= 16 pCt.) unter 3 M. Bei den Betriebsarbeitern einschl. Lehrlingen überwiegen die Lohnklassen 2—3, 3—4, 4—5 M. mit 139, 869, 125 (= 18, 47,8, 16,2 pCt.) von insgesamt 773, bei den sonstigen Arbeitern einschl. Arbeitsbüchsen die Klassen 2—3, und 3—4 M. mit 1711 und 1653 (= 41,1 und 39,7 pCt.) von 4162, bei den Aufsehern, Heigern, Dienern u. s. w. einschl. Kaufbüchsen die Klassen bis 2, 2—3, 3—4 M. mit 99, 105, 194 (= 21,0, 22,5, 41,5 pCt.) von 467. Für die Betriebe der Umgegend ergeben sich ähnliche Verhältnisse. Ueber 5 M. bekamen von 65 Meistern u. s. w. 48 (= 73,8 pCt.), von 116 Beamten u. s. w. 88 (= 73,3 pCt.). Unter 609 Betriebsarbeitern u. s. w. waren die Klassen 2—3, 3—4, 4—5 M. mit 204, 424, 161 (= 29,0, 46,6, 17,7 pCt.) die häufigsten, unter 4124 sonstigen Arbeitern u. s. w. die Klassen 2—3 und 3—4 M. mit 1094 und 1647 (= 48,4 und 39,9 pCt.), unter 268 Aufsehern u. s. w. die Klassen 2—3, 3—4, 4—5 M. mit 88, 120, 45 (= 32,8, 44,9, 16,8 pCt.).

Außer für die chemische Industrie überhaupt theilt das „Statist. Amt“ die Ergebnisse der Auszahlungen aus den Lohnlisten auch noch für mehrere Einzelgruppen der in der Berufsgenossenschaft vereinigten Betriebe mit, z. B. für chemische Großindustrie, Salzfabriken, Dampf- und Maschinenbau, Gummi- und Guttaperchawarenfabriken, Mineralwasserfabriken, Apotheken u. s. w. Die eingehende Betrachtung dieser Einzelgruppen ist hier nicht durchführbar; sie ergibt auch überall ziemlich dasselbe Bild. Auf die Angaben über die tägliche Arbeitszeit kommen wir noch zurück.

Die Bundesrats-Verordnung betreffend Ausdehnung der §§ 135—139 und des § 189 b der Gewerbe-Ordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion stellt sich mit ihren vielen Ausnahmegestaltungen nur als eine äußerst wirkungslose Maßregel zum Schutz der beschäftigten Arbeiter dar. Arbeiterinnen über 16 Jahren sollen an 60 Tagen im Jahre bis zu 18 Stunden beschäftigt werden dürfen. Außer der Bestimmung, daß Werkstätten, in welchen der „Arbeitgeber“ ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, nicht unter die Bestimmungen fallen, sollen auch die Werkstätten, in welchen nur „gelegentlich“ zur Familie gehörige Personen beschäftigt werden, nicht davon betroffen werden. Auch sollen Werkstätten, in welchen die Herstellung oder Bearbeitung von Waaren der Kleider- und Wäschekonfektion nur gelegentlich erfolgt, ausgeschlossen bleiben. Dann beziehen sich die Bestimmungen auch nur auf Werkstätten, in welchen die Anfertigung von Konfektionsartikeln „im großen“ erfolgt. Wir fragen, was bleibt da noch für Werkstätten übrig, in welchen die Arbeiter geschützt werden sollen und wie werden sie geschützt?

Die Stimmung der Lehrerschaft über die Neuordnung der Besoldungsverhältnisse giebt sich recht deutlich in einer Zuschrift zu erkennen, die uns aus interessierten Kreisen zugeht: „Was hat die Lehrerschaft von Berlin nun davon, daß sie bisher getreulich dem Banner des Freimuths gefolgt ist? Werden so die Verprechungen gehalten, die den Lehrern regelmäßig bei den Wahlen gemacht worden sind? Jetzt war die Gelegenheit gekommen, die gleichen Worte in Thaten umzusetzen, und nun verfährt, wie die bekannnten Beschlüsse zeigen, der freikaufige Apparat. Bis jetzt hat man dem Lehrstande nachgerühmt, daß er allezeit in edler Selbstverleugnung das Ideale über das Materielle gestellt und lieber aufrechten Ganges mit Wenigem vorlieb genommen hat, als gebüßt von herabfallenden Broden sich zu mästen, aber die relativ glänzende Stellung anderer städtischen Beamten, die doch gewiß keine bessere Bildung nachzuweisen vermögen und deren Thätigkeit im „rothen Hause“ in keiner Hinsicht werthvoller abgeachtet zu werden verdient als die Lehrarbeit, muß die Lehrer politisch zur Besinnung bringen.“

Eine solche geringschätzige Beurteilung der Lehrarbeit, wie sie in den neuesten Besoldungsvorschlägen zum Ausdruck kommt, muß die Geduld der Lehrer erschöpfen und das Vertrauen derselben zu den Lehrenden der freikaufigen Parteien aufs tiefste erschüttern. Die Folge dieser Vorgänge wird sein, daß die Lehrerschaft das freisinnige Lager, aus welchem zwei Wege herausführen, verläßt. Nach der politischen Vergangenheit der Lehrer darf man ihnen nicht wohl zutrauen, daß sie den Weg nach rechts einschlagen werden, der in das „Edorado“ des Krummstabes und der Mißserprediche führt. Sollte die freisinnige Partei nicht fürchten müssen, daß für die Lehrerschaft nur der andere Weg in betracht kommen kann? Geschlecht es, dann trägt der Freisinn die alleinige Verantwortung und den alleinigen Schaden. Bei den nächsten Stadtverordneten-Wahlen ist ja schon die Gelegenheit geboten, gegebenenfalls die Probe aufs Exempel zu machen.“

Der **Vötker Georg Warsünke** aus Nizdori, der am 17. März in Untersuchungshaft genommen wurde, ist gestern, Freitag, nachmittags 3 Uhr, plötzlich auf freien Fuß gesetzt worden. Warsünke hatte bekanntlich an dieser Stelle Entlassungsgewagen in der Kofschmann-Angelegenheit gesucht, und war dann unter der Angabe, daß er der Verleumdung zum Meinelde und der Begünstigung verdächtig sei, Knall und Fall in Haft genommen worden. Die nunmehr erfolgte Entlassung aus fast dreimonatiger Untersuchungshaft läßt auf die völlige Unschuld Warsünke's schließen; die Angelegenheit giebt aber auch wiederum ein Bild von der Art, wie der behördliche Kampf gegen die Anarchisten geführt wird. Vor einigen Wochen noch ging durch einen Theil der bürgerlichen Presse eine Notiz, nach der die Angelegenheit Warsünke's eine Art Kofschmann-Prozess in zweiter Auflage bringen werde.

Die **Inhaber von Chambregarines und Pensionaten** sind, soweit in diesen Betrieben Personal-Rechtinnen, Dienstmädchen, Hausdiener u. s. w. beschäftigt werden, nach dem genehmigten Statut bei der Orts-Krankenkasse der Gastwirthe und verwandten Gewerbe meldepflichtig. Da sich trotz jahrelanger wiederholter Anforderungen noch jetzt zahlreiche Zimmervermieter und Pensionats-Inhaber ihrer Meldepflicht entziehen, will, wie uns berichtet wird, die Kasse bei fernerer Weigerung gegen die Säumigen mit Strafandrohung gemäß den §§ 50 und 52 des Krankenversicherungsgesetzes vorgehen.

Die **Schwimmabstufung** der städtischen Volks-Badeanstalt an der Schillingbrücke wird fortan von mittags 12 Uhr ab ununterbrochen nur für männliche Personen geöffnet sein. Damen haben an diesem Tage also nur von 9 1/2 bis 12 Uhr zum Schwimmbade Zutritt. Die übrigen Abtheilungen der Anstalt sind jedoch für weibliche Personen während des ganzen Tages geöffnet.

Eine „**schwarze Liste**“ des Berliner Magistrats wurde in der letzten Sitzung des Ortsvereins Berliner Gemeindebeamten lebhaft besprochen. Bekanntlich nehmen zahlreiche hiesige Beamte und Bureau-Hilfsarbeiter ihren ständigen Wohnsitz in den Vororten, da dort die Mietverhältnisse günstiger sind, als in der Wilkensonstadt; lange Zeit erseuten sich alle diese Beamten unangefochten des städtischen Steuerprekats bezüglich der Gemeinde-Einkommensteuer, bis kürzlich der Berliner Magistrat an die Gemeindevorstände der Vororte Listen versandte, in denen die Namen der Bureau-Hilfsarbeiter mit einem Sternchen versehen waren, um diese Personen als Nichtbeamte zu bezeichnen. Verschiedene Gemeindevorstände (z. B. von Zehlendorf, Billenkolonie Grünwald) schenken der schwarzen Liste keinerlei Beachtung, sondern belassen es bei der bisherigen Gesinnung bezüglich der Steuerbefreiung; andere Orte, wie z. B. Schöneberg, machen diese Vergünstigung nunmehr davon abhängig, daß die Bureau-Hilfsarbeiter eine Beschäftigung des Berliner Magistrats darüber beibringen, daß sie als Beamte anzusehen seien. Die Folge davon ist, daß der hiesige Magistrat gegenwärtig mit Gesuchen der Bureau-Hilfsarbeiter um Anerkennung ihrer Beamtenqualität beschäftigt wird. Da bei seiner bekannnten Stellung zur Hilfsarbeiterfrage die verlangte Beschäftigung freiwillig nicht ausgestellt wird, soll dieselbe jetzt im Prozeßwege erzwingen werden.

Die **Abschaffung des Trinkgeldes im Barbiergeberbe** soll als zweite Reform, nach Durchführung der Preiserhöhung, energisch in Angriff genommen werden. Das „Berliner Tageblatt“

schreibt in der Angelegenheit: „Die Behörden nehmen diesem Bestreben gegenüber nicht überall eine freundliche Stellung ein. So ist z. B. einer Verbandsbesinnung seitens des Magistrats die Auforderung zugegangen, den § 11 des Lehrvertrages, der die Annahme von Trinkgeldern unterlag, als ungeschickt zu streichen. Der Vorstand des Bundes deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Jungen hat daraufhin in einer Eingabe an die Behörde die Stellung des Verbandes in der Trinkgelderfrage durch ein ausführliches Gutachten begründet. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß im Barbiergeberbe der Gehilfe oder Lehrling, im Gegensaße zu anderen Berufen, das Trinkgeld nicht für seine eigenen Mehrleistungen, sondern für einen Mehraufwand von Parfüm, Seife und sonstigen Toiletteartikeln auf Kosten der Meister erhält, und daß das Trinkgeld umweilen eine verschiedene Bedienung der einzelnen Kunden zum Nachtheil des Geschäftes zur Folge hat. Andererseits wird anerkannt, daß die Preiserhöhung eine Verminderung der Trinkgeld-einnahmen der Gehilfen mit sich gebracht hat und die völlige Beseitigung des Trinkgeldes eine Lohnausbesserung bedingt.“ Wirklich äußern sich die Barbiergehilfen in der Angelegenheit.

Die **Kontrolle des Schulbesuchs** in den städtischen Gemeindefschulen, die bisher unbestritten mit allen ihren Folgen der Stadtverwaltung oblag, ist keineswegs ein leichtes Geschäft. In dem Bericht der städtischen Schuldeputation über das Verwaltungsjahr 1895/96 ist der Versuch gemacht worden, von diesem Geschäft ein anschauliches Bild zu entwerfen. Das Größtliche an diesem Bilde ist, daß eine stetige Abnahme sowohl der verhängten Strafen wie der bestrassen Familienhäupter festzustellen ist. Verhängt wurden im Jahre 1894/95 5596, 1895/96 4712 Strafen. Dagegen wurde Widerspruch erhoben in 1743 und 1890 Fällen, mit Erfolg 593 und 825 Mal. Nach Rechtskraft wurden Strafen erlassen 1894/95 1200, 1895/96 987, bezahlt wurden 1894/95 2257, 1895/96 1878, verbüßt 1271 und 523 Strafen. Verhängt wurden in den Berichtsjahren 1894/95 Strafen im Betrage von 25 518, 1895/96 von 17 725 M. Davon wurden bezahlt 3427,68 M., aufgehoben 9408,12 M., verbüßt 3451 M. Vergleicht man die Anzahl der gegen die einzelnen Verstrassen in den letzten drei Jahren verhängten Schulversäumnißstrafen, so ergibt sich als Summe aller Strafen 1893/94 7152, 1894/95 5596, 1895/96 4712. Familienhäupter wurden bestrast 1893/94 1819, 1894/95 1635, 1895/96 1585.

Die **Pferdebahnwagen der Linien Nieder-Schönhausen-Rathhaus und Fischekrahe-Rathhaus** fahren von heute ab nur noch bis zum Alexanderplatz, Ecke der Prenzlauerstraße.

Kalms und Maier sind die Zeichen des Pfingstfestes. Die Kalmsbändler halten bereits ihre Waare feil und die liebe Jugend hört man bereits in allen Tonarten „auf dem Kalms pfeifen“. Schwer herein schwanken die Waagen, maubeladen, und getreu dem alten Spruche: „Auf, schmückt das Fest mit Maier“, beiligt sich jeder, sich ein Maierbäumchen zu holen. Kalms und Maier sind noch immer gangbare Handelsartikel, welche, da sie wenig kosten, allgemein gern gekauft werden.

Das **Direktorium der akademischen Lesehalle** hat beschlossen, die Wahlen fortan im Winterhalbjahre stattfinden zu lassen, weil dann die Mitgliederzahl stärker ist als im Sommer. Anträge auf geheime Wahl und Beauftragung von Mitglieder-versammlungen wurden dagegen abgelehnt.

Stadtschulstatistik. Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Mai er. 11 Familien mit 30 Personen, darunter 5 Säuglinge, und 48 Einzelpersonen. Am 1. Juni war der Bestand 25 Familien mit 88 Personen, darunter 17 Säuglinge, und 29 Einzelpersonen. — Das Asyl für nächtliche Obdachlose daselbst benutzten im Laufe des Monats Mai 16428 Personen, und zwar 15 821 Männer, 607 Frauen. Von diesen Personen wurden 5 dem Krankenhaus am Friedrichshagen, 89 dem Krankenhaus Moabit, 12 der Charite, 5 der Anstalt Wuhlgarten, 25 der Krankenstation des Obdachs überwiesen, 216 (213 Männer, 3 Frauen) der Polizei vorgeführt. Gebadet haben während des Monats Mai 12 198 Personen. — Im Männerasyl des Berliner Asylvereins für Obdachlose nächtigen im Monat Mai 21 190 Personen, im Frauenasyl 2533 Personen. Arbeitsnachweis erstattet der Verein für Männer Wiesenstr. 55—59, für Frauen Köpenickerstr. 5.

Ein **merkwürdiger Unfall** ereignete sich vorgestern Abend gegen 7 Uhr im Betriebe der Stadtbahn. Ein Soldat, welcher aus der Urlaubsdienst begriffen, in einem Fernzug bis zum Schloßschen Bahnhof fuhr, lebte, um sich abzukühlen, zum Fenster hinaus. Der wackere Vaterlandsverteidiger, der jedenfalls davon gehet, daß es in Berlin sehr viel unehrliche Leute giebt, wollte sich vor der Möglichkeit eines Diebstahls sichern und hielt auch seinen Koffer, um diesen ständig vor Augen zu haben, zum Koupée-Fenster hinaus. Als der Zug an einer Signalstange hinter dem Bahnhof Wörde vorbeifuhr, streifte das Gepäckstück die Stange und stürzte in die Tiefe. Der Koffer fiel in den Garten der Deutschen Konzerthallen an der Spandauerbrücke und dort dem Geschäftsführer Herrn K. auf den Kopf, welcher eine glücklicherweise nicht gefährliche Verletzung erlitt. Der Koffer, welcher bei dem Sturze ebenfalls beschädigt worden, wurde später dem Soldaten, der am Bahnhof Alexanderplatz aufgestiegen war, ausgehändigt.

Von den zehn Feuerwehrcamrads, die bei dem Brande der Chemischen Fabrik (vormals E. Schering) durch das Einathmen giftiger Gase erkrankt sind, befindet sich ein Ober-Feuerwehrcamrad bereits auf dem Wege der Besserung, während der Feuerwehrcamrad Schwabe vermehrte Brustschmerzen und der Feuerwehrcamrad Herrn starke Altembeschwerden hat.

Auf der **Stadtbahn und dem Nordring** werden am 3. Pfingstfeiertage (8. d.) die Züge nach dem Sonntagsfahrplan verkehren. Die Sändigzüge dagegen sollen nach dem Wochentagsfahrplan abgefahren werden.

Bei einem **Stubenbrande** in der Gneisenaustraße 3 hat in der vorletzten Nacht ein Dienstmädchen, das müthig auf eigene Faust Löschversuche machte, erheblichen Schaden davongetragen. Das Mädchen erlitt harte Brandwunden im Gesicht und an den Händen, die von der Feuerwehr verbunden wurden. Das Feuer wurde mit leichter Mühe abgelöscht.

Bei einem **Streiche** in seinem Lokal, Bernauerstr. 70, ist am 25. v. M. der Schankwirth Gottlieb Jost von dem Schuhmacher Jde aus der Meyerstr. 83 derart gefährlich mit einem Weißbierglas an der Stirn verletzt worden, daß er erst gestern vernehmungsfähig war. Der Schläger ist festgenommen worden.

Mit **eingeschlagenem Schädel** wurde Donnerstag Abend der 23jährige Müllerscher Hermann Holz aus Reinickendorf in das August-Hospital eingeliefert. Holz gerieth um 8 Uhr abends auf einem Abladeplatze in Dalldorf mit einem Mitsfahrer in Streit, der bald in Thätlichkeiten ausartete. Der Mitsfahrer ergriff schließlich einen Müllertreger und schlug damit dem Kutscher ein Schädel ein.

Arbeitererfiko. Seinen Verletzungen erliegen ist der 19 Jahre alte Glaser August Koch aus der Reinickendorferstraße 56 b, der am Donnerstag Vormittag auf dem Bahnhof Friedrichstraße verunglückte. Koch war als Bahnunterhaltungsarbeiter zum Fensterputzen herangezogen worden und stürzte von der Ueberdachung des Bürgersteiges an der Südseite auf das Pflaster hinab. Ein Schädelbruch, den er sich außer Verletzungen an Armen und Beinen zuzog, hat bald nach dem Unfälle zum Tode geführt.

Beim **Ausheben** einer großen Feuerschleife am Hotel Bristol unter den Linden ist gestern Nachmittag der Kutscher Ernst Kutschmann aus der Großen Frankfurterstr. 50 verunglückt. Er kam zu Falle, schlug mit dem rechten Arm in die Scheibe und verletzte sich so erheblich, daß ein Schuttmann ihn in ein Krankenhaus bringen mußte.

Theater. Im Schiller-Theater findet heute die erste Aufführung von „Dapa Rische“, Woffe in vier Akten von Waizler und Stein, statt. — Das Volks-Theater bringt an beiden Freitagtagen vor dem Volkstheater „Auf eigenen Füßen“ den Schwan Georg Weib's „Bäbeber“ zur Aufführung. — Das Abend-Theater nicht heute wegen Vorbereitung zur Komödie „Unsere Reichspost“ geschlossen.

Aus den Nachbarorten.

In dem Plakatampf, den unsere Parteigenossen in Schöneberg auszusprechen hatten, weil ihnen die Annahme eines Auftrages zur Anhebung von Abonnements-Aufforderungen an die öffentlichen Anschlagtafeln verweigert wurde, ist, wenn der Ausdruck erlaubt ist, ein Sieg auf unserer Seite zu melden. Dem Parteigenossen Schlosser Meising, der sich wegen der charakteristischen Maßregel bei der Ortsbehörde beschwert hatte, ist vom Gemeindevorstand folgendes Schriftstück zugegangen: „Mit bezug auf das gefällige Schreiben vom 29. April 1897 theilen wir Ihnen mit, daß die Firma Kosmos sich die Anweisung erhalten hat, die zum Abonnement auf den „Vorwärts“ einladenden Plakate nicht anzuschließen, sofern dieselben nicht anders als eine einfache Abonnementeinladung enthalten.“

Friedrichshagen. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung fand wieder die Erbauung einer neuen Kirche zur Beratung. Der Vorsteher wies auf die bedeutenden Kosten hin, die der Gemeinde daraus erwachsen. Diese habe aber auch noch viele andere Aufgaben zu erfüllen. Die Erbauung eines Schulhauses, Kanalisation des Ortes, die Pflasterung der Straßen, Erbauung eines Gemeindehauses u. s. w. erfordern enorme Summen, die nicht ohne bedeutende Erhöhung der Steuern aufgebracht werden können. Nur durch eine Anleihe kann die Gemeinde im Stande sein, die ihr obliegenden Pflichten zu erfüllen. Genosse Sonnenburg sprach gegen den Kirchenbau und forderte die Vertretung auf, den Anforderungen der Kirche energisch entgegenzutreten. Die überlebten Verordnungen vom Jahre 1873 und 1702 kommen für uns nicht in Betracht. Die Vertretung sollte sich endlich ihrer Haut wehren und selbst nicht vor einem Prozeß zurückschrecken. Mehrere stimmten gegen alles, was mit der Kirche im Zusammenhang steht. Der Anleihe stimmte er zu, um ohne Steuererhöhung wichtige Bedürfnisse zu befriedigen. Es wurde gegen die Stimme unseres Genossen beschlossen, die Regierung als Patronat auszufordern, über die Höhe der Zuwendungen zum Kirchenbau sich zu äußern. Einmütig wurde der Vorsteher ermächtigt, behufs einer Anleihe bei der vorgesehnen Behörde vorstellig zu werden. Einem Besuch der Firma Behring u. Wächter betreffs Anlage einer elektrischen Bahn von Berlin nach Friedrichshagen wurde zugestimmt.

Ein auscheinend geistlichschwacher Knabe wurde gestern Abend nach 10 Uhr am Wintersfeldplatz von einem Schöneberger Polizeibeamten unbehindert angegriffen und, da er die Wohnung seiner Eltern nicht bezeichnen konnte, nach der Polizeiwache in der Rosenborfstraße gebracht. Er gab an, Otto Fischer zu heißen und 7 Jahre alt zu sein. Doch ist es möglich, daß diese Angaben nicht richtig sind. Der Knabe war bekleidet mit blau und weiß gestreiftem Matrosenanzug und trug einen Strohhut sowie Lederschuhe ohne Strümpfe. Er wurde dann nach der „Jugendhilfe“ in Schöneberg gebracht.

Aus dem Charlottenburger Amtsgerichts-Gefängnis sind in der vergangenen Nacht drei Verbrecher ausgebrochen, die heute nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht werden sollten. Sie haben gemeinschaftlich die eisernen Fensterstäbe durchgehauen und sind dann durch das Fenster entkommen. Der eine Flüchtige ist ein 23jähriger aus Berlin gebürtiger Wilhelm Kogler, der vor einigen Tagen wegen Fahrradswindeln, Betruges, Unterschlagung und Hochstapels festgenommen worden war. Der zweite ist ein 46 Jahre alter Konditor Franz Leipacher aus Trier, der wegen Missethaten verhaftet worden war. Der dritte ist der 17jährige Gärtler Eduard Hornmann aus Segeln bei Magdeburg.

Eine amtliche Kreis-Lehrerkonferenz wird am 16. Juni in Spandau auf Veranlassung der königlichen Regierung zu Potsdam zwecks Erledigung der „Fidelfrage“ zusammengetreten. Nach der Ansicht der Regierung zu Potsdam soll in allen Schulen des ganzen Regierungsbezirks eine einheitliche Fidel eingeführt werden.

Kunst und Wissenschaft.

Freie Volksbühne. Der ersten Abtheilung des Vereins hatte der Zufall am Donnerstag eine Abendvorstellung im Thalia-Theater bescheert. Es war wahrlich kein Theaterwetter; der Juni wollte durch sommerliche Schwüle wieder weht machen, was der winterliche Mai uns schuldig geblieben war. In einem solchen Abend ist es auch für den Arbeiter ein Opfer, in ein Schauspielhaus zu gehen; aber der Eifer, mit dem die junge Mitgliedschaft der neugegründeten Volksbühne anhängt, brachte das Wunder eines vollbesetzten Hauses zu Stande. Und die Mühe war keine verlorene. Angenrubers „G'wissenswurm“ wurde gegeben und zwar, was bei einem Dialektstück und einem nicht anständigen Zusammenpiel gewöhnlichen Personal wahrlich etwas bedeuten will, in einer durchweg guten Darstellung. Eigentlich war Angenrubers nur als Nothpflaster herangezogen worden. In der Erkenntnis, daß der Spielplan der Arbeiterbühne möglichst abwechslungsreich und vielseitig sein muß, hatte der Vorstand beabsichtigt, Sardou's „Caprienne“, jenes graziöse Muster modern-französischer Bühnendichtung, aufzuführen. Aber dies Vorhaben wurde vorab durch den Verleger Bloch vereitelt, der an dem Stück das literarische Eigentumsrecht erworben hatte und konsequent die Genehmigung zur Aufführung verweigerte. Ein gleiches geschah von dem Verleger, der Halber's „Jugend“ in Besitz hat; auch dies Stück durfte nicht dargestellt werden. Es scheint, daß dem Polizeikampf ein Kampf mit den Verlegern folgen soll, die mit einer früher angekannten Agorosität der Vereinsbühne Hindernisse in den Weg legen.

So wurde denn in der Noth zu Angenrubers „G'wissenswurm“ gegriffen. Die Wahl braucht wahrlich nicht bereit zu werden. Wie in allen seinen Stücken, stellt der österreichische Dichter auch hier feines Denken und menschliche Bestimmung der pfäffischen Bigotterie gegenüber, und wenn der Kampf diesmal mit den milden Waffen eines von Herzen kommenden Humors zum guten Ende gebracht wird, so ist die Wirkung doch nicht minder wirkungsvoll.

Unter den Künstlern, welche die Bauernkomödie am Donnerstag aufführten, verdient Herr Hansen als Darsteller des alten Greisbofer an erster Stelle genannt zu werden. Das war ein Charakteristik des bedrückten Großbauern, wie aus einem Guß; schlicht und ohne jegliche Mäßen, wählte der Künstler aus das Seelenleben eines widerwillig in die Niederkeit hineingerathenen Menschen zu schildern. Etwas stärker als nötig gewesen wäre, betonte Herr Türk das Niedrig-Komische in der sonst brav gespielten Rolle des Erbischleiers Kusierer. Prächtig war auch die resolute und schelmische Fortaherles von Franklein von Lorb, einem beachtenswerthen Gaste vom Deutschen Volkstheater in Wien, gegeben; gleichermaßen frisch und lebendig spielte Herr Siegmund vom selben Theater den Großnecht Wastl. Auch die Nebenrollen, von denen wir die Darstellung des von Frau Tina Wendel-Wach und Herrn Kaulde gespielten Ehepaars Polner ehrsund erwöhnen, waren brav besetzt. Mit regem Interesse nahmen die Zuschauer Antheil an Stück und Darstellung.

Geriichts-Beitrag.

Der Fürst Karl v. Radziwili hatte gestern als „Erster“ die Anklagebank vor der 145. Abtheilung des Schöffengerichts in Moabit zu betreten. Gegenstand der Anklage war ein Renkontre zwischen dem Fürsten und dem Polizeikontenstant Stephan gelegentlich der Zenteurfeier. Der Fürst war von seinen Vätern in Öpreußen nach Berlin gekommen, um an der Wilhelmfeier theilzunehmen. Am Vormittag des 23. März gelangte er in die Nähe des Brandenburger Thores, als eben der Bürgerfestzug anrückte. An dem Treffpunkte zwischen Brandenburger Thor und Sommerstraße war eine fliegende Tribüne errichtet worden. Der Erbauer, ein Schifferjunge, vermietete den Sitzplatz für eine Mark. Auch der Fürst nahm nach Erlegung des geforderten Miethepreises auf dieser Tribüne Platz, wurde aber sehr erregt, als ein Polizeikontenstant erschien und das Publikum aufforderte, weiter zurückzutreten, ferner auch die Befestigung der improvisierten Tribüne verlangte. Fürst Radziwili weigerte sich aber, seinen Sitzplatz zu verlassen.

Er habe seinen Platz behält und außerdem sei Platz genug vorhanden. Das Publikum siehe ganz ruhig und nur durch die Polizei werde Unruhe gestiftet. Der Kontenstant sagte schließlich dem Fürsten an der Brust, um ihn von seinem erhöhten Standpunkte herabzusetzen und damit seinen Anordnungen Nachdruck zu verschaffen. Der Fürst gebrauchte aber ein laudäufiges Schimpfwort und sollte deshalb zur Wache gebracht werden, damit seine Personalien festgestellt würden. Jetzt nannte der Fürst seinen Namen, mußte nun aber erst recht mit zur Wache gehen, weil der Kontenstant nicht glaubte, daß der von Esfirten angegebene Name und Stand richtig sei. Auf der Polizeiwache legitimierte sich der Fürst und wurde darauf wieder entlassen. Aus der ganzen Sache ist für den Fürsten nur ein Strafmandat über 30 M. erwachsen und zwar aus § 368 Nr. 9 des Strafgesetzbuches (Behinderung des freien Verkehrs). Gegen dieses Strafmandat hat der Fürst Einspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt. Er war persönlich zur Wahrnehmung seiner Rechte erschienen, ohne sich einen Verteidiger anzunehmen. Seiner Ansicht nach habe er sich in seinem Recht befunden, da er den Platz bezahlt habe, da die Polizei früher die Tribüne besetzten bezw. deren Aufbau verhindern konnte, und da ferner der Verkehr in keiner Weise behindert gewesen sei. Kontenstant Stephan behauptete dagegen, daß die geschlossene Mauer des Publikums soweit vorgedrungen war, daß er Raum schaffen mußte, um den Wagenverkehr durch das Brandenburger Thor auf der Nordseite aufrecht zu erhalten. Das Schöffengericht belehrte den Angeklagten über den wunderbaren preussischen Brauch, daß man den Anordnungen der Organe der Obrigkeit unter allen Umständen nachkommen müsse und nicht befugt sei, die Berechtigung solcher Anordnungen vorher zu prüfen. (1) Der Fürst wurde daher im Sinne des angeführten Strafbefehls zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt. Die Angelegenheit ist insoweit noch besonders charakteristisch, als dies wohl der erste Fall sein dürfte, daß eine Person, die sich öffentlich der groben Beleidigung eines Polizeibeamten schuldig gemacht hat, nicht für diese Beleidigung zur Verantwortung gezogen wurde. Wir gönnen dem Fürsten von ganzem Herzen, daß er mit blauem Auge davon gekommen ist, aber wissen möchten wir doch, warum die Stellung eines Strafantrages unterblieben ist, zumal die Bezeichnung, welche sich der Beleidiger gegen den Beamten leistete, eine so heftige war, daß, wenn sie einem gewöhnlichen Menschenfinde entsahren wäre, es ohne Gefängnis wohl nicht abgegangen wäre.

Versammlungen.

Die Zählungsberechnung des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“, der bekanntlich an stelle des seinerzeit von der Polizei geschlossenen Wahlvereins für den sechsten Kreis gegründet worden war, und der jetzt wieder zu gunsten des Wahlvereins sich aufgelöst hat, ergibt folgendes Resultat:

Einnahme.		Ausgabe.	
Barbestand vom 1. April 1897	131,01	Drucksachen	16,50
22 812 Marken vom 1. April 1897	5703,00	Annoncen	144,20
Billets vom Stiftungsfest	448,80	Diversa	60,10
Ersparbücher	50	19 897 Marken	4849,25
	6281,81	Dem Vertrauensmann überwiesen	1219,26
			6281,81

Revidirt und für richtig befunden. Die Liquidationskommission. Jacobius, Rosenthal, Hilgenfeld, Widnase, Deuthin.

Das Bureau der öffentlichen Versammlung der Bifelleure vom 11. Mai (vergleiche Bericht in Nr. 111 u. Bl. v. 14. Mai) erwidert auf die von Herrn Klausenberger an uns überfandte und in Nummer 125 des „Vorwärts“ veröffentlichte Verächtigung folgendes: „Von den Lohnverhältnissen bei Herrn Klausenberger ist in besagter Versammlung überhaupt nicht gesprochen worden. Es wurde lediglich festgestellt, daß der Kleinmeister Klausenberger für die Firma Schäffer und Walker die Arbeiter billiger lieferte, als die dort beschäftigten Arbeiter und daß er somit der Lohnrückerei in dieser Fabrik Vorschub leistete.“

Zu der Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission vom 30. Mai erhaltete Bögel Bericht über verschiedene gewerbliche Angelegenheiten. Scharf getadelt wurde das laue Verhalten einiger Beijer, die sich von ihrer Organisation zurückgezogen haben. Einem wegen der Feier des 1. Mai Gemäpregelten bewilligte man 30 M. Zur Aufstellung einer Geschäftsordnung wählte man Menge, Biedel und Rehr.

Der Verband der Graveure, Bifelleure etc., Filiale Berlin, hielt am Dienstag, den 1. Juni, in den Orantenhallen seine regelmäßige Versammlung ab, in der Genosse Dr. Jabel einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Verletzung der Arbeitszeit — eine Forderung der Gesundheitspflege“ hielt. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Der Arbeitsvermittler rügte wieder die Lässigkeit bei der Benutzung des Arbeitsnachweises, da durch eine Außerachtlassung der Bestimmung, bei Annahme von Stellen den Arbeitsvermittler sofort zu benachrichtigen, oftmals Ungütlichkeiten entstehen. Der Kassirer ersucht bei Entrichtung der Beiträge um genaue Angabe der Buchnummer. Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 15. Juni mit einem Vortrage über: „Das arbeitende Volk und die Kunst“ statt. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen Wunderlich, Wallstr. 76, I.

Die Buchbinder nahmen in einer am Donnerstag in Keller's Saal abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung Stellung zu der von den Buchbinderbesitzern geplanten Verlängerung der Arbeitszeit. Wie der Referent Sailer ausführte, hat der Verband der Buchbinderbesitzer beschlossen, am 1. Juli in seinen Betrieben eine Arbeitsordnung einzuführen, deren hauptsächlichste Bestimmung sagt: Die Arbeitszeit beträgt elf Stunden, jedoch soll die über neun Stunden währende Arbeit als Ueberstunden bezahlt werden. Diese Bestimmung werde die Folge haben, die neunstündige Arbeitszeit, welche die Hauptforderung der vorjährigen Lohnbewegung bildete, und nachgedrungen von den Unternehmern bewilligt wurde, auf Umwegen wieder anzuschaffen. Wenn bei der elfstündigen Arbeitszeit vielleicht anfangs zwei Ueberstunden bezahlt würden, so werde es doch bald, namentlich in der stillen Zeit, dahin kommen, daß für die regelmäßige elfstündige Arbeitszeit nicht mehr gezahlt werde, wie jetzt für neun Stunden. Weiter bestimme die Arbeitsordnung, daß die Arbeitszeit sowohl vermehrt, als vermindert werden kann, daß für Verhöre Strafgelder bis zur Hälfte, in manchen Fällen bis zur vollen Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes erhoben werden können, jedoch sei nicht gesagt, wozu die Strafgelder verwendet werden sollen. Ein anderer Paragraph verpflichtete die Kollegen, jeden Verstoß gegen die Arbeits-Ordnung zur Anzeige zu bringen, wodurch also unter den Kollegen ein Spittel- und Denunziantenthum herangebildet werden solle. Diese Arbeitsordnung sei natürlich für die Arbeiter und Arbeiterinnen unannehmbar, und müsse es Aufgabe eines jeden Kollegen sein, energisch gegen dieselbe zu protestiren und, um den Kampf gegen dieselbe und andere Uebergriffe der Unternehmer mit Erfolg führen zu können, zur Stärkung der Organisation beizutragen. Der erste Diskussionsredner Bergmann verlas ein Schreiben des Vorstandes der Prinzipals-Organisation, worin derselbe die an ihn ergangene Einladung zur Versammlung ablehnt, sich aber bereit erklärt, mit Delegirten der Gehilfen über die Arbeitsordnung zu verhandeln und die Gründe für den Erlaß derselben klar zu legen. Daß es sich um Befestigung des Neunstundentages handelt, bestritt das Schreiben. Die nachfolgenden Redner sprachen sich mit großer Entschiedenheit gegen die Arbeitsordnung aus. Die Versammlung nahm dann eine Resolution an, worin sie energisch gegen die Einführung der elfstündigen Arbeitszeit protestirt, die besprochene Arbeitsordnung für unannehmbar erklärt und jeden Kollegen verpflichtet, seine Unterschrift zu verweigern. Darauf wurde, um auf Grund des oben signirten Schreibens mit dem Vorstand des Verbandes der Buch-

binderbesitzer zu unterhandeln, eine Kommission gewählt, bestehend aus folgenden Mitgliedern: Sailer, Schulze, Bergmann, Witomski, Frau Greifenberg, Lorenz und Schön.

Die Wilmerdorfer Banarbeiter faßten in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung eine Resolution, durch welche der Gemeinderath ersucht wird, zu veranlassen, daß die Arbeiten am Gammalsbahu unverzüglich wieder aufgenommen werden. Der Resolution ist eine Begründung beigegeben, in der es heißt, daß an dem genannten Bau bis zum 13. Mai 62 Maurer beschäftigt gewesen seien. Die Behandlung der Arbeitenden seitens des Unternehmers Hanschke und seines Poliers ließen vieles zu wünschen übrig, und so beantragten die Maurer einen ihrer Kollegen, mit dem Herrn Hanschke in Unterhandlung zu treten. Die Folge war, daß der betreffende die Arbeit meiden mußte. Seine Kollegen stellten sich dadurch verlegt und verlangten Wieder-einstellung des Gemafregelten. Alle gütlichen Versuche scheiterten, im Gegentheil, 4 Maurer, welche für bessere Zustände auf dem Bau schon früher eingetreten waren, wurden entlassen. Hieraus legten sämtliche Maurer die Arbeit nieder und erklärten, nur dann wieder anzufangen zu wollen, wenn die Maßregelungen zurückgenommen und eine Erhöhung des Stundenlohnes von 55 auf 60 Pf. bewilligt würde. Daß letztere Forderung keine unberechtigte ist, werde wohl allgemein zugegeben werden müssen, wenn man bedenke, daß bei der jetzt üblichen neunstündigen Arbeitszeit der geforderte Lohn nur 5,40 Mark pro Tag betragen würde und der genannte Lohn bei der sehr oft lange anhaltenden Arbeitslosigkeit, der hohen Miethe und den theuren Lebensmittelpreisen doch keineswegs als zu hoch betrachtet werden kann, insbesondere wenn man Staat und Kommune gerech und die Familie redlich ernähren wolle. Die Forderung sei bereits allein im Westen Berlins auf circa 20 Neubauten bewilligt. — Jede gütliche Anbahnung zu einem gegenseitigen Vergleich schlug fehl und so dauerte der Ausstand schon über 14 Tage. Trotzdem sich nun die Maurer laut Urtheil der umwohnenden Einwohnerschaft höchst anständig und ruhig verhalten haben, kamen doch 6 Eistörungen vor. — Die Resolution mit der Begründung ist in 1000 Exemplaren unter den Einwohnern in Wilmerdorf verbreitet worden.

Literarisches.

Von Georg Zomel's historischer Studie „Jesus von Nazareth“ ist im Verlage von Wörlin u. Cie. soeben die 19. Auflage in hübscher Ausstattung veröffentlicht worden.

Eingelassene Druckschriften.

„Soziale Praxis, Centralblatt für Sozialpolitik“, enthält in ihrer neuesten Nr. 6 folgenden leitenden Artikel: Handelsstudien und Handelsreform. Von Prof. G. H. Cohn. — Gesellschaftsrecht der englischen Groß-Konsumvereine. — Vorkenntnisse über die Geschichte des Sozialismus. — Soziale Verhältnisse über den Rhein bei den Rheinländern. — Soziale Verhältnisse evangelischer Geistlichkeit. — Die Bedeutung des Sozialismus. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Sozialistische Arbeitervereine. — Verein zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in Wien a. W. — Der Arbeitsmarkt in der Schweiz. — Die Bedeutung der Sozialpolitik. — Soziale Kommissionen in der Schweiz. — Sozialpolitik im Sozialistischen Sinn. — Die Arbeiterbewegung in der Schweiz. —

Rundschau.

Die Universitäten und der Sozialismus.

Die neueste Herrenhaus-Rede des König Stumm, dessen Herrscherreich zum Wohl des deutschen Volkes sich von Keimkräften aus immer weiter ausdehnt, war von erschütternder Offenheit. Den deutschen Universitäten wurde über die Art ihrer sozialen Forschungen, die gegen die geoffenbarten Wahrheiten des kapitalistischen Kinderstübels-Standpunktes verstoßen, der allerhöchste Unwille ausgesprochen. Sogar Herr Schmoller, der alle Schwelungen des monarchischen Kapitalistenpolitiks getreulich mitgemacht, das „Mitglied des Staatsrates“, der „Mann von zweifellos monarchischer und sozialer Gesinnung“, wurde, weil er die moralische Sauberkeit des Millionen-Erwerbs einmal (nämlich zur Grünungszeit, wie aus Schmoller's Entgegnung hervorgeht) bezweifelt hatte, mit einer ernstlichen Vermahnung bedacht. Und dann folgte Demagogie auf Demagogie. An der Leipziger Universität (Professor Bacher) seien die Zustände geradezu „himmelschreiend“, Delirium habe die „Preussischen Jahrbücher“ zu einem antikapitalistischen „Pomphef“ gemacht, Adolph Wagner habe sich in seiner Rede vor den Bergarbeitern in Bochum nicht entblödet, Lohn-erhöhung auf Kosten der festen Dividenden zu verlangen, statt den Leuten lieber zu sagen: „Dankt Eurem Schöpfer, daß Ihr so hohe Löhne habt!“ Er, Herr v. Stumm, könne das Stenogramm dieser Nachsichtlosigkeit der Regierung zur Verfügung stellen. Die Wissenschaft müsse umkehren. An Stelle des älteren Katheder-Sozialismus sei heute sozialistische Demagogie getreten, an Stelle der christlichen Caritas werde der Klassenkampf gepredigt und gegen das Kapital geheilt. Statt nach Befestigung der Gesellschaftsordnung zu streben, untergrabe man dieselbe nach allen Richtungen. Selbst der Begriff des Eigentums wird in Frage gestellt (!), das Kapital in Gegenfah zur Arbeit gebracht, als eine Folge der Ausbeutung dargestellt! Mit einem Worte: das Vaterland ist in Gefahr, wenn nicht die Regierung als Handlangerin des König Stumm'schen Willens für eine andere Befestigung der Professorensitze sorgt.

Einer Regierung, die mit den Februar-Erlassen begonnen und es im Laufe weniger Jahre bereits bis zum preussischen Vereinsgesetz Entwurf gebracht hat, ist alles zugunsten. Die Entgegnung des angegriffenen Kultusministers, der kein Wort der Verachtung und Entrüstung für die bodenlose Unverschämtheit des Stumm'schen Auftretens fand, bot keine sicheren Garantien, und schon kommt die Nachricht, daß ein „Mann der Praxis“, ein in der ökonomischen Wissenschaft gänzlich unbekannter Wiesbadener Amtsgerichtsrath, früherer nationalliberaler Landtags-Abgeordneter und patriotischer Schönredner, nach der Berliner Universität als Professor berufen sei.

Sollte die Regierung wirklich, unter Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der Universitäten, das Stumm'sche Rezept in Wirklichkeit umsetzen wollen, so hätte die Sozialdemokratie sicher am wenigsten Grund, darüber zu trauern. Gabe es ein glänzenderes Zeichen ihrer Macht und bürgerlichen Ohnmachtsgelübde, als wenn auch jenes bescheidene Maß wissenschaftlicher Denk- und Lehrfreiheit, das den Universitäten bisher gelassen war, ihnen aus Furcht, daß dieses freie Denken zum sozialistischen Denken führe, genommen würde? Wäre das nicht die offene Proklamation, daß der Bestand der bürgerlichen Gesellschaft mit der in der Verfassung garantierten Freiheit der Wissenschaft, sofern die Wissenschaft die bürgerliche Gesellschaft zum Gegenstande ihrer Forschungen macht, nicht mehr vereinbar ist? Wäre es nicht die Proklamation, daß die Widersprüche in der bürgerlichen Gesellschaft sich bis zu einem Grade entwickelt haben, daß diese Gesellschaft nicht nur die Kritik ihrer natürlichen Feinde, des Proletariats, sondern die Kritik ihrer eigenen offiziellen Vertreter zu fürchten hat, die, aus den herrschenden Klassen hervorgegangen, von diesen nicht durch Interessen, sondern nur durch größere Kenntnis des Wirklichen unterschieden sind, wäre es nicht das offene Eingeständnis, daß diese Gesellschaft, unfähig, sogar diese Kritik zu ertragen, unter aller Kritik ist, — die Bedingung aller Blamagen?

So lächerlich das Stumm'sche Rezept ist, der kapitalistische Instinkt, der in jenen Angriffen auf die Wissenschaft zu Tage trat, die unbestimmte Bitterung, das auch von dieser Seite her eine Gefahr drohe, trifft ganz das Richtige. Und daß dieser Instinkt das Richtige trifft, das eben ist das Interessante, das für die Entwicklung unserer Oekonomie und die sie begleitende Bewegung der Ideen Bedeutende. Was eigentlich das Wesen des von ihm angegriffenen „Katheder-Sozialismus“ ist, wo die Grenze zwischen der „erlaubten“ und der zur „sozialistischen Demagogie“ entarteten Forschung liegt, das kann der Kenntnisreicher Regent natürlich nicht mit klaren Worten sagen, das ist Gefühls-sache. Aber in dem Gefühl spricht sich der unverfälschte kapitalistische Selbsthaltungstrieb aus. Dieser Klasseninstinkt fühlt sich bereits durch alles verletzt, was irgendwie geeignet ist, den Glauben an die Herrlichkeit, Berechtigung und Ewigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, mit einem Wort den Glauben an die bürgerlich-kapitalistische Ideologie zu erschüttern. Herr v. Stumm steht zu dem Kapitalismus, wie etwa die „Kreuzzeitung“ zur Monarchie, wie der Gläubige zu den Dogmen der Kirche. Er fühlt, daß das kritische Denken, welches alle Dinge in ihrer Relativität, in ihrem geschichtlichen Flusse erfährt und sie von diesem Standpunkt aus beurteilt, den Glauben in Zweifel verwandelt muß; und da die menschlichen Institutionen nicht nur aus Kanonen, sondern zu einem guten Theile auch auf der Trägheit des Glaubens beruhen, soll vor dem Allerheiligsten des Menschenseinens Halt vor dem Thron des Kapitals der Ehrwürdig menschlichen Denkens Halt machen. Principis obsta, widerstehe dem Anfang, heißt es auch hier, und der Anfang der, einmal gemacht, den Glauben verfliegen wird und in Verderben endet, das ist die Wissenschaft, die diese von der göttlichen Vorsehung gezogene Grenze überpringen will. Woher sie die Kathedersoziallehre von der Heiligkeit und dem ewigen Bestande des Kapitalismus aus irdischem Vernunft- und Forschungsfähigkeit in den Wind schlägt, hat sie trotz aller bürgerlichen Formen und äußerer Wohlstandigkeit die innere Herzreinigkeit verloren, sie bewegt sich auf der schiefen Ebene des Kathedersozialismus, die schließlich zu dem Höllenschlund der Sozialdemokratie führt! Darum fort mit Leuten, die ihre Aufgabe, die gebildeten Hausknechte und bibelfesten Gläubigen des Kapitals zu sein, so arg verkenne!

Das Lustige dabei ist, daß bei aller behutsamen Wohlgefälligkeit der deutschen Professorenschaft die Angelfische des Herrn v. Stumm, daß diese Wissenschaft das Glaubensfundament des Kapitalismus untergrabe, gar nicht so unbedeutend ist. Das liegt in den Dingen selbst, deren zwingende Dialektiklogik härter ist als der interessierte Wille der Einzelnen. Stück um Stück sank die kapitalistische Legende dahin und damit gleichzeitig der feste Stützpunkt für die gegen die Sozialdemokratie gerichtete Polemik. Das eingehende Detailstudium der kapitalistischen Wirklichkeit und die Forschungen über die ökonomische Entwicklungsgeschichte gewöhnten das Auge daran, die Dinge in ihrer fahlen Nüchternheit zu sehen und erzeugten bei aller Mangelhaftigkeit des eklektischen Denkens eine Geistesverfassung, die mit den kapitalistisch-selbstgefälligen Vorstellungen der von Marx gebrandmarkten Vulgarökonomie nicht mehr verträglich war. Es half nichts, auch die Vorstellungen über das Wesen des Sozialismus und über die Bedeutung Marx'scher Gedankenarbeit mußten unter dem treibenden Druck der Verhältnisse revidiert und einigermaßen mit der Wirklichkeit in

Übereinstimmung gebracht werden. Je mehr aber die Kenntnis von dem wirklichen Sozialismus wuchs, um so schwerer war es, den entwicklungs-geschichtlichen Standpunkt desselben, den die „Wissenschaft“ nach rückwärts, in bezug auf die Vergangenheit, theilte, nach vorwärts, in bezug auf die Zukunft, abzuleugnen. Traten doch die von Marx formulierten Entwicklungsstadien der kapitalistischen Gesellschaft, sowie die inneren Widersprüche derselben mit einer garnicht abzuweisenden Handgreiflichkeit hervor. Die festen Grenzlinien, welche Unwissenheit und kapitalistische Legendenbildung gezogen hatten, verwischten sich, der Boden schwankte, irgend „ein berechtigter Kern“ der sozialistischen Kritik mußte wohl oder übel anerkannt werden, und vor weiteren Konsequenzen konnte nur schwächlicher Eklektizismus und die Berufung auf wissenschaftliche Skepsis schützen. Hat Herr v. Stumm also nicht recht, daß hier Gefahr im Verzuge, daß alle festen geistigen Positionen in diesem Prozeß des Denkens untergraben werden, daß die Wissenschaft auf eine schiefle Ebene gerathen und schlammig — wenn es nur ginge! — durch Genbarmerie in den Unschuldstand des Kinder-glaubens zurückgeführt werden müsse?!

Hier nur ein kleines, besonders nahegelegenes Beispiel zur Erläuterung! Man weiß, daß die Sozialdemokratie vor allem ihre Siegeshoffnungen auf die Konzentration der Kapitale, zu welcher die Konkurrenz in der kapitalistischen Gesellschaft hindrängt, setzt. Die Formen, in denen dieser Prozeß sich vollzieht, sind mannigfaltiger Art, die neueste Entwicklung hat die Kartellbestrebungen der großen Industrie als das vielleicht markanteste Symptom der Bewegung in den Vordergrund geschoben. Es sind das die Versuche, die Wirkungen der freien Konkurrenz, der Triebfeder der ganzen bürgerlichen Produktion, im großkapitalistischen Interesse, durch Zusammenschluß der konkurrierenden Industriellen, aufzuheben. Um die Preise zu halten, werden feste, je nachdem mehr oder weniger ausgedehnte Vereinbarungen zwischen den konkurrierenden Betrieben getroffen. Da aber die Gestaltung der Preise wesentlich von dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage abhängig ist, greift dieses Streben aus der Sphäre des Marktes notwendig in das der Produktion hinüber. Die Vereinbarungen über den Preis finden ihre natürliche Ergänzung in den Vereinbarungen über die Menge der Produkte, die von den einzelnen kartellierten Betrieben in jeder Produktionsperiode erzeugt werden dürfen. So in Deutschland z. B. bei dem rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikat, auf welches mehr als die Hälfte der gesammten deutschen Steinkohlenproduktion entfällt. Über das Monopol, durch welches im kapitalistischen Interesse die freie Konkurrenz verdrängt werden soll, muß notwendig mit fortschreitender Entwicklung die Reaktion einer demokratisierten und dem Einfluß proletarischer Interessen unterworfenen Staatmacht hervorgerufen. Die Preisfestlegungen und die ganze Verwaltung dieser übermächtigen Produktionskörper werden öffentliche und im öffentlichen Interesse durch den als wirklichen Organ der Gesellschaft entwickelten Staat zu regulierende Angelegenheiten. Durch die Vermittlung des Staates, der, wovon wir in der vorigen Rundschau sprachen, in anderen Organisationen hierbei seine Stütze findet, wird die Gesellschaft, das heißt die arbeitende Majorität, in die Gestaltung des Produktions- und Verteilungsprozesses mit einer immer weiter getriebenen, dem Ideale radikaler Vergesellschaftung der Produktionsmittel immer mehr angehöbten Kontrolle eingreifen müssen. Nichts einfacher und zwingender, als dieser Zusammenhang von Monopol und Staatskontrolle. Was, um ein einfaches Beispiel herauszugreifen, das Deutsche Reich schon heute bei dem künstlich geschaffenen Monopol der Banknotenausgabe durch die mit privatem Kapital gegründete Reichsbank sich ausbedingte, daß von dem Reinertrage, nach Abzug einer 3-prozentigen Dividende die Hälfte und bei 6-prozentiger Dividende Dreiviertel an die Reichskasse entfallen, das läßt sich natürlich auch auf urwüchsig, durch den Druck der Konkurrenz innerhalb der Produktion entstandene Monopole übertragen und sehr bedeutsam weiter ausgestalten.

Und die „Wissenschaft“? Seitdem sie den Kinderplanen verlor und vom Apfel der Entwicklungstheorie gegessen hat, da steht sie solchen rüchlosen, an dem Bestande der Gesellschaftsordnung rüttelnden Theorien recht ungewappnet, recht verlegen gegenüber. Es ist kein Verlaß auf sie, wenn sie nicht umkehrt und die Augen schließt will. Den künstlichen Kartellen, durch welche sie den bürgerlichen Charakter zu bewahren strebt, fehlt jede Verzeugungsstärke.

Wir verweisen hierüber auf den in mancherlei Hinsicht typischen Artikel von Professor Kleinwächter über „Unternehmerverbände“ im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“. „Die Möglichkeit“, sagt er, die interessanten Erörterungen über Kartelle und Trusts abschließend, „daß die Dinge in Zukunft diesen (von Marx vorhergesagten sozialistischen) Verlauf nehmen werden, soll und kann nicht bestritten werden, und Thatsache ist es, daß der bisherige Entwicklungsgang die Marx'sche Annahme bis zu einem gewissen Grade bestätigt. Thatsache ist es, daß das Handwerk vielfach von der Manufaktur, die Manufaktur von der Fabrik, und daß die dem einzelnen gehörige Fabrik von dem größeren Aktienunternehmen verdrängt wird. Ebenso kann auch die isolierte Fabrik — selbst wenn sie einer großen Aktien-gesellschaft gehört — auf die Dauer nicht für sich allein existieren, sie muß sich dem Kartell anschließen. . . und in Nordamerika konnte sich selbst das Kartell auf die Dauer nicht erhalten, es trat der Trust, d. i. die Fusion oder vollständige Verschmelzung aller Aktien-Unternehmungen der betreffenden Branche, an seine Stelle.“ Also — statt des „also“ kommt hier ein lahmendes „aber“ eingeklinkt: Im Wirklichkeitsleben herrsche doch auch neben der zentralisierenden und zentralisierenden Tendenz, und wenn es der Gesetzgebung gelingt, die richtige Mitte (!) zu treffen. . . „ist absolut nicht abzusehen, warum wir auf dem Gebiete der Produktion allerorts dem Monopol entgegen- und sodann in den hinter dem Monopol lauenden „Sozialstaat“ hineinsteuern müssen“? Ja, kommt es denn auf das „allerorts“ bei solchen Entwicklungsstadien an? Sind wir denn heute nicht inmitten der „kapitalistischen Wirtschaftsweise“, trotzdem dieselbe, wie die große Ausdehnung von Handwerk und bäuerlichem Betrieb beweisen, durchaus noch nicht „allerorts“ zur Wirklichkeit geworden ist? Das ist ein schwacher Trostgrund — die Berufung auf das „allerorts“! Sehr erschwerend fällt außerdem in die Waagschale, daß Kleinwächter als Gegenstück der fortschreitenden Monopolisierung, ähnlich wie wir vorher im sozialistischen Sinne ausgesprochen, weitreichende Eingriffe des Staates in die Produktions-verwaltung, z. B. Schutz gegen Preisstreiberien, Sicherstellung der Arbeiter, Pensionsberechtigung derselben u. s. w. erwartet. Aber wo ist hier die Grenze der Eingriffe, wo die Barriere, die eine fortschreitende Entwicklung dieser staatlichen Kontrolle von dem gefährdeten „Sozialstaat“ trennt? Muß jene nicht zu diesem führen?

Die Bewegung rollt weiter ihrem Ziele zu, alles Wollen und Wünschen der Einzelnen ist ohnmächtig, ihm Einhalt zu gebieten. Nur in der Beständigkeit, die das Wirkliche und in dem Wirklichen das sich vorbereitende Neue nicht sehen kann und will, ist Rettung vor solchen Gedanken, die gegen den Willen des Denkenden über sich selbst hinausstreben, und den Boden, auf dem die Heiligthümer kapitalistischen Glaubens stehen, von Grund aus schwanken machen. Und wie die bürgerliche Wissenschaft schwach und rathlos den Zukunftsgebanken des Sozialismus gegenübersteht, so hat sie auf der anderen Seite nichts, gar nichts den Forderungen, welche die Sozialdemokratie zum Schutz der ausgebeuteten Arbeiterschaft im gegenwärtigen Staate ausstellt, entgegenzusetzen. Wohl oder übel, wenn auch gerne mit ängstlichen Vorbehalten verkauflich, muß sie die Berechtigung derselben, schon darum weil das Arbeiterinteresse hier mit dem fortschrittlichen Gesamtinteresse der Nation zusammenfällt, anerkennen.

Je mehr der realistische Charakter des Sozialismus hervortritt je wissenschaftlicher er selbst in diesem Sinne wird, um so mächtiger steht ihm das bürgerliche Denken, wenn es die Resultate eigener wissenschaftlicher Forschungen nicht verleugnen will, gegenüber, um so mehr zerbröckelt die feste Grundlage, auf der es früher stand. Je mehr die Einsicht in das wirkliche Wesen des Sozialismus innerhalb der gebildeten Schichten wächst (man vergleiche dazu Professor Sombart's: „Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert“, um so gefährlicher wird diese Einsicht für den Bestand des bürgerlichen Bewußtseins.

Unausföhrlich mehren sich die Zeichen, die, nach einem Marx'schen Worte, „freilich nicht bedeuten, daß morgen Wunder geschehen werden, die wohl aber zeigen, wie selbst in den herrschenden Klassen die Abnung aufdämmert, daß die jetzige Gesellschaft kein fester Krystall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus ist“. Herr v. Stumm hat recht: Um Ruhe zu bekommen, wird man die Wissenschaft selbst abschaffen müssen. Wir wünschten nur, daß man die Probe damit macht!

C. S.

Veranstaltungen.

Ueber die Stellung der Sozialdemokratie zum Dreiklassen-Wahlssystem referierte Genosse Krons am Mittwoch im Wahlverein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis. Ob unsere Partei sich an den Wahlen zum preussischen Landtag betheiligen solle — meinte der Redner — das sei eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips und ihre Antwort hänge ab von den jeweiligen politischen Verhältnissen und den Bewegungen des Gegners. Obwohl der Kölner Parteitag sich einstimmig für Wahlenthaltung erklärt hat, sei diese Frage gegenwärtig doch wieder aufgerollt worden und bedürfe der Erörterung. Der Redner unterzog die gegen unsere Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen geltend gemachten Gründe einer kritischen Betrachtung und kam zu dem Schluß, daß diese Gründe doch nicht so schwerwiegend seien, um die unbedingte Wahlenthaltung zu rechtfertigen, namentlich habe das preussische Abgeordnetenhaus, wie die Vorgänge der letzten Zeit bewiesen hätten, nicht die Bedeutungsslosigkeit, die demselben in unseren Kreisen bisher nachgesagt wurde. Die auf dem Kölner Parteitag angenommene Resolution, welche im ersten Theil strikte Wahlenthaltung proklamirte und im zweiten Theil eine Agitation für Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu den Landtagen forderte, habe außer der Bede'schen Broschüre über das Dreiklassen-Wahlrecht und einer Reihe von Artikeln im „Sozialdemokrat“ keine Erfolge gehabt, wohl aber sei etwas anderes eingetreten, nämlich die Verschlechterung des bisher seitlich günstigen sächsischen Wahlrechts nach dem Muster des preussischen. Dieses Vorgehen der sächsischen Regierung sei eine klärende Ohrfeige für die deutsche Sozialdemokratie gewesen. Dieser Vorgang habe gezeigt, wohin unsere Wahlenthaltung führe, und daß wir noch nicht stark genug wären, um nur durch Massenagitation das allgemeine Landtags-Wahlrecht zu erringen. Diese Folge des Kölner Beschlusses habe man allerdings nicht voraussehen können, das aber müßte man voraussehen — und Kautsky habe ja auch darauf hingewiesen — daß die Kölner Resolution einen Widerspruch enthalte, indem sie unter Hinweis auf die Bedeutungsslosigkeit der Landtags-Wahlenthaltung proklamirte und gleichzeitig für Erringung des allgemeinen gleichen Landtags-Wahlrechts eintritt. Der Redner beruft sich auf Kautsky, der in der „Neuen Zeit“ sagte, daß wir zwingende Gründe haben, an den Landtagswahlen zu betheiligen und verweist auf Oesterreich, wo unsere Genossen in verschiedenen Kronländern unter ähnlichen Wahlssystemen wie dem preussischen sich mit Erfolg an den Wahlen betheiligten, sowie auf Sachsen, wo die Genossen mit Ausnahme der Leipziger, trotz der Verschlechterung des Wahlgesetzes wählen wollten. Redner ist der Ansicht, daß die Sozialdemokratie auch in Preußen sich an den Landtagswahlen betheiligen müsse, und zwar gemäß dem Bernstein'schen Vorschlage, wonach wir zunächst soviel als möglich Wahlmänner durchzubringen haben, und dann, wenn unsere Wahlmänner in einem Kreise den Ausschlag zwischen Liberalen, beziehungsweise links stehenden Zentrumsleuten und Konservativen geben können, eine Vereinbarung mit den ersteren treffen, dahingehend, daß diese für uns und wir für ihren Kandidaten stimmen, um so den Konservativen, den Vertretern der Reaktion aus dem Felde zu schlagen. Ein solcher Kompromiß, oder wie man es genannt habe: ein Schachergeschäft, sei schließlich nichts anderes, als die von uns bei den Reichstags-Wahlwahlen besetzte Taktik: von zwei Uebeln das kleinere zu wählen, oder mit dem Gegner, der mit uns gewisse Berührungspunkte hat, gegen den gemeinschaftlichen Gegner vorzugehen. Augenblicklich stehe der Redner also auf dem Standpunkte Bernstein's, ohne behaupten zu wollen, daß er auf denselben beharre. In der nun folgenden ausgedehnten Debatte machte zunächst Alfons Borchard seine Bedenken gegen den Bernstein'schen Vorschlag geltend, den er deshalb für undurchführbar hält, weil die liberalen Wahlmänner — was er aus eigener Kenntnis dieser Partei bestätigten könne — sich bewegen lassen würden, für einen sozialdemokratischen Kandidaten öffentlich zu stimmen. Magdeburg ist der Meinung, daß man der Frage der Wahlbetheiligung näher treten muß, während Jakob sich derselben gegenüber ablehnend verhält. Timm hält es angebracht, der gegenwärtigen Verhältnisse gleichfalls für notwendig, daß wir unsere seitherige Taktik ändern. Wir müßten unsere Macht ausnützen, um die Opposition gegen die Reaktion zu stärken und durch unsere Vertreter im Abgeordnetenhaus an den bestehenden Mängeln Kritik zu üben. Stadthagen hält es zur Zeit nicht für opportun, nicht für faktisch richtig, daß wir uns an den preussischen Landtagswahlen betheiligen. Positiv würde dabei nichts erreicht, es könne sich nur um die Abwehr reaktionärer Bestrebungen handeln. Dabei möge man aber bedenken, daß allzu kräftige reaktionäre Gesetze schon so wie so heute nicht mehr durchgehen ließen. Sollte das Vereinsgesetz wirklich angenommen werden, so schade uns das ebenso wenig, wie das Sozialistengesetz, im Gegentheil biete es uns einen guten Agitationsstoff. Es sei auch gar nicht gesagt, daß wir, indem wir einige sozialdemokratische Abgeordnete in den Landtag wählen, die Opposition stärken, denn in diesem Falle würden sich die Nationalliberalen wahrscheinlich auf die Seite der Konservativen stellen. Es sei auch nicht richtig, daß uns die Liberalen näher ständen, wie die Konservativen. Erstere seien in wirtschaftlicher Hinsicht nicht minder unsere Feinde, wie die Letzteren. Eine Partei, deren Hauptaufgabe es sei, das Klassenbewußtsein zu stärken, würde sich durch Zusammengehen mit anderen Parteien nur schädigen. Die Wähler würden es auch nicht verstehen, daß wir bei den Reichstagswahlen dieselben Leute bekämpfen, mit denen wir bei den Landtagswahlen Hand in Hand gehen. Simele ist gegen Taktik für Wahlbetheiligung. Ledebour stimmt den Rednern zu, welche die Wahlbetheiligung für eine Frage der Taktik halten, er hält es auch für sehr vortheilhaft, wenn wir Vertreter in das Abgeordnetenhaus senden und das selbst Einfluß ausüben können, der Bernstein'sche Vorschlag sei aber deshalb unannehmbar, weil er ein Schachergeschäft einschließen wolle, welches sich mit den Prinzipien unserer Partei nicht vertrüge. Wir sollen doch mit den Liberalen zusammengehen, um die Reaktion zu bekämpfen. Wenn wir aber für den Fall, daß die Liberalen nicht für unseren Kandidaten stimmen, und der Stimmgabe enthalten und dadurch den Sieg der Konservativen ermöglichen, dann stärken wir ja durch unsere Stimmgabe die Reaktion und thun also das, was wir durch das Wahlbündnis verhindern wollen. Wir müßten, wie bei den Reichstagswahlen, zunächst den Versuch machen, unsere Kandidaten durchzubringen, und, wo das nicht gelingt, uns in jedem einzelnen Falle entscheiden, ob wir von zwei gegenwärtigen Kandidaten demjenigen unsere Stimmen geben wollen, der uns als das kleinere Uebel erscheint. Dieser Weg habe zwar weniger Erfolg, sei aber der einzige, welcher der Würde unserer Partei entspricht.

Viktoria-Garten, Treptow, Am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertag: Grosses Garten-Konzert. 11 Kegelbahnen.
 (früher Kumpel), Köpnick Landstrasse. Am 1. und 2. Pfingstfeiertag: **Gr. Früh-Konzert. Anfang 4 Uhr.** Im großen Saale:
 Ponny- und Esel-Reiten. X Garten 5000 Personen fassend. Die Kaffeeküche ist von morgens 4 Uhr an geöffnet (à Liter 70 Pf.) **Tanz.**

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands
 (Verwaltungsstelle Berlin).
Am Dienstag, den 8. Juni 1897 (3. Pfingstfeiertag):
Exkursion nach der Königl. Porzellan-Manufaktur.
 Treffpunkt: Restaurant Tiergartenhof (Stadtbahnhof Tiergarten) donnerstags 8 1/2 Uhr. (22/1) J. H. Herm. Wegener.

TRANSVAAL **Ausstellung**
TRANSVAAL am Kurfürsten-Damm.
TRANSVAAL Bahnstation: „Savignyplatz“.
TRANSVAAL Maquamba und Basuto-Kraals.
TRANSVAAL Boeren & Coolie Haus.
TRANSVAAL Straussen-Zuchtfarm + Strasse
TRANSVAAL und Marktplatz in Johannesburg.
TRANSVAAL Goldgräber-Viertel + Strasse in
TRANSVAAL Pretoria etc.
TRANSVAAL Grosses Militär-Doppel-Konzert.
TRANSVAAL Entree 50 Pf.
TRANSVAAL Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag:
TRANSVAAL Grosses Früh-Konzert.

Wedding-Park
 Müllerstraße 178. Am Wedding-Platz. Ringbahn-Station.
 In dem 3000 Personen fassenden,
 neuingerichteten Garten mit schönen Lauben:
 Am 1., 2. und 3. Feiertag: **Gr. Frei-Konzert u. Ball.** Feiertag: **Früh-Konzert**
 unter Mitwirkung einiger Gesangsvereine. — Anfang 5 Uhr.
 Die Kaffeeküche ist täglich von 5 Uhr ab geöffnet. 19780*
7 verdeckte Sommer-Kegelbahnen. Franz. Billards.
 Volksbelustigungen aller Art. **Wilhelm Trapp.**

Schweizer Garten. Am Königsthor.
 Am Friedrichshain. Galteliste der Pferdebahn.
 An beiden Feiertagen: **Früh-Theater-Vorstellungen.**
 Auftreten des engagierten Theater- und Spezialitäten-
 Personals. — Volksbelustigungen aller Art. — Anfang früh
 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. — Im Saale am 2. Feiertage: **Früh-
 Tanz.** — In den Nachmittagen von 4 Uhr ab:
Große Extra-Fest-Vorstellungen.
 Auftreten des gesamten Personals.
Volksbelustigungen aller Art.
 Entree an beiden Feiertagen nachmittags 50 Pf.
Vom 2. Feiertage ab: Täglich Ball.
 Von Pünktigen ab finden diese Vorstellungen und Ball täglich statt.

Clubhaus Sanssouci
 Nieder-Schönhausen, Lindenstrasse No. 25.
 In nächster Nähe der Gasse und der Pferdebahn-Galteliste.
 Jeden Sonntag: **Frei-Konzert.** — **Grosser BALL.**
 Familien können Kaffee trinken. Str. 60 Pf.
 Um gütigen Besuch bittet **W. Schlack.**

Restaurant Feldschlösschen
 5 Minuten von Treptow am Riechholwege in der allbekanntesten Eisenstrasse.
 Sonntag, den 6., Montag, den 7., Dienstag, den 8. Juni
 (Pfingstfeiertage):

Grosses Frei-Konzert.
 Im großen, schönen Garten:
Kinderbelustigung jeder Art, Schaukel, Karoussel etc.
Spezialitäten-Vorstellung. — Auftreten berühmter Künstler.
 Entree frei! Im neuverbauten Saale: **Grosser Tanz.**
 Den geehrten Damen steht die Kaffeeküche jederzeit zur Verfügung.
Großer Frühshoppen.
 19020* **Fr. Jaroszewski.**

Steglitz, Restaurant „Zum Gambrinus“ Ahorn-
 strasse 15a.
 10 Min. v. Bahnhof. Empfiehlt d. verehrlich. Vereinen und
 Parteien seine Säle (Tanzsalon) zu 100—200 Pers., sowie Garten, Kaffeek.,
 Billard. Für gute Speisen u. Getränke ist stets gesorgt. **F. Schellhase.**

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
 Oeconomie: **Birkholz & Mittag.**
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 30 Mann starken Hauskapelle.
 Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
 Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, aus-
 gezeichnete Küche zu soliden Preisen. **Birkholz & Mittag.**

Brauerei Julius Bötzwow.
 Am Prenzlauer Thor. Ecke Saarbrückerstrasse.
 Am zweiten Pfingstfeiertag:
Grosses Früh-Konzert
 unter Mitwirkung des
Hutmacher-Sängerbundes.
 Anfang 5 Uhr. 80/4 Entree 20 Pf.

Restaurant Sanssouci
 Ruhlaerstrasse 20. Schmargendorf. Ruhlaerstrasse 20.
 Sonntag, den 1. Feiertag, nachmittags:
Frei-Konzert.
 Montag und Dienstag, den 2. und 3. Feiertag:
Grosser Ball.
 Köstlich von echtem Calmbacher, Patzenhofer Lagerbier,
 Potsdamer Stange und Grätzer, Porter und gute
 alte Weiss, R. Weine, Mal- und Erdbeer-Bowle,
 exquisite Küche.
 Zum regen Besuch ladet ergebenst ein
A. Malitz, J. Bartz, J. Fährle.
Restaurant Sanssouci
 Ruhlaerstrasse 20. Schmargendorf. Ruhlaerstrasse 20.

Fritz Zubeil, Linden-Strasse 106,
 empfiehlt den Parteigenossen, sowie Freunden und Bekannten nach deren
 Familien, sein
Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal
 (schattigen Garten, sowie Saal (230 Personen fassend), zu öffentlichen
 Versammlungen für Vereine und Festlichkeiten; sowie Vereinszimmer, Kegel-
 bahnen und Billards.
 Am 2. und 3. Feiertag: **Tanzkränzchen** von 4 Uhr Nachmittags
 ab. Die Kaffeeküche steht zur Verfügung.

Verband der Möbelpolierer.
 Die Versammlung in Hixdorf fällt aus.
 Am zweiten Feiertag Nachmittags: **Ausflug mit Familie** nach
 Schönholz zu **Ww. Bagandt.**
 Kollegen! Erscheint alle in der öffentlichen Versammlung am
Mittwoch, den 9. Juni, bei Keller, Köppen-Strasse 29. Tages-
 ordnung: „Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und
 Arbeiterinnen.“ Referent: **Geselle Wagner.** 147/10
 Der Vorstand.

Jäger-Haus Schönhauser Allee 103
 (Galteliste der Pferdebahn).
Sonntag, den 6. Juni (1. Pfingst-Feiertag):
Großes Früh-Konzert
 unter Mitwirkung des
Gesangsvereins „Welken-Ruf“
 (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).
 Anfang früh 5 Uhr. **Billet 20 Pf.**
 Am 1., 2. und 3. Pfingst-Feiertag (Nachmittags):
Großes Frei-Konzert.
 Um zahlreichen Besuch bittet **Wilhelm Schmidt.**

Carolinenhof, C. Mandt, Restaurant.
 Dampfschiffs-Station. (19290*
 Zwischen Grünau und Schmüdow schönster Punkt der Obersee.
 Elektrische Omnibus-Verbindung Bahnhof Grünau. — Bald-Spielplätze.

Reel und billig
 kauft man in der Norddeutschen Schuh-
 fabrik von **W. Hirschke,** ge-
 gründet 1872, Stalluferstr. 13. Ecke
 Admiraalstrasse, am Rotbuser Thor.*

Möbel
 verkaufen gewesene und neue, **Kannend**
billig. Teilzahlung gestattet.
 Besuchen ohne Anzahlung. 17912*
Neue Königstr. 59.

Lanolinseife!
 macht die Haut zart u. geschmeidig.
 1 Schied Lanolinseife und ein reines
 Handtuch liefert ich 1.00 Pf. p. Woche.
 Handtuch-Verleih-Just. **L. Pigner.**
 Neue Königstr. 17.
 Fernspruch-Kart VII. Nr. 2087.

66. Resterhandlung. 66.
 Billig Reste zu Knaben-Anzügen von
 1 R. Große Anzüge von 7 R. an,
 bis zum feinsten Sammetgarn, auch pass-
 zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-
 wahl in Paletotstoff, sowie zu Mänteln,
 Jaquets, Wäsch, Atlas, Seide. (17678*)
 Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch
 angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstr. 66.
 Telefon Amt IV. 1507.

Verloojungs-Gegeugände
 für Sommerfeste, Landpartien etc.
Billigste Bezugsquelle, nur
Felix Bazar, Sub J. Rosenthal,
24, Alexanderstr. 24,
 Ecke Blumenstrasse.

Für die herzlichste Teilnahme,
 mit der bei der Beerdigung meines lieben
 Vaters, des Lithographen
Eduard Reusch
 seitens Verwandten und Freunden,
 besonders von dem Personal der
 Frau Hermann Schütz sowie Herrn
 Geschäftsführer Franz Wiegler ent-
 gegengebracht worden sind, sage ich
 hiermit meinen tiefgefühlten innigsten
 Dank.
 Berlin.
Hedwig Reusch geb. Zepf.
Hans Reusch.

Tauftragung.
 Allen Verwandten, Freunden u. Be-
 kannten meines verstorbenen Vaters
 sage ich für die rage Anteilnahme bei
 der Beerdigung meinen herzlichsten
 Dank. 24858
Edw. Hörselman, Reichenmoorstr. 11.
 Wegen gefallener ist am 3. Juni
 vorm. in einem Borortzuge nach Berlin
 ein **Waggon**, enthaltend mehrere
 Schriftstücke. Der Wiederbringer er-
 hält hohe Belohnung bei **Reumann,**
 Charlottenburg, Bismarckstr. 33 III.

Bahn-Klinik.
 Künstl. Zähne in taubstoffer Mund.
 Führung v. 3 R. Plauden v. 2 R. an-
 schmerzlos. Zahnziehen mit. Cocain,
 Chloroform, Chloroform und Knaggs
 unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei
 Befehl v. künstl. Zähnen Zahn-
 ziehen, Zahnreinigen umsonst; Katen-
 zahlung gebietet, Woche 1 R.
Kunzel, Dönhofspl. 2, Götterstr. 12.
 Sonntag 71.

Herren-Hüte 65 Pf.
 Bessere Hüte enorm billig,
 verkauft aus der Fabrik
 im Komptoir 15980*
Garni-Strasse 4/5,
Rokanien-Allee 101.
 Sonntag geöffnet.

Herren-Hüte,
 weich und heiß 1 R., (1834)*
 bessere Hüte 1.50 bis 3.50 R.
in Hixdorf, Steinmühlstr. 27.

**Herren-
 Hüte,**
 neueste Facons, heiß 1.50 R.,
 weich 1.50 R. giebt ab Fabrik.
 17291* **Grünerweg 27, I. Et.**

Hüte
 für Herren, nur gute, dauerhafte Waare
 in allen Farben, weich u. gefestigt 2.00,
 rechte Bodenhitze 2 R., Kinderhüte 1.50.
J. Streblow,
 Brückenstr. 15a. (15610*)
Hüte-Ausverkauf
Engros-Geschäft
Gabriel
Grüner Weg 112, pt.
 Herrenhüte, weich und
 heiß von 1.50—2.80.
 Paarhüte von 5 R. an. (*
 Knabenhüte von 50 Pf. an.
 Herrenmäntel, große Auswahl.
 Eleg. Cylinder von 5—15 Mark.
Stroh-, bedeutend
Hüte billiger
 und wie
 Seiden- überaus
 in G. Kletmann's Fabriklager,
 Mariannenstr. 33 pt. Kein Baden.

Jede Uhr
 reparieren und reinigen
 kostet bei mir unter
 Garantie d. Gutgehens
 nur 1 Mark 50 Pf.
 außer Bruch, keine Reparaturen
 billiger. Großes Lager neuer und
 gebrauchter Taschenuhren, Regula-
 toren und Wecker, alle Arten
 Ketten, sowie Uhren u. Vincenz.
 * **Carl Lux, Uhrmacher.**
35 Chaussee-Strasse 35.

Cigarren-Geschäft von
Fritz Barth, Mariendorferstr. 17,
 nur gute Waare. Bei Bedarf jedem
 zu empfehlen. 19100*
Reisekoffer, Betten, Steppdecken,
paletots, Anzüge, Gosen, Overt-
gläser, Regulatoren, Remontoir-
uhren, Granatarmbänder (portbillig)
Pfandleihen Reanderstr. 6. 2452b
 Getragene Stiefel sind billig zu
 haben. Charlottenburg, Spreestr. 24.
Kinderwagen, dreirädrig, kräftig,
 verk. Pfeffer, Dantelstr. 19, v. IV. *
 Wohl Schlaf, an Herrn zu verm.
 Alexandrinerstr. 29, Hof rechts III.

Arbeitsmarkt.
Tüchtiger
Maschinenschlosser,
 gewandt und fleißig, der gut drehen
 kann, zum sofortigen Eintritt gesucht.
 Offerten sub **M. 1.** Erheb. d. Htg.
Fräiser und Schleifer
 für Hornmühle verlangt 24855
R. Kronert Htg., Krautstr. 38.

Baer Sohn

24a Chausseestrasse 24a, H Brückenstrasse 11,
 zwischen Invalidenstrasse und Friedrich- Ecke Rungestrasse,
 Wilhelmstädtschem Theater. nahe dem Bahnhof Jannowitzbrücke.
16 Gr. Frankfurterstr. 16, schrägüber dem Ostend-
 Theater.

Zum Feste! Zur Reise! Zum Radeln!

Festtags-Anzüge

Smoking-Anzüge

Rock-Anzüge

Gehrock-Anzüge

Festtags-Hosen

Sommer-Paletots

Sommer-Havelocks

Sommer-Joppen

Loden-Joppen

Radfahrer-Anzüge

Radfahrer-Hosen

Sweater, Strümpfe, Mützen

Knaben-Anzüge

Jünglings-Anzüge

Berufs-Kleidung
für alle Gewerke

Alle Preise
sind streng fest, sehr
billig und in Zahlen
an den Waaren aus-
gezeichnet.

Moderne
Maass-Anfertigung
zu mässigen
Preisen.

Moderne
Maass-Anfertigung
zu mässigen
Preisen.

Eigene
Fabrikation
in
grossem Maassstabe.

Die 9. reich illustrierte Preisliste 1897 wird auf Wunsch
gratis und franco zugesandt.

**HERREN- u. KNABEN-
 Bekleidung.**

Charlottenburg, Adolf Grün, Wilmersdorferstrasse 115-116, Herren-Moden.
 Lager fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben. Anzüge nach Maass in kürzester Frist. Feste solide Preise.

Settekorn's Waldschlösschen
Lindenstrasse. Nieder-Schönhausen. Lindenstrasse.
Brachvoller Aufenthalt in nächster Nähe der Halde.
Jeden Sonntag: **Garten-Konzert. Grosser Ball.**
Für Vereine zu Veranstaltungen von Festlichkeiten besonders geeignet.
Für Vereine zu Veranstaltungen von Festlichkeiten besonders geeignet.
Für Vereine zu Veranstaltungen von Festlichkeiten besonders geeignet.

Fremde! Genossen! Säger!
Schloss-Restaurant Havelhausen
bei Oranienburg, mit der Nordbahn zu erreichen bis Station
Borsdorf, von da zehn Minuten.
Allen Ausflüglern empfohlen. Herrlicher 3 Morgen großer Urpark, am
Wasser gelegen, schöner Aufenthalt, Regalbahnen, Tanzsaal, große Spielplätze,
Kaffeehäuser, gute Speisen und Getränke in bestmöglicher Weise zu günstigen Preisen
empfehlen. **Der dicke Reinhold Liedtke,**
19175 Restaurateur (früher Grünau).
Sommerwohnungen zu soliden Preisen an Wald und
Wasser gelegen.

Dampfer-Pfingst-Extrafahrten.
Abfahrt an der Stralauer Brücke.
Am 1. und 2. Feiertag, morgens 9 Uhr:
Nach Neue Mühle u. Woltersdorfer Schleuse.
Fahrpreis, hin und zurück, pro Person 1 Mark.
Am 2. Feiertag: **Nach Ciepitz.**
Abfahrt morgens 7 Uhr. Fahrpreis, hin und zurück, pro Person 2 M.
Am 3. Feiertag, nachmittags 2 Uhr, Rückfahrt abends 8 Uhr:
Nach Neue Mühle u. Woltersdorfer Schleuse.
Am 1. Feiertag früh 5 1/2 Uhr:
Gr. Promenadenfahrten nach dem Müggelsee.
Fahrpreis, hin und zurück, pro Person 50 Pf.
10082* **Herrn. Hertzner. L. Kahnt.**

Treptow, Hohlwein's Keglerschlösschen,
Köpenicker Landstrasse, (4. Lokal hinter der Ver-
bindungsbahn), Restaurant mit großem Garten (ca. 2000 Ver.), K. Saal für
Vereine (1000 Ver.), 2 neue verdeckte Regalbahnen. **Kaffeehäuser.**
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag: [16822*]
Grosses Früh-Konzert.
Am 1., 2. und 3. Feiertag Nachmittags:
Grosses Frei-Konzert.

Victoria-Garten.
Treptow, Köpenicker Landstrasse,
zweites Lokal hinter der Verbindungsbahn.
Kaffeehäuser. — 11 Regalbahnen.
Pony- und Esel-Reiten.
Im großen Saale: **Tanz.** 17319*
Jeden Sonntag: **Konzert.**
Fritz Braun.

Neuer Krug, Station Neu-Rahnsdorf
bei Heffenvinkel.
Schönstes und grösstes Lokal an der Ober-Spree inmitten von Wald
und Wiesen. Durch seine idyllische Lage besonders für Vereine und
Gesellschaften geeignet. Tanzsaal, Kaffeehäuser, Volksbelustigungen aller Art.
Weiss- u. Bairisch-Bier, ff. Weine, exquisite Küche.
Wiesen-Schinken-Stullen. [2472b] **Max Priem.**

Friedrichshagen, Zur Goldenen Krone.
Carl Conrad.
Endstation der Pferdebahn, gegenüber der Dampfstation.
Schattiger Garten. — Kaffeehäuser. — Regalbahnen. — 2 große Säle.
1. Feiertag: **Frei-Konzert.** 2. und 3. Feiertag: **Gr. Tanzmusik.**
Weithier. Speisen zu keinen Preisen. Aufspannung.

Gastwirthschaft von G. Lindenhayn
Friedrichstrasse 2. [17682*]
Zimmer von 25-30 Personen.
Saal bis 80 Personen mit Piano. — Garten u. Regalbahnen.
Arbeiter-Verkehrslokal.

Echt Bagenhofer
Bier-Auschant
Reue Schönhauser-Strasse 2.
0,4 Lit. f. 10 Pf.
21295 **Adolph Meier.**

Restaurant
„zum gemüthlichen Strass“,
Stralauer Allee 17b. 2.
Berlin-Osten, Amt VII Nr. 4182.
Zahlstube u. 4 Waldvereinen. Vereins-
zimmer u. Piano noch einige Tage frei.

Restaurant Klugmann,
Rummelsburg, Chausseehaus.
Herrlicher, schattiger Garten, Natur-
Wald, 5000 Personen fassend, über-
deckte Regalbahnen, Kaffeehäuser.

Nonnenberg's Restaur.,
Treptow, Parkstrasse.
Jeden Sonntag: **Frei-Konzert.**
Schöner Garten. Gr. Saal. Kaffeehäuser.

„Herdendacht“, Köpenick,
schöner Landwald u. grösste Spiel-
plätze d. Umgeg. gr. Saal u. Halle.
Kaffeehäuser, Regalbahnen, Schich-
hand. **W. Magdeburg.**

Panikschlößen Zepernid.
Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag **Garten-
Konzert** und **Tanz**, 3 Regalbahnen,
3 Billards, Kaffeehäuser. Herrlicher
Aufenthalt, dicht a. d. Wald, schöner
Tanzmehelplatz für Kinder. Zepernid
ist von der Invaldenstrasse in 30 Min.
für 30 Pf. zu erreichen. 24499
Es ladet freundlich ein **C. Joers.**

Haferland's Restaurant,
Ober-Schöneweide,
empfehlen seinen Saal, Garten, Regal-
bahn, Kaffeehäuser. Solide Preise.

Grünau.
G. Wagner's Restaurant
früher **Lietke.**
Großer Saal, Garten, Kaffeehäuser,
Regalbahnen, Aufspannung.

Fahrrad, Modell 1897, vert. billig
unter Garantie Schulte,
Kunzestr. 26, 2 Tr. 94765*

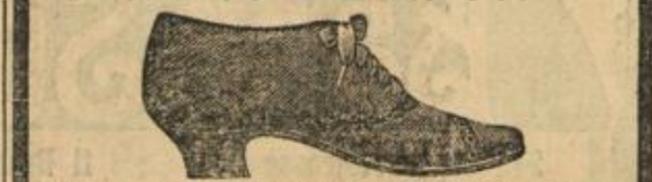
Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
Compl. Wohnungs-Einrichtungen.
Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.
Tischlermeister, [15872*]

Parteigenossen!
Hüte nur mit
Kontrollmarke
Schirme, Stöcke, Kravatten
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 9
Ede Statthalterstrasse 2.

Deutsche Schuh-Fabrik
Erfurt
Liefert 15802*
Schuhwaaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgefeiltesten
Schuhmacher in Erfurt werden jetzt
ausser in den bekannten Verkaufsstellen, in
den eigenen Niederlagen
Bellealliancestrasse 102
und
Rosenthalerstrasse 63/64
verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:
München, Sendlingerstrasse 10. **Spfn a. Rh., Fingelstein 66.**
Dachauerstrasse 83. **Bremen, Paulsenstrasse 75.**
Landsbergerstrasse 7. **Hannover, Klagemarkt 7a.**
Frankfurt a. M., Liebfrauen- **Hamburg, Bergstrasse 8a.**
berg 26. **Leipzig, Betscherstrasse 37.**
Düsseldorf, Bismarckstrasse 91. **Braunschweig, Höhe 4.**



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gefeierten Fabrikat,
das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zur
Freude gestellt. — Unser Geschäftsgrundriss ist: Geringer Ver-
dienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die
Ware bestens empfohlen werden.
Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75.
In der Bellealliance-Strasse bitte genau
auf Nummer 102 zu achten.
Für die
Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Achtung! **O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26.**
echten alten Nordhäuser Alter M. 1, — 1/2 M. 0,50.
extra alte Waare " 1,40, 0,70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Das grösste Brot
schmackhaft u. kräftig — ca. 6 1/2 Pfd. 50 Pf. — der
Brotfabrik von H. Bobel jr., Müllerstr. 10-11
ist in folgenden Verkaufsstellen zu haben: 17832*
Müllerstr. 173, Badstr. 10a, Hirschb. 23, Demminerstr. 11,
Doktorstrasse (Ede Fürstbergerstrasse), Kastanien-Allee 83,
Tausigerstr. 15, Glatzerstr. 9, Einicusstr. 23, Emdenerstr. 3.

Bekanntmachung.
Einem verehrten Publikum zur gefälligen Nachricht, das
die seit zwölf Jahren bestehende und gut renommirte Firma von
Benno Ferster
62 Reinickendorfer Strasse 62
am Nettelbeckplatz
in andere Hände übergegangen ist und soll diehervor das ge-
samte Lager, bestehend aus

Herrn- und Knaben-Garderoben
in Höhe von circa zwanzigtausend Mark aus-
verkauft werden. Das Lager ist in allen Artikeln gut sortirt
und findet sich die beste Gelegenheit, oben genannte Waaren
recht billig zu erlangen.
Auszug aus den Waaren-Verzeichnissen:
Herrn-Jacket-Anzüge, jetzt 8, 10, 13,
15 M. u. f. w., früher 16, 20, 26, 30 M.
Rock-Kammgarn-Anzüge, jetzt 15, 18, 22,
26 M. u. f. w., früher 20, 24, 31, 37 M.
Sommer-Paletots, jetzt 7, 9, 12, 15 M. u. f. w.,
früher 14, 18, 21, 27 M.
Hosen in Bufstin und Sammgarn, jetzt 2, 3, 4,
5 M. u. f. w., früher 4, 5, 6, 8 M.
Knaben-Anzüge No. 1-6 von 1 M. an.
Leder- und Zeug-Hosen von 1,50 M. an.
Lüster- und Wasch-Jackets von 70 Pf. an.
Burschen-Anzüge von 6 M. an.
Reinickendorferstr. 62
an der Stadtbahn.
Hente, Sonnabend, bis 11 Uhr nachts geöffnet.

Central-Leihhaus, Jägerstr. 72,
zwischen
Kanonier- und
Mauerstrasse.
Institut für Gelegenheitskäufe. Im neu umgebauten Geschäftshaus. [16822*]
Täglicher Verkauf **Sommer-Paletots und Sommer-Anzüge,**
von modernen Mode 1897, neu und wenig getragen, in besten Stoffen und neuesten Mustern von 10, 12,
15, 20-30 Mark (Pracht-Exemplare). **Knaben- und Jünglings-Anzüge, Monats-Anzüge,**
in den feinsten Werksstoffen nach Maß bestellte Sachen und nur wenig getragen (auch für torpente Personen
passend), goldene u. silberne Herren- u. Damen-Albdr., Hüte, Reiten, Grads u. Servir-Anzüge. Alles fabelhaft
billig. Auch Sonntag v. 7-10 u. 12-2 Uhr geöffnet. **Polizeilich concessionsirtes Leihhaus.**

Preisliste von
Carl Stier
Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
168 Oranienstr. 168.
Potsdam:
Brandenburgerstr. 23.

Ich empfehle zu nachstehenden sehr billigen Preisen:
A. Anzüge. Mark
Jaquet-Anzug v. melirt. u. karrirt. Buckskin, schöne Muster 17,50
Jaquet-Anzug von melirtem gezwirnten Buckskin, schöne
Muster, sehr haltbar 20,—
Jaquet-Anzug von dunkelblau oder schwarz Cheviot, ein-
oder zweireihig 20,—
Jaquet-Anzug von feinem Cheviot, karrirt und melirt . . . 25,—
Jaquet-Anzug von dunklem Velour, schöne Muster, sehr
haltbar und schwer . . . 36, 37 und 22,50
Jaquet-Anzug v. blauem Cheviot, eleg. Anzug, 1- od. 2reihig 30,—
Jaquet- oder Rock-Anzug von Kammgarn, haltb. u. eleg. 30,—
Jaquet- oder Rock-Anzug v. gemust. Kammg. eleg. Anzug 36,—
Jaquet- oder Rock-Anzug v. einf. Kammg., fein Salonanz. 36,—
Jaquet-Anzug v. feinst. Cheviot, blau, schwarz od. braun 36,—
Jaquet-Anzug von prima Cheviot, blau, schwarz od. braun 42,—
Jaquet-Anzug von prima melirtem Cheviot, grösste Neu-
heit, hochelegant und sehr haltbar . . . 45,—
Jaquet- oder Rock-Anzug von gemustertem Aachener
Kammgarn, eleganter Promenaden-Anzug, Neuheit . . 42,—
Jaquet-Anzug von gemustertem Aachener Kammgarn,
Neuheit, sehr fein . . . 45,—
Gehrock-Anzüge in Kammgarn oder Tuch, sehr elegant,
36, 40, 45 bis 54,—

B. Paletots.
Paletot von melirtem Cheviot 15,—
Paletot v. dunkl. Chev. i. grau, braun u. schw. melirt 18,—
Paletot von glattem Satin, sehr elegant . . . 24 u. 20,—
Paletot v. Chev. in hochf. neuen gestr. Must. in haltbar. Stoffen 25,—
Paletot v. ff. Kammg., Cheviot, Satin etc., sehr eleg. . . 33 u. 30,—
Havelocks u. Mäntel v. echt bayer. Lodenst. 36, 30, 20 bis 9,—

C. Hosen.
Hose von gezwirntem Buckskin in melirten Mustern . . . 3,10
Hose von gezwirntem Buckskin, schöne Melangen . . . 4,50
Hose v. Zwirnbuckskin, schöne gestr. Must. in haltbar. Stoffen 5,50
Hose v. Forster Zwirn-Cheviot, elegante, haltbare Stoffe . . . 7,50
Hose von Velour, in kräftiger, gestreift. Waare, hell u. dunkel 6,50
Hose von Velour, in sehr kräft. Waare, gestr. od. gemustert 8,—
Hose von schwarzem Satin 15,—, 12,—, 10,— und 8,50
Hose von Kammgarn mit Seide, hochfeine neue Muster . . . 9,50
Hose von Velour, prima . . . 12,—
Hose von Aachener Kammgarn, sehr elegant . . . 12,— und 10,—
Hose von prima Kammgarn, hochfein . . . 20,— bis 15,—
Hose v. Kottbuser Zwirn, Neuheit, sehr elegant und fest . . . 8,50
Hose von Kottbuser Cheviot 14,— und 12,—

D. Knaben-Anzüge.
In Knaben-Anzügen halte ich stets eine sehr grosse Auswahl der neuesten Stoffe u. Façons u. empfehle dieselben schon von 4 Mark an.

E. Jünglings-Anzüge Mark
Jaquet-Anzug in Diagonal-Cheviot 12,—
Jaquet-Anzug in Diagonal-Kammgarn 15,— bis 18,—
Jaquet-Anzug in Satin, kräftiger Anzug 18,— bis 24,—
Jaquet-Anzug in Satin oder Rips-Kammgarn 20,— bis 24,—
Jaquet-Anzug in prima Diagonal oder Kammgarn 27,— bis 33,—
Jaquet-Anzug in Zwirnbuckskin, sehr haltbar 15,— bis 20,—
Jaquet-Anzug in blau oder braun Cheviot 18,— bis 27,—

F. Radfahrer-Anzüge.
Jaquet-Anzug in Trikot 30,—, 25,— und 15,—
Jaquet-Anzug in Loden 36,—, 30,—, 25,—, 20,— und 18,—
Jaquet-Anzug in Cheviot 36,—, 30,—, 27,—, 25,—, 22,50 und 15,—
Die Radfahrer-Anzüge sind zum grössten Theil so eingerichtet, dass die Hosen lang und kurz getragen werden können.

G. Joppen. Mark
Joppe von Loden ohne Futter 5,—
Joppe von Loden ohne Futter 7,50
Joppe von Loden mit Futter 9,50
Joppe von Loden mit Futter 10,50
Joppe von Kameelhaar-Loden ohne Futter 8,50
Joppe von Kameelhaar-Loden 12 bis 20,—

Sämmtliche Joppenstoffe sind wasserdicht imprägnirt.
Die festen Preise sind an jedem Gegenstande deutlich angegeben, ein Handeln findet nicht statt.
Nach Auswärts sende Muster und Maassanleitung franko zu und garantire für tadellosen Sitz, worüber viel unverlangte Anerkennungen vorliegen. 17192*